

DEUTSCHE POLIZEI

JANUAR 2019 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



26. Ordentlicher Bundeskongress
Weichen gestellt



Auch die tapfersten Beschützer
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,

an dieser Stelle wünscht Ihnen und Euch die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI (DP) ein gutes Jahr 2019, viel Gesundheit und Erfolg.





Bitte verlieren Sie und verliert Ihr nicht die Lust, uns mit Leserbriefen wertvolle Rückmeldungen auf das zu senden, was wir womöglich nicht so gut gemacht haben. Oder es gibt einfach noch etwas zu sagen. Vielleicht hat ein Artikel unserer vielen Autorinnen und Autoren, denen wir auch ein großes Dankeschön für die gute Zusammenarbeit zurufen, Ihnen und Euch besonders gut gefallen. Das würde uns auch weiterhin erfreuen.

Was wir uns besonders vorgenommen haben – aber, da stehen wir wahrscheinlich Schulter an Schulter mit vielen anderen Redaktionen – ist weniger Fehler zu machen. Da hilft leider kein Daumen drücken, sondern nur präzise Abläufe und konzentriertes Tun.


Beides hat die DP-Dezember-Ausgabe offensichtlich vermischen lassen. Insofern bittet die Redaktion unsere Autoren Dr. Sascha Opielka und Heinrich Bernhardt um Entschuldigung. Autor Bernhardt hatte uns darauf aufmerksam gemacht, dass der sogenannte Kasten (Seite 29) nicht von ihm stamme und diese redaktionelle Erweiterung nicht entsprechend kenntlich gemacht wurde. Da hat er natürlich recht.

Im Text des Autoren Opielka ist bei Grafiken und Textpassagen leider einiges durcheinander geraten, sodass DP eine korrigierte Version des Textes in dieser Ausgabe (ab Seite 42) veröffentlicht. Das sollte so nicht natürlich passieren.

Die Redaktion

- 2 **26. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS**
„Die Gewerkschaft der Polizei ist eine gesellschaftspolitische Kraft“
- 4 „Demokratische Politik muss für die Polizei eintreten“ 
- 6 Polizeipräsenz wichtiger als Paragraphen 
- 7 „Begegnet euch sicher, frei und mit offenem Blick“ 
- 9 „Freiheit mit weniger Sicherheit kann es nicht geben“
- 11 „Gewalt gegen Polizisten hat nichts mit zivilem Ungehorsam zu tun“
- 14 Staatliche Maßnahmen und Freiheitsrechte
- 16 Neuer Geschäftsführender GdP-Bundesvorstand mit solidem Vertrauensvorschuss ausgestattet
- 17 GdP-Bundesvorsitzender: Wir werden die wehrhafte Demokratie verteidigen 
- 19 Klares Signal gegen politischen Populismus gesetzt
- 22 Arbeitszeit muss gerecht, sozial und gesund sein
- 25 DGB-Index Gute Arbeit: Mitarbeiterbefragungen bringen gar nichts?
- 26 GdP will Digitalisierung am Arbeitsplatz konstruktiv und kritisch begleiten
- 27 Ein gut geführter Staat ist das Fundament einer wehrhaften Demokratie
- 29 Delegierte betonen: „Pflege muss von allen gelebt werden“
- 30 GdP fest verankert im DGB
- 36 „Ironie ist nichts für Kinder und Doofe“
- 38 **TARIF** Postkartenaktionen zur Tarifrunde der Länder 2019 
- 39 Tarifverhandlungen der Länder 2019 – Wo geht die Reise hin?
- 40 **GdP-Service** Dienstaufpflicht-Regressversicherung
- 40 **FRAUENGRUPPE** Neues Personalentwicklungs-Projekt geht an den Start!
- 42 **ARBEITSSCHUTZ** Psychische Gefährdungen im Polizeidienst (Korrigierter Nachdruck) 
- 46 **FUSSBALL-TIPPSPIEL** Braunschweig, Bälle und Borussia
- 40 **AUF WIEDERSEHEN, RÜDIGER**
- 40 **IMPRESSUM**





Mehr als 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, rund 300 beratene und verabschiedete Anträge, darunter wichtige Leitlinien für die nächsten vier Jahre, ein neuer Geschäftsführender Bundesvorstand sowie die Wahlen weiterer wichtiger Satzungs-gremien. Dies alles, komprimiert auf vier Tage in einem Vier-Jahres-Rhythmus und mit weit mehr als einem Jahr detaillierter Vorbereitung allerorten, manifestiert sich bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den 26 Buchstaben „Ordentlicher Bundeskongress“. Vom 26. bis 29. November fand der nunmehr 26. seiner Art – fast traditionell in einem Berliner Kongresshotel – statt. Nach den Worten des von den Delegierten in seinem Amt mit großer Mehrheit bestätigten Bundesvorsitzenden Oliver Malchow demonstrierte der Kongress die große Geschlossenheit der mit über 190.000 Mitgliedern größten Polizeigewerkschaft Europas.

„Die Gewerkschaft der Polizei ist eine gesellschaftspolitische Kraft“

Von den DP-Berichterstattem Christina Bicking, Wolfgang Schönwald, Michael Zielasko (Wort) und Hagen Immel (Bild)



Die GdP leistet Malchow zufolge mit klaren Positionen ihren Beitrag zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in der Polizei. „Die Gewerkschaft der Polizei ist eine gesellschaftspolitische Kraft, die sich als Vertreterin einer bürgernahen Polizei und damit als Vertreterin unseres demokratischen Rechtsstaates sieht und versteht“, sagte der GdP-Chef.

Die hochrangige Besetzung des zum Auftakt des Delegiertentages veranstalteten Festaktes unterstrich die Worte Malchows eindrucksvoll. In seiner Eröffnungsrede gratulierte Malchow zunächst allen Polizistinnen und Polizisten, den Tarifbeschäftigten sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamten. „Sie und Ihr alle habt in den vergangenen vier Jahren Großes geleistet. Jede und jeder an ihrem und seinem Platz hat sich nach Kräften um das hohe Ansehen der Polizei in der Bundesrepublik verdient gemacht.“ Das finde, so führte er aus, Anerkennung nicht nur bei der überwiegenden Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger hierzulande, sondern ebenso bei den politischen Verantwortlichen in den Parlamenten land auf, land ab und der Bundesregierung. „Und es zeigt sich auch darin, dass ich die große Ehre habe, im Namen der Gewerkschaft der Polizei zu unserem Festakt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesinnenminister Horst Seehofer und Rainer Maria Kardinal Woelki unter uns begrüßen zu dürfen.“

Sicherheitsbehörden „krank gehungert“

Das Staatsoberhaupt thematisierte in seiner viel beachteten Festrede die Gewalt gegenüber polizeilichen Einsatzkräften: „Wenn in einer Gesellschaft der Sinn für Respekt erodiert, dann muss uns das alarmieren!“ Er brach eine Lanze für die spürbare Verstärkung der Sicherheitsbehörden. Es sei ein Fehler gewesen, in dem Bestre-

ben, die Bürokratie zu verschlanken, auch die Sicherheitsbehörden durch Personalabbau „krank gehungert zu haben“. Es sei unterschätzt worden, wie wichtig es den Menschen sei, Polizeipräsenz in der Fläche zu erleben. Nach den Worten des Bundespräsidenten beschädigen Regelverstöße, die erst nach Monaten oder gar nicht sanktioniert würden, die Reputation der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden hierzulande.

Eine ausreichende Polizeipräsenz auf den Straßen hält ebenso Bundesinnenminister Seehofer für dringend notwendig: „Für mich ist die Polizeipräsenz in unserem Land noch ein Stückchen wichtiger als die Paragraphen. Ich setze deshalb immer die erste Priorität auf die Präsenz der Polizei und nicht auf eine Inflation von Paragraphen.“ Er räumte Missstände in der Personalpolitik ein. Laut dem Minister sind Fehler in der Sicherheitspolitik auf lange Zeit irreversibel.

Kardinal Woelki beklagte, es gebe eine gewisse Normalität hinsichtlich der zunehmenden Gewalt gegenüber der Polizei. Viele Menschen beschäftigten sich online rund um die Uhr mit Spielen, in denen es um Leben und Tod geht. „Dies und die Omnipräsenz von Gewaltvideos sind normaler als ein gesundes Frühstück“, sagte der Festredner. Solche Inhalte würden in den Verstand von jungen Menschen sickern. „Widerstand gegen die Staatsgewalt ist längst zum Dauerzustand in Deutschland geworden“, stellte der Kölner Erzbischof fest.

„Wir brauchen eine starke Polizei“

Grußworte überbrachten der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der sachsen-anhaltische Ressortchef, Holger Stahlknecht, sein Berliner Amtskollege und „Kongress-Gastgeber“, Innensenator Andreas Geisel, sowie der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann.

Stahlknecht appellierte: „Wir müssen das Vertrauen der Menschen in einen funktionierenden Staat zurückgewinnen.“ Damit dies gelinge, „brauchen wir auch Sie als starke Polizei.“ Und: Wenn man die Zufriedenheit an den Anfang stelle und das Vertrauen vernachlässige, gehe dieser Staat irgendwann krachen.

Sicherheit gebe es nicht zum Nulltarif, so Geisel, der Investitionen für die Berliner Innenbehörde ankündigte. „Wenn wir es wirklich ernst damit meinen, unsere Polizei und unsere Feuerwehr besser auszustatten, dann geht das nicht ohne gewaltige finanzielle Anstrengungen. Das haben wir im Berliner Senat verstanden.“

Die seit Jahren zunehmenden Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Rettungskräfte bezeichnete DGB-Chef Hoffmann als „bodenlosen Skandal“. Auch er plädierte nachdrücklich für eine Stärkung der Sicherheitsbehörden, aber ebenso für den gesamten öffentlichen Dienst. „Wo der Staat seine Aufgaben nur noch ungenügend erfüllt, drohen seine Beschäftigten die Blitzableiter für das Unbehagen der Menschen zu werden“, betonte er.

Gewerkschaftspolitisch haben die Kongressdelegierten wichtige Weichen gestellt. Grundsätzliche Positionen zu aktuell und auch künftig (nicht nur) Polizeibeschäftigte betreffende Themen wie Arbeitszeit, Pflege, Digitalisierung, Populismus und Extremismus legten sie mit der Verabschiedung von vier Leit- und eines Dringlichkeitsantrages fest. Nach einer engagierten Diskussion um einen möglichen Ausstieg der GdP aus dem DGB bekannten sich die Delegierten mit einem überwältigenden Votum zur Mitgliedschaft im gewerkschaftlichen Dachverband.

Malchow stimmte die Delegierten auf vier weitere, arbeitsreiche Jahre ein. „Wir werden uns auf unseren Erfolgen nicht ausruhen. Unsere Mitglieder erwarten von uns hohes Engagement und große Ausdauer. Diesen Erwartungen wollen wir gerecht werden.“





„Demokratische Politik muss für die Polizei einstehen“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte den täglichen Einsatz der Sicherheitskräfte in Deutschland. Gleichzeitig betonte er deren Stellenwert und den der Gewerkschaften für die Demokratie. Steinmeier kritisierte die gesellschaftliche Verrohung und die zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Sicherheitskräften. Auch der Personalabbau und die Nachwuchsgewinnung waren Themen seiner Rede beim Festakt des 26. Bundeskongresses.

Vor dem Hintergrund der Vorfälle in Cottbus, Chemnitz und beim G20-Gipfel Kommunikation dem Problem beikommen könnte. „Wenn in einer Gesellschaft der Sinn für Respekt erodiert,

Angebote für eine politische Bildung an den Schulen geben. „Leider reichen bislang nur wenige Angebote bis hinein in solche Familien, die sich isolieren, die sich außerhalb der Gesellschaft stellen oder sogar in einer Paralleljustiz leben – ‚Reichsbürger‘ beispielsweise oder verfeindete Clans, die selbst bei Tötungsdelikten nicht die Polizei, sondern ihren Friedensrichter rufen“, so Steinmeier.

Er lobte die Berliner Offensive, ver-



Foto: GdP/Hagen Immel

kritisierte der Bundespräsident, dass der Berufsalltag von „Uniformträgern“, aber auch von Sanitätern durch Übergriffe rauer und stellenweise lebensgefährlich geworden sei. Auch die Arbeit von Bürgermeistern etwa sei durch diesen gesellschaftlichen Wandel betroffen. Es wäre falsch, die Verrohung der Gesellschaft als kulturelles Phänomen hinzunehmen oder zu glauben, dass man beispielsweise mit Seminaren oder deeskalierender

dann muss uns das alarmieren!“ Bei Polizistinnen und Polizisten gelte das in doppelter Hinsicht, da sie die Stellvertreter des Staates sind.

Die Verteidigung der Demokratie müsse eine Aufgabe der Gesellschaft sein und nicht allein der Sicherheitskräfte, die dafür täglich ihre Gesundheit riskierten. Das beginne bereits mit dem Bild der Polizei, das in der Schule vermittelt werde. Es müsse effektivere

Gäste beim Festakt waren unter anderen: Aiman A. Mazyek (l.), Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V., Berlins Polizei-Vizepräsident Marco Langner (2.v.l.), Stephan Joachim Kramer (3.v.l.), Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen, Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (4.v.l.), Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei, Andreas Backhoff (6.v.l.), Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder im Bundesinnenministerium und Holger Münch (8.v.l.), Präsident des Bundeskriminalamtes. Zwischen den Gästen die GdP-GBV-Mitglieder Hagen Husgen, Clemens Murr und Jörg Bruchmüller (v.l.).





stärkt gegen Organisierte Kriminalität vorzugehen. Wo die Gesetze gebrochen würden, müssten Konsequenzen spürbar werden. „Nur so verschafft sich der Rechtsstaat und mit ihm die liberale Demokratie das, was wir derzeit häufig vermissen: Respekt! Und diesen Respekt voneinander und auch vor der Polizei – den braucht auch die Demokratie um ihrer selbst willen!“

Gewerkschaften stiften in Gesellschaft Zusammenhalt

Der Bundespräsident betonte die Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft. Die Demokratie nach 1949 und in ihren Anfängen in der Weimarer Republik vor 100 Jahren hätte es

beim Bestimmen der Arbeitsbedingungen spiele. Man brauche starke, verhandlungsfähige Gewerkschaften, und man brauche die GdP, der die Sicherheit derer ein Anliegen sei, die sie garantieren müssen.

Das Schlechtreten des Staates hat Konjunktur

Seit brutalen Taten wie dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz oder der NSU-Mordserie würden Sicherheitsfragen zunehmend emotionalisiert. Dies geschehe in einem Ausmaß, wie es das seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr gegeben hätte. Wer davon profitiere, zeige sich beim Blick auf Wahlergebnisse von

reden des Staates hat Konjunktur“, erklärte Steinmeier. Damit sage er nichts gegen Kritik. Diese sei in einer Demokratie überlebenswichtig. Sie müsse stattfinden, insbesondere, wenn Sicherheitsbehörden ineffizient arbeiteten und Fehlentscheidungen getroffen würden. Aber Kritik unterscheide sich deutlich vom Schlechtreten und der damit verbundenen Propagierung des angeblichen „Ende des Rechtsstaates“ und der ständigen Attestierung des Staatsversagens. „Wer sich darauf einlässt und sich instrumentalisiert lässt, hilft am Ende denen, die mit ganz anderen Motiven – wie es neuerdings wieder heißt – ‚das System‘ in Frage stellen“, so der Bundespräsident.

Zu wenig Personal für schnelle Maßnahmen

Steinmeier räumte ein, dass es ein Fehler gewesen sei, in der Bestrebung, die Bürokratie zu verschlanken, auch die Sicherheitsbehörden durch Personalabbau „krank gehungert zu haben“. Es sei unterschätzt worden, wie wichtig es den Menschen sei, Polizeipräsenz in der Fläche zu erleben. „Zu lange wurde ignoriert, dass sich Organisierte Kriminalität schwer in Schach halten lässt, wenn die Personaldeckungen unserer Gerichte chronisch knapp sind“, unterstrich er. Regelverstöße, die erst nach Monaten oder gar nicht sanktioniert würden, hätten die Reputation der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden beschädigt. Man brauche gut ausgestattete und professionelle Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Die Bundesregierung sei für Sicherheit und Strafverfolgung zuständig. „Der Staat muss seine Behörden genau dafür auch in die Lage versetzen – personell, strukturell und technisch“, sagte er. Laut Bundespräsident hat sich bei Bund und Ländern in Sachen Stellenoffensive schon viel bewegt. Er sei sich aber der Tatsache bewusst, dass „es mit Stellenzuwachs auf dem Papier nicht getan“ sei. „Woher die qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber kommen werden, woher ihre Ausbilder dann die Ressourcen nehmen – ohne dass neue Lücken bei den Kernaufgaben entstehen –, ob vielleicht eine Modernisierung der Ausbildung nötig wird, all das ist ehrlich zu debattieren“, sagte er. >



„Das Schlechtreten des Staates hat Konjunktur“, stellte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Festrede fest. Foto: GdP/Hagen Immel

ohne Berufsvertretungen nicht gegeben. „Gewerkschaften gehören zu den wichtigsten Stiftern des gesellschaftlichen Zusammenhalts. (...) Sie sind unverzichtbarer Impulsgeber der Demokratie“, sagte Steinmeier. Aber sie seien auch die ersten, die es zu spüren bekämen, wenn der Zusammenhalt erodiere. Ein großes Problem sei außerdem, dass es immer schwieriger sei, Menschen für wichtige Gremienarbeit zu mobilisieren, die eine zentrale Rolle

Bund und Ländern. Er spielte damit auf die Erfolge der AfD unter anderem in Hessen und Bayern an. „Vernunft und Augenmaß bleiben deshalb trotzdem und gerade heute geboten“, beschrieb der Bundespräsident eine mögliche Maßnahme gegen den Trend emotionalisierter Debatten.

Streit über „Wie“ der Demokratie

Es sei beunruhigend, wenn immer mehr Menschen nicht über das „Wie“ unserer Demokratie streiten, sondern über das „Ob“. „Das Schlecht-





Gefühlte Unsicherheit hoch

In der subjektiven Wahrnehmung werde die Sicherheitslage in Deutschland als schlecht empfunden: Der Bundespräsident bezog sich auf die Kriminalitätsstatistik 2017. „Wir haben eine der besten Polizeilichen Kriminalstatistiken seit Jahren, aber eine gefühlte Unsicherheit der Bevölkerung wie in Krisenzeiten. Mit anderen Worten: Die Kriminalität geht zurück, aber die Furcht vor Verbrechen steigt“, beschrieb Steinmeier die Gefühlslage. Es sei zu kurz gegriffen, allein den Medien die Schuld dafür zu geben, auch wenn die Dauerpräsenz von spektakulären Verbrechen zur Situation beitrage.

Manche Ereignisse, wie die Vorfälle in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln, würden die Bevölkerung erschüttern und zu „einer Art kollektiver Gefühlslage“ führen. „Für die Politik war und bleibt der öffentliche Umgang mit Gewalt und Kriminalität eine dauerhafte Gratwanderung, auch und gerade dann, wenn Täter einen Migrationshintergrund haben“, so Steinmeier. Das Austarieren von Freiheit und Sicherheit gehöre zur Demokratie.

Gründe zur Zuversicht

Trotz der angespannten gesellschaftlichen Lage sieht der Bundespräsident Grund zur Zuversicht: Bei seiner Deutschlandreise habe er mit vielen jungen Polizistinnen und Polizisten gesprochen. „Diese jungen Leute stehen zu ihrem Beruf und üben ihn mit großer Überzeugung aus. Sie bringen auch einen neuen Blick mit, wenn ich zum Beispiel an die Digitalisierung denke“, sagte Steinmeier.

Die junge Generation habe Fähigkeiten, die man etwa für den Kampf gegen Cybercrime oder den Einsatz von sozialen Medien im Bürgerkontakt nutzen könne. Außerdem gehöre genauso zur Realität, dass die meisten Deutschen der Polizei vertrauten. Der Bundespräsident bezog sich auf eine Forsa-Umfrage, wonach 83 Prozent der Bevölkerung der Polizei vertrauen. Bundesinnenminister Seehofer sprach in seiner Rede wenig später sogar von 86 Prozent. ■

Polizeipräsenz wichtiger als Paragrafen

In seiner Festrede dankte Bundesinnenminister Horst Seehofer den Polizistinnen und Polizisten dafür, dass sie täglich für ein sicheres Land sorgen. Er betonte die Wichtigkeit der Polizeipräsenz auf der Straße und warb für erweiterte IT-Befugnisse der Polizei im Kampf gegen das Verbrechen. Auch das Thema Grenzkontrollen sprach er an.

Der CSU-Politiker sagte, dass Deutschland zum aktuellen Zeitpunkt der beste Rechtsstaat sei, den es je gegeben habe. Er bezog sich dabei auf die Kriminalitätsstatistik 2017, die belege, dass die Bundesrepublik eines der sichersten Länder weltweit sei. Dies würden auch immer wieder politische Gäste aus dem Ausland anerkennen. Seehofer betonte

sein“, sagte Seehofer. Auch die stetige Verbesserung müsse das tägliche Ziel sein. Er leitete damit zum Thema Personalausstattung über. Der Bund habe vor, in den nächsten Jahren 7.500 Stellen für die Sicherheitsbehörden zu schaffen. Bislang bereite es keine Probleme, diese auch zu besetzen – beim Bundeskriminalamt (BKA) und bei der Bundespolizei zumindest. Er



„Die wichtigste Funktion des Staates ist immer noch, Recht und Ordnung zu gewährleisten“, betonte Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Foto: GdP/Hagen Immel

die Bedeutung der Polizei beim Thema Sicherheit. „Dass wir eine solche Kriminalstatistik veröffentlichen können, ist Ihr Werk“, wandte sich der Minister an die Polizistinnen und Polizisten im Saal.

Stetige Verbesserungen sind ein Muss

Seehofer appellierte weiterhin an Gewerkschaften, Polizeibeschäftigte sowie an die Politik, sich weiter anzustrengen und damit das Erreichte zu erhalten. „Wer aufhört, besser werden zu wollen, hört bald auf, gut zu

bezog sich auf eine Aussage des BKA-Präsidenten Holger Münch. Seehofer verwies darauf, dass es einen parteiübergreifenden Konsens zu strukturellen Verbesserungen bei den Polizeien gäbe. Dies betreffe die personelle Ausrüstung und Ausstattung.

Fehler in der Sicherheitspolitik sind irreversibel

Der Innenminister betonte die Wichtigkeit der Polizei auf der Straße: „Für mich ist die Polizeipräsenz in unserem Land noch ein Stückchen wichtiger





als die Paragraphen. Ich setze deshalb immer die erste Priorität auf die Präsenz der Polizei und nicht auf eine Inflation von Paragraphen.“ Er räumte Missstände in der Personalpolitik ein: „Da sind viele Fehler gemacht worden. Einer der Fehler war eben das Sparpotenzial zulasten der Sicherheit und der Personalausstattung.“ Fehler in der Sicherheitspolitik seien auf lange Zeit irreversibel. Die Sicherheitspolitik unterscheide sich grundlegend von vielen anderen politischen Bereichen. Als Beispiel nannte er das Steuerrecht, wo man einen Paragraphen immer wieder ändern könnte. „Aber wenn Sie an der Sicherheitsarchitektur des Landes schnippeln und substanzielle Veränderungen in die falsche Richtung durchführen, dauert es sehr lange, bis Sie solche Fehler wieder ausbügeln“, sagte der Politiker.

Mehr Befugnisse im IT-Bereich

Mit Blick auf die Zukunft betonte Seehofer die Wichtigkeit des länderübergreifenden Programms „Polizei 2020“. Eine der Kernkomponenten sei hier der IT-Bereich mit dem Datenaustausch. Laut dem Innenminister ist es vordringlich, die Sicherheitskräfte mit Befugnissen auszustatten, die man auch in der analogen Welt kenne. Es könne nicht sein, dass die Überwachung des Internets nicht in der gleichen Weise möglich sei, wie die eines Telefons. Kaum ein Straftäter telefoniere noch.

Schleierfahndungen sinnvoll

Seehofer sprach sich für einen Schutz der europäischen Außengrenzen aus, was nicht dazu diene, mit dem Migrationsdruck fertig zu werden, sondern durch den Wegfall der Binnengrenzen begründet sei. Die Kontrollen an den europäischen Außengrenzen würden die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten. Außerdem plädierte er für die Schleierfahndung. Es sei sinnvoll, anlassbezogene und temporäre Kontrollen an bestimmten Punkten durchzuführen, statt nur auf stationäre und dauerhafte Grenzkontrollen zu setzen. Wenn etwa in Sachsen viele Mähdrescher verschwinden würden, wäre es sinnvoll, dort verstärkt zu kontrollieren, bis sich die Situation wieder bessere. Auch für eine gute Zusammenarbeit mit der Justiz sprach er sich

aus. „Ich finde es eines Rechtsstaats unwürdig, wenn potenzielle Straftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, weil die fristgerechte Anberaumung eines Prozesses nicht möglich ist.“

Deutsche vertrauen der Polizei

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt gegen Sicherheitskräfte hob Seehofer hervor, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen große Sympathie mit und Vertrauen zu ihrer Polizei habe – nämlich 86 Prozent. Er korrigierte damit den Bundespräsidenten, der zuvor in seiner Rede von 83 Prozent gesprochen hatte. „Mein Ministerium hat mir aufgeschrieben, 86 Prozent der Deutschen.

Das stammt vom Innenministerium, das ist immer der Wahrheit verpflichtet“, sagte Seehofer. Selbstironisch fügte er hinzu: „Das ist ein Wert, von dem Politiker insgesamt nur träumen können. Ich persönlich bin von solchen Werten Lichtjahre entfernt.“

Wie Steinmeier betonte Seehofer den Balanceakt zwischen Freiheit und einem Staat, der Recht und Ordnung durchsetze. Der Staat als Vormund sei ein schlechter Wegbegleiter. Aber, wenn es um Eigentum, Gesundheit und das Leben der Menschen gehe, müsse ein Staat stark sein. Der Minister erklärte: „Die wichtigste Funktion des Staates ist immer noch, Recht und Ordnung zu gewährleisten. Das machen Sie, und dafür bedanke ich mich.“ ■

„Begegnet euch sicher, frei und mit offenem Blick“



Steigende Gewaltbereitschaft, die sich rasant entwickelnde Cyberkriminalität, Fachkräftemangel bei Polizei und Kirche – das sind nur einige der Themen, die Rainer Maria Kardinal Woelki ansprach. Er wehrte sich gegen Pauschalverurteilungen von Migranten und rief die Gesellschaft dazu auf, den Mut zu haben „gütig, großzügig und tolerant zu sein“.

Kardinal Woelki sagte in seiner Festrede, dass die Kirche vor ähnlichen Herausforderungen stehe wie die Polizei – etwa beim Thema Personalmangel. „Was beispielsweise als Fachkräftemangel bei der Polizei ein Mangel an Einsatzkräften ist, muss man in der Kirche wohl unter dem Stichwort Priester-mangel angehen“, erklärte der Kölner Erzbischof. Es gehe aber auch um viele andere Berufe in der Kirche, die betroffen seien – selbst Religionslehrer würden fehlen.

Der Kardinal betonte die Bedeutung der Polizei für die Gesellschaft. „Der Polizeidienst in all seiner Komplexität (...) stellt ein Instrument des Staates dar, um für unser aller Sicherheit zu sorgen“, so Woelki. Dafür könne man nicht genug danken. Die Erwartungshaltung gegenüber Sicherheitskräften sei „übermenschlich hoch“ – gerade mit Blick auf die bestehenden Herausforderungen.

Problem Überbelastung

Überbelastung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf markierten im Polizeidienst ein besonderes Problem. Es sei traurige Realität vieler im Polizeidienst Tätiger, dass die Familie daran zerbricht, dass der Beruf immer an erster Stelle stehen müsse. „Verschärft wird diese Vereinbarkeitsproblematik seit Jahren durch einen erheblichen Mangel an Einsatzkräften, gegen den auch die jüngste Einstellungsoffensive noch nicht die Trendwende gebracht hat“, sagte der Kardinal. Seit 2013 seien Angststörungen, Depressionen und das Burn-out-Syndrom auf dem Vormarsch. Diese seelischen Leiden würden bedingt durch „häufig erlebte Aggressivität, persönliche Verletzungen und Beschimpfungen bei der Arbeit, Zeitdruck, Arbeitsdichte, sinnlose Tätigkeiten sowie mangelnde Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf Arbeitsausführung und -ergebnis“. >





Digitalisierung und Ausstattung

Die Kulturrevolution, die mit der Digitalisierung einhergeht, habe sowohl Licht- als auch Schattenseiten. Der technische Fortschritt sorgt für Entlastung und gleichzeitig für ein nie gekanntes Ausmaß an Beschleunigung, Verdichtung und – aufgrund der Automatisierung – auch für einen Verlust von Arbeitsplätzen. „Die Gefahr, die droht, wenn wir nicht entsprechend der Arbeitswelt 4.0 einen Sozialstaat 4.0 entwickeln, ist die, dass noch mehr Menschen abgehängt werden, mit all den Folgeproblemen, die Abgehängtsein für jeden Einzelnen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich bringt“, warnte er. Auch die Kirche müsse lernen, sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung auseinanderzusetzen.

Woelki ermahnte die Menschen, sich bei der Informationsflut im Netz und vor dem Hintergrund von Fake News sowie Stimmungsmache in den sozialen Medien des kritischen Verstandes zu bedienen. Die kritische Instanz des Verstandes scheine verloren gegangen zu sein. Er bezog sich bei seinem Appell auf den Philosophen Immanuel Kant (Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit).

Die Möglichkeiten, im Internet kriminell zu werden, hätten sich rasanter entwickelt als es den Kriminalitätsbekämpfern möglich sei, diese Taten einzudämmen. Er nannte als Beispiele die Themen Menschenhandel im Darknet, Diebstahl im Internet und Steuerhinterziehung. „Umso wichtiger wird es sein, die Ausstattung der Polizeien auf allen Ebenen permanent auf dem neuesten Stand zu halten und so der Kriminalitätsbekämpfung ebenso wie der Sicherheit von Beamtinnen und Beamten den Vorrang vor allen anderen Interessen zu geben“, so Woelki.

Gewaltlegitimation und Terrorismus

Er bemängelte den Trend steigender Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft. Dies sei bereits erkennbar, wenn man nur mal vier bis fünf Stunden Autofahrt und das Level an Anstrengung und Gereiztheit steige. Es sei zudem

normal geworden, dass sich Menschen online rund um die Uhr mit Spielen beschäftigen, in denen es um Leben und Tod gehe. Dies und die Omnipräsenz von Gewaltvideos seien normaler als ein gesundes Frühstück. Solche Inhalte würden in den Verstand von jungen Menschen sickern.

nung in einem umfassenden Sinne Sorge tragen können.“

Immer mehr rechtsextremes Gedankengut

Beunruhigend fand der Kardinal



Kardinal Woelki: Den kritischen Verstand nutzen.

Foto: GdP/Hagen Immel

Für die Polizei bedeute das, dass selbst kleinste Einsätze – etwa bei einem Ladendiebstahl – jederzeit in Gewalt ausarten könnten. „Widerstand gegen die Staatsgewalt ist längst zum Dauerzustand in Deutschland geworden“, so der Erzbischof. Dabei könnte alles gut sein, denn niemand müsse heutzutage mehr Angst vor der Polizei haben, wenn er nach einem Ausweis gefragt werde. Dass es mal eine „Zeit gab, in der Polizisten autoritär und herrisch aufgetreten sind, wissen bloß noch ältere Leute“.

Woelki bezog sich auf Zahlen der GdP, wonach durchschnittlich 133 Beamtinnen und Beamte täglich Widerstand erleben. Dies sei erschütternd. „Diejenigen, die für Recht und Ordnung sorgen, kommen selbst unter die Räder.“ Das Fatale an der Gewalt gegen Sicherheits- und Rettungskräfte sei das, was dahinter liegt – nämlich die Einstellung „Ich mache, was ich will, und alle anderen interessieren mich nicht.“ Diese Überzeugung habe sich breit gemacht. „Dem muss unser Gemeinwesen konsequent entgegen treten und die jeweiligen Einsatzkräfte auch so ausstatten, dass sie für Ord-

aber auch die Tatsache, dass sich immer mehr rechtsextremes Gedankengut ausbreite und Pauschalverurteilungen zunehmen. Die sogenannten Silvesterübergriffe hätten sicherlich „eine Zäsur im Sicherheitsgefühl unseres Landes und in der Wahrnehmung von jungen Männern mit Migrationshintergrund“ markiert. Es sei aber falsch zu denken, dass nun alle arabischen und muslimischen Männer zu sexueller Gewalt neigen würden. „Müssen wir darauf hinweisen, dass auch die Massenvergewaltigungen von Musliminnen im Bosnienkrieg nicht dem Christentum oder einer christlich geprägten Kultur angelastet werden dürfen?“, fragte er. Es müsste eigentlich genügen, an den langen, schmerzhaften Kampf der Frauen für Gleichberechtigung und körperliche Unversehrtheit auch in Deutschland zu erinnern.

Woelki warb dafür, dass sich alle Menschen – gleich welchen Geschlechts, Alters, welcher Religion und ethnischen Herkunft – „sicher, frei und mit offenem Blick begegnen“ können. Vor dem Hintergrund der Vorfälle in Freiburg verwies er darauf, dass der Anteil der von Afghanen, Syrern und





Irakern begangenen Straftaten seit 2015 zwar gestiegen sei, aber dass ein Vergleich zur Gruppe der Deutschen nur bedingt möglich sei. Der Grund liege laut BKA-Experten in der unterschiedlichen Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur. „Es zählen zu der ausländischen Bevölkerung mehr junge Männer aus sozial schwachen Schichten; das ist eine Gruppe, die auch bei Bundesbürgern öfter kriminell wird als der Rest der Bevölkerung.“ Außerdem sei etwa häusliche Gewalt kein importiertes Problem, sondern eines, das sich durch alle Schichten ziehe. Trotzdem müsse man benennen, dass es unter einem Teil der jungen Migranten ein bedrückendes Frauenbild gebe. Es sei notwendig, das Thema anzusprechen, wenn man durchsetzen wolle, dass die Würde der Frau jederzeit unantastbar sei.

Der Kardinal sprach sich gegen „Verkürzungen und Pauschalurteilungen“ aus, die der „aktuellen Herausforderung ebenso wenig gerecht werden wie naives Gutmenschentun“. Er sagte: „Wir haben einen

langen Weg des Lernens vor uns, wie wir miteinander leben wollen.“

Ausländische Einstellungen seien in Deutschland immer weiter verbreitet, und es handelt sich dabei um eine Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus“. Dass dies keine Lösung sei, hätten wir in diesem Land nur zu hart lernen müssen. Auch Terrorismus sei eine Form von Extremismus. Terrorismus stelle unser Verständnis von Krieg und Frieden grundsätzlich auf den Kopf, und diese Form der Bedrohung führe bei der Polizei zu einer steigenden Arbeitsverdichtung.

„Die Polizei, dein Freund und Helfer – ja, das ist sie. Aber um es zu bleiben, braucht auch sie Freunde und Helfer



Mehrere Generationen im Meinungsaustausch.
Foto: GdP/Hagen Immel

auf allen Ebenen“, sagte er und appellierte an die Menschen, „dass es für alle besser ist, wenn wir den Mut haben, gut zu sein, gütig zu uns und zu anderen, großzügig und nicht berechnend, solidarisch und tolerant und da, wo es sein muss, konsequent, und zwar vor allem in der Durchsetzung des Rechtsstaats.“ ■

„Freiheit mit weniger Sicherheit kann es nicht geben“

Der amtierende Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), Sachsen-Anhalts Ressortchef Holger Stahlknecht, betonte, Freiheit mit weniger Sicherheit könne es nicht geben. „Wir haben gemerkt, dass wir mehr Personal brauchen, um Sicherheit zu gewährleisten.“ Dafür brauche es aber keinen Rechtsruck. Ein starker Staat müsse sich auf die Kernaufgaben konzentrieren und benötige eine sehr gut ausgestattete Polizei.

„Freiheit braucht Sicherheit, und Sicherheit ist ohne Freiheit wertlos“, sagte der CDU-Politiker und unterstrich: „In diesem Spannungsverhältnis müssen wir uns strategisch ausrichten und unsere Aufgaben für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik erfüllen.“ Bis 2015 habe in den Kabinetten der Länder und auch des Bundes noch die Auffassung vorgeherrscht, dass Freiheit auch mit ein bisschen weniger Sicherheit zu gewährleisten sei. Spätestens mit der Flüchtlingssituation in jenem Herbst habe sich herausgestellt, dass dies falsch war.

„Als es um die Kontrollen an den Grenzen ging, hatten wir nicht genug Bundespolizei, aber gleichwohl ist es

von Ihnen gemeistert worden. Als die Flüchtlinge auf die Länder verteilt wurden und in die Gemeinden kamen, mussten wir die Flüchtlingsunterkünfte gegen Übergriffe von außen schützen und gleichzeitig Sicherheit in den Unterkünften gewährleisten. Das haben Sie gemeistert“, rief Stahlknecht den Delegierten zu und ergänzte, „obwohl die Personaldecke dünn war.“

Polizei meistert die Lagen trotz Personalmangel

Aufgrund der Zuwanderung hätten sich zugleich die rechten Ränder und die extrem rechten Ränder verstärkt,

sekundiert von den Linksextremen mit Demonstrationen. Aber auch diese Lage sei von der Polizei gemeistert worden – trotz angespannter Personalsituation. Neben diesen zusätzlichen Aufgaben galt es dem Minister zufolge, die Alltagskriminalität zu bewältigen, mit veränderten Formen wie der Cyberkriminalität. Obwohl auch in diesen Bereichen eine angespannte Situation herrschte und teilweise noch herrsche, seien die Aufgaben gemeistert worden. „Dafür gebührt Ihnen ganz persönlich mein Dank.“

Die Lehre daraus sei: „Freiheit braucht nicht nur Sicherheit, sondern Freiheit braucht einen starken Staat, einen starken Rechtsstaat, und diese Bundesrepublik braucht diesen starken Staat. Wir brauchen aber keinen Rechtsruck. Das muss auch klar sein“, unterstrich der IMK-Chef.

Zu den Kernaufgaben eines starken Staates gehöre eine funktionierende Verwaltung mit genügend Personal,





Holger Stahlknecht, sachsen-anhaltischer Innenminister und amtierender Vorsitzender der Innenministerkonferenz, bei seinem Grußwort an die Delegierten.

Fotos (2): GdP/Hagen Immel

mit einem Service für die Bürgerinnen und Bürger. Ebenso eine Justiz mit genügend Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, damit Verfahren auch in einem vernünftigen Zeitrahmen durchgeführt werden könnten und die Bürgerinnen und Bürger zu Recht das Gefühl hätten, dass ihnen Gerechtigkeit widerfähre und sie in einem Rechtsstaat lebten. „Zu einem starken Staat gehört auch eine gut ausgebildete, personell und materiell gut ausgerüstete Polizei“, so Stahlknecht.

Vertrauen in Polizeiarbeit ist wichtig

Das große Vertrauen in die Arbeit der Polizei sei wichtig, weil das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie, in den Staat dadurch entstehe, dass die Menschen einem starken Staat vertrauten. Stahlknecht verwies auf ein Tötungsdelikt im sachsen-anhaltischen Köthen. Danach habe es dort an einem Sonntagabend die üblichen Aufmärsche von Links- und Rechtsextremen gegeben, und das Versammlungsrecht als Freiheitsrecht unserer Verfassung sei garantiert worden. „Wir haben aber gleichwohl deutlich gemacht, dass, egal, wer kommt und diesen Staat von links oder rechts destabilisieren will, dieser nicht wackelt.“

Der Minister weiter: „Was die politische Ausrichtung angeht, so kann man nur dafür kämpfen und sich einsetzen, dass diese Einsicht, dass wir zunächst einen starken Staat auszufinanzieren haben, strategisch die richtige ist.“ Gelder, die bis 2015 nicht mehr im Sicherheitsbereich eingesetzt

wurden, seien für konsumtive Leistungen genutzt worden. „Politisch war ein fürsorglicher Staat gewollt. Man hat mehr Geld in die Kinderförderung gesteckt, für Sozialausgaben zur Verfügung gestellt. Das ist ja alles schön und gut, aber es gibt zwei Komponenten, die man dabei beachten muss. Es gibt die der Zufriedenheit – die entsteht durch einen fürsorglichen Staat – und die des Vertrauens, und die entsteht durch einen starken Staat.“

Personallage durch Neueinstellungen verbessern

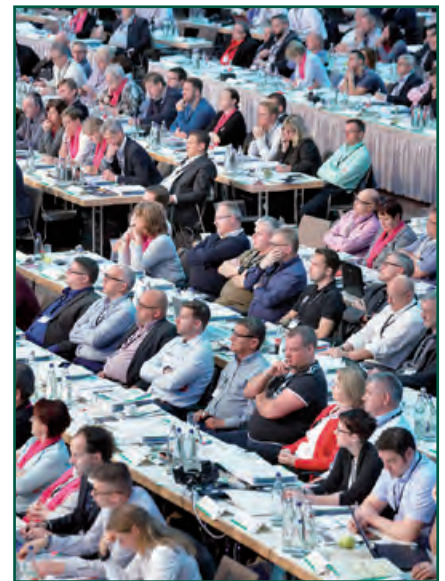
Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat habe mit den Entscheidungen von 2015 und den Entscheidungen „weniger Sicherheit für mehr Freiheit“ gelitten. „Wir müssen das Vertrauen der Menschen in einen funktionierenden Staat zurückgewinnen, weil Vertrauen etwas ist, das auf Dauer angelegt werden muss.“ Damit dies gelinge, „brauchen wir auch Sie als starke Polizei“. Und: Wenn man die Zufriedenheit an den Anfang stelle und das Vertrauen vernachlässige, gehe dieser Staat irgendwann krachen. „Das sage ich ganz deutlich“, fügte der Minister hinzu. „Deshalb brauchen wir den Mut, solche Dinge anzusprechen und uns dafür einzusetzen.“

Die angespannte Personalsituation bei der Polizei solle durch

Neueinstellungen besser werden, auch wenn das nicht von heute auf morgen geschehe. Die Anwärterinnen und Anwärter müssten erst einmal ausgebildet werden.

„Beim Fußball gibt es die Fans. Wenn es gut läuft, sind die der zwölfte Mann auf dem Spielfeld. Und wenn ein Spiel einmal schlecht läuft, dann dürfen die Fans die Mannschaft auch einmal auspfeifen. Der Bundespräsident hat – das habe ich gerade gehört – gesagt, Sie als Gewerkschaft seien eine starke Säule dieser Demokratie. Für mich sind Sie, wenn Sie so wollen, der zwölfte Mann auf dem Spielfeld: Ich habe immer gedanklich einen zweiten Innenminister im Kabinett. Wenn der Finanzminister einmal nicht so will, dann rufe ich Ihren Vorsitzenden an – dann habe ich den zweiten Innenminister im Spiel. Das hilft!

Und wenn ich einmal nicht so gut spiele, dann dürfen Sie auch pfeifen.



Das gehört zum Rollenverständnis, und das halten wir auch aus. Dieses Wechselspiel gehört nun einmal dazu. Insofern ist es gut, dass es Sie in Ihrer Profession gibt, dass Sie für Ihre Berufsgruppe sich einsetzen. Dafür kann man Ihnen nur danken. Seien Sie streitbar, seien Sie kritisch, und stellen Sie sich mit mir an eine Seite, damit wir gemeinsam dafür kämpfen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in einen starken Staat wieder wächst und niemals wieder leidet. Dafür brauchen wir Sie mit Ihrer Profession und mit Ihrem Können“, betonte Stahlknecht abschließend. ■





„Gewalt gegen Polizisten hat nichts mit zivilem Ungehorsam zu tun“

„Es liegen ereignisreiche vier Jahre hinter uns, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt mächtig gelitten hat. Die Rechtspopulisten vergiften das gesellschaftliche Klima. Sie sitzen mittlerweile nicht nur in allen Parlamenten. Sie gehen auch auf die Straße. Das führt zu Gegenprotesten und ständig steht ihr dazwischen“, stellte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, zu Beginn seines Grußwortes fest. An die Polizeibeschäftigten im Saal gewandt sagte er: „Ihr verteidigt den Rechtsstaat, die Grundrechte, und die gelten immer und für alle. Eure Bedeutung für die soziale Sicherheit gerät zunehmend ins Hintertreffen, wenn die allgemeine Stimmung politisch und ideologisch aufgeladen ist. Es gibt durchaus linke Irrlichter, die meinen, der Rechtsstaat, den ihr schützt, wäre ein rechter Staat. Das ist falsch, dumm und gefährlich.“

Die Rechtsextremisten provozieren dem DGB-Chef zufolge am laufenden Band und heizen damit die gesellschaftliche Stimmung an. „Ihr steht nicht nur dazwischen – ihr seid gefordert wie noch nie. G20, Chemnitz, Köthen, Hambacher Forst – um nur einige der Schlaglichter der letzten Monate zu nennen“, betonte er. Der Arbeitsdruck und die Unsicherheit seien deutlich gewachsen, 22 Millionen Überstunden in 2016 angehäuft worden.

„Ein Leben in Sicherheit“ wäre ohne euch und eure Kolleginnen und Kollegen in Bund und Ländern, die jeden Tag mit vollem Einsatz die Menschen im Land schützen, nicht möglich. „Dafür gebührt euch und den Kolleginnen und Kollegen Dank, Anerkennung, Wertschätzung und Respekt! Eigentlich müsste diese Anerkennung aus allen Teilen der Gesellschaft kommen, schließlich sind laut Kriminalstatistik etliche Straftaten auf einem Rekordtief. Diebstähle und Einbrüche verzeichnen den stärksten Rückgang seit 20 Jahren. Das ist auch euer Verdienst“, sagte Hoffmann.

Hohes Ansehen in der Bevölkerung

„Ihr genießt nach wie vor ein hohes Ansehen in der Bevölkerung“, wie der Gewerkschafter betonte, trotz-

dem schlage vielen Einsatzkräften Aggressivität und Respektlosigkeit entgegen. Statistisch gesehen wurde in den vergangenen fünf Jahren pro Tag 180-mal eine Straftat gegen Polizeivollzugsbeamte begangen. 74.000 Angriffe auf Polizeibeamte gab es allein 2017. „Das ist ein bodenloser Skandal – der ist nicht hinnehmbar“, so der DGB-Vorsitzende. Gewalt gegen Polizisten sei weder ein Kavaliersdelikt, noch habe sie auch nur im Entferntesten etwas mit zivilem Ungehorsam zu tun. Eure Kolleginnen und Kollegen aus den DGB-Gewerkschaften stünden solidarisch hinter euch: „Denn bei Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen ist die rote Linie überschritten.“

Auf dem DGB-Bundeskongress im Frühjahr seien zwei Anträge, von euch und vom DGB-Bundesjugendausschuss, zur „Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten“ einstimmig von den Delegierten beschlossen worden. Es wurde Zeit, so Hoffmann, das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ auf die politische Agenda zu setzen. Aber was seien jedoch die Gründe für diese abstoßende Respektlosigkeit – gegenüber euch und dem Gemeinwesen? Der DGB habe immer davor gewarnt, dass es nicht ohne Folgen bleibe, wenn Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge eingeschränkt, zusammengestrichen oder privatisiert werden. >



COP® SPECIALS

Januar / Februar 2019

**Gültig vom 20.12.2018 bis 28.02.2019

COP

Alle Monatsangebote finden Sie hier!



MIT SHOPS IN BERLIN · LEIPZIG · MÜNCHEN · WIEN



1 Handschuh
COP® SGK2 TS
Art.-Nr. 3205GX2TS-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XXS - 3XL
Material: 50% Synthetikleder,
50% Kunstfaser. Schnittschuttfutter aus
ARMOR-TEX®. Handinnenseite aus
weichem, Clarino®-Synthetikleder.

AKTIONSPREIS**
€ 39,90
statt 55,99***



EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
3 5 4 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

2 QuiLite™ X-WW
Hand-Frei Akku-LED-Lampe
(weiß/weiß)

Art.-Nr. QL-XWW
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
Gewicht: 42 g
Wiederaufladbare
"Hand-Frei" Akku-LED-Lampe.

AKTIONSPREIS**
€ 49,90
statt 64,99*



3 Mactronic
1000 Lumen



AKTIONSPREIS**
€ 79,90
statt 99,99*

Mactronic® USB
Akku-Taschenlampe
Sniper 3.3
Art.-Nr.: MT-TH0063
Leuchtweite: bis zu 205m



4 Einsatzstiefel
adidas® GSG9.7
Art.-Nr. 85662307-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g

AKTIONSPREIS**
€ 139,90
statt 159,99*



5 Reebok® Herren
Einsatzschuh
Sawcut 5.0 GTX

Art.-Nr. RBBD5861S-Größe
Farbe: schwarz
Größen: 7 - 13 (EU 39 - 47)
Material: Obermaterial
aus strapazierfähigem
CORDURA® und
atmungsaktivem Mesh.



AKTIONSPREIS**
€ 79,90
statt 99,99*



AKTIONSPREIS**
€ 49,90
statt 65,99*

BIANCHI

Angebot gilt ohne Waffe

6 BIANCHI®
Black Widow™
Gürtelholster
Art.-Nr. B5
Farbe: schwarz oder braun
Material: Leder
Für Gürtel bis 45 mm Breite.
Bitte angeben: Farbe, Waffe
Rechts- oder Linkshänder

7 Under Armour®
Tactical Sturmhaube
Infrared ColdGear®

Art.-Nr. UA1244401-5
(schwarz)
Art.-Nr. UA1244401-B
(beige)
Farbe: schwarz, beige
Größe: Einheitsgröße
Material: 87% Polyester,
13% Elasthan



TACTICAL

coldgear®
FÜR KALTE TAGE
MIT WÄRME UND TROCKENHEIT

AKTIONSPREIS**
€ 25,90
statt 34,99*



AKTIONSPREIS**
€ 79,90
statt 109,99*

8 MAGNUM®
Must 8.0 WP
Einsatzstiefel
Art.-Nr. 878013295-Größe
Größen: 39-48; Farbe: schwarz
Obermaterial: atmungsaktives
Nylon mit Einlagen aus Leder.
Vibrationssohle. Sehr leichter
Einsatzstiefel/-schuh

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2018 bis 28. Februar 2019

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de



„Bei Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen ist die rote Linie überschritten“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Folgen des schlanken Staates

„Personal im öffentlichen Dienst einzusparen und notwendige Investitionen in Gebäude, Ausrüstung und Weiterbildung zu unterlassen, geht letztlich immer zu Lasten seiner Beschäftigten und gegen die Anerkennung des Gemeinwesens. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist eine Folge des schlanken Staates! Wie fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger, wenn die Wache im Ort geschlossen beziehungsweise mit der im Nachbarort zusammengelegt wird? Ihr Leben wird dadurch bestimmt nicht sicherer“, unterstrich der DGB-Chef.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen auf den Staat vertrauen. Sie wollen, dass es gerecht zugeht, alle Menschen teilhaben können, Missstände beseitigt werden, niemand zurückgelassen und geltendes Recht konsequent angewandt wird. „Ein funktionierender und leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist der wichtigste Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land“, so Hoffmann und weiter: „Wo der Staat seine Aufgaben nur noch ungenügend erfüllt, drohen seine Beschäftigten die Blitzableiter für das Unbehagen der Menschen zu werden. Die Menschen wollen, dass es sicher und gerecht zugeht.“

Wer den öffentlichen Dienst beinträchtigt, beschädigt auch



den gesellschaftlichen und politischen Grundkonsens. „Ihr dürft nicht für politische Versäumnisse verantwortlich gemacht werden. Letztlich kosten uns die Folgen dieser Politik mehr, als der Staat unterm Strich einsparen kann. Deshalb sage ich: Schluss mit dem Sparstaat!“ 20.000 Stellen müssten neu geschaffen werden. Die Ausrüstung der Polizei für Kommunikation und Schutz müsse auf den modernsten Stand gebracht werden. „Ein Leben in Sicherheit!“ gelte auch für Polizistinnen und Polizisten. „Ich habe doch auf meiner letzten Sommertour im Polizei-

revier Leipzig gesehen, wie schlecht es um eure Ausrüstung bestellt ist“, fügte der DGB-Chef hinzu. „Das muss die Politik endlich verstehen. Ihr verdient weit mehr Wertschätzung von der Politik – sowohl personell, materiell, aber auch ideell.“

GdP ist erfolgreich

Der DGB-Vorsitzende erklärte abschließend: „So wie die Polizei in der Gesellschaft ein verlässlicher Partner ist, so ist die GdP ein verlässlicher Partner für uns und eine tragende Säule der Einheitsgewerkschaften im DGB. Und Einheitsgewerkschaft heißt auch, dass wir uns in politischen Debatten immer wieder verständigen müssen: Konflikte werden dabei offen ausgetragen.“ Da sei dann die gemeinsame Aufgabe, die Auffassungen zu versöhnen und einende Werte und Traditionen in den Vordergrund zu stellen. „Ihr habt ebenso wie alle DGB-

Gewerkschaften eine antifaschistische Tradition, die uns niemand nimmt“, sagte Hoffmann.

Und die GdP sei erfolgreich. „Sie ist in den letzten vier Jahren bei der Mitgliedergewinnung im Schnitt um zwei Prozent gewachsen. Darauf könnt ihr stolz sein – und wir sind es auf euch!“





DER IDEALE
ORT FÜR...

GLOBALE

VERNETZUNG

Fachlicher Austausch, Kontakt zu
Branchenkennern und Experten aus
der ganzen Welt – **seien auch Sie**
zur richtigen Zeit am richtigen Ort:

IWA.INFO/JETZT

IWA

OUTDOOR CLASSICS 2019

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

8. – 11.3.2019

NÜRNBERG, GERMANY

NÜRNBERG MESSE



Staatliche Maßnahmen und Freiheitsrechte

Berlins Innensenator Andreas Geisel hieß die Delegierten und Gäste in der Hauptstadt willkommen und überbrachte die herzlichsten Grüße des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. „Wenn wir von ‚Leben in Sicherheit‘ sprechen, dann geht es auch um Gefahren, die unsere Sicherheit bedrohen und die es zu bekämpfen und möglichst zu verhindern gilt“, sagte Geisel in seinem Grußwort. Damit komme man an dem fürchterlichen Terroranschlag vom 19. Dezember 2016 nicht vorbei. Dieser Anschlag sei genauso wenig vergessen wie seine zahlreichen Opfer.



„Unvergessen sind auch die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen des Basisdienstes, die als erste unmittelbar vor Ort waren und in für mich fast heldenhafter Weise Hilfe geleistet haben. Es ist mir auch nach zwei Jahren immer noch ein Bedürfnis, insbesondere diesen Dienstkräften meinen tiefen Dank und meine Wertschätzung auszusprechen“, betonte der SPD-Politiker. Kürzlich sei in Berlin ein neues Ehrenzeichen für die Angehörigen von Polizei und Feuerwehr verliehen worden, darunter an Kolleginnen und Kollegen, die beim Anschlag im Einsatz waren. „Es geht hier um Dank, Respekt und Anerkennung ihrer Arbeit. Basiskräfte sind zweifellos das Rückgrat der Polizeiarbeit.“

Die Menschen in Berlin hätten ein starkes Vertrauen in die Arbeit ihrer Polizei und Feuerwehr. „Das gilt

„Sicherheitsmaßnahmen dürfen das Lebensgefühl einer Stadt nicht ersticken“, sagte Berlins Innensenator Andreas Geisel.

Foto: GdP/Hagen Immel

ganz bestimmt nicht nur für die Hauptstadt, sondern für unser ganzes Land.“

Sicherheit nicht zum Nulltarif

Geisel verwies auf die Schlussfolgerungen nach dem Anschlag. „Auf der Grundlage einer kritischen und ehrlichen Analyse wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie wir uns kurz-, mittel- und langfristig besser aufstellen können. Das gilt insbesondere in organisatorischer Hinsicht, aber vor allem für die Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen und natürlich ganz besonders für die Ausrüstung und Ausstattung unserer Polizei“, sagte er und hob hervor: „Sicherheit gibt es nicht

zum Nulltarif. Wenn wir es wirklich ernst damit meinen, unsere Polizei und unsere Feuerwehr besser auszustatten, dann geht das nicht ohne gewaltige finanzielle Anstrengungen. Das haben wir im Berliner Senat verstanden.“

Seit Beginn der Legislaturperiode habe der Senat zwei umfangreiche Sicherheitspakete verabschiedet. „Die Beschaffung von neuen Waffen und zeitgemäßer Schutzausrüstung war und ist für uns wichtig. 3.500 ballistische Helme, 6.300 ballistische Schutzwesten, neue Mitteldistanzwaffen für unsere Einsatzdirektionen und für das SEK und modernes Zubehör für Maschinenpistolen sind nur einige Verbesserungen“, erläuterte der Senator. Außerdem werde die umfangreiche digitale Funkversorgung im Bereich der Berliner Verkehrsbetriebe, insbesondere bei den U-Bahnen, realisiert und auch künftig im Bereich der Objektfunkversorgung ausgebaut. „Wir haben alle Funkwagen der Polizeiabschnitte, die Einheiten der Bereitschaftspolizei und die Verkehrsdienste mit Tablets und Smartphones ausgestattet. Auch der Kriminalpolizei werden diese Geräte ab 2019 zur Verfügung stehen.“

Ein anderer Blick auf die Gefährdungslage

„Leben in Sicherheit“ ziele vor allem auf die Bürgerinnen und Bürger, primär auf den Schutz des öffentlichen Raums. In Berlin gebe es eine Vielzahl potenziell gefährdeter öffentlicher Bereiche und Plätze, die es wirksam zu schützen gilt. Dabei gehe es infolge des Terroranschlags auch um den Einsatz permanenter und temporärer Sperrmittel. Erste Maßnahmen seien dieses Jahr auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz bereits sichtbar. Von diesem Pilotprojekt würden grundsätzliche Erkenntnisse erwartet. Das erfordere Diskussionen etwa im Bereich der Stadtentwicklung und der Verkehrsführung.

„All diese Behörden haben einen anderen Blick auf die Gefährdungslage“,





betonte Geisel. „Wir reden hier über eine Gratwanderung. Die Sicherheitsmaßnahmen dürfen nicht das Lebensgefühl in der Stadt, das Lebensgefühl bei Großveranstaltungen ersticken.“ Die Menschen wollen und sollen möglichst frei und unbeeinträchtigt leben können.

Der Staat setzt Regeln durch

Die Frage nach der Gewährleistung der urbanen Sicherheit und nach dem Schutz des öffentlichen Raums beschäftigt dem Innensenator zufolge über Länder- und Bundesgrenzen hinweg auch die Europäische Union (EU). Er begrüßte sehr, dass die EU-Kommission dieses Thema unlängst aufgegriffen und von Terroranschlägen heimgesuchte Städte zusammengebracht habe und Vertreter der Kommunen mit einem Fonds unterstütze.

Geisel bekräftigte: „Wir wollen mehr polizeiliche Präsenz auf der Straße und in den Kiezen sehen.

behörden sinnvoll ist, müssen wir noch häufiger davon Gebrauch machen.“

Bei der Bekämpfung der Kriminalität sollen die Bürgerinnen und Bürger sehen: „Der Rechtsstaat arbeitet, der Staat tut etwas, er setzt Regeln durch. Deswegen haben wir vereinbart, bei der Generalstaatsanwaltschaft eine Abteilung zur Einziehung von illegal erworbenen Vermögen zu gründen, und dass die Steuerfahndung intensiver nachschaut und wir Geldwäsche intensiver bekämpfen.“

Konkurrenz bei der Nachwuchsgewinnung

Zugleich stelle sich die Frage: „Wie gewinnen wir geeignete Nachwuchskräfte in so großer Zahl? Und das bei der bundesweiten Konkurrenzsituation, insbesondere mit den Bundessicherheitsbehörden hier in Berlin. Deshalb sei es unverzichtbar, dass die Landespolizei ein guter und interessanter Arbeitgeber sei. Dazu



Foto: GdP/Hagen Immel

Deshalb haben wir am Alexanderplatz seit Mitte 2017 die sogenannte Alex-Wache eingerichtet.“ Dies habe dazu geführt, dass die Menschen sich jetzt dort sicherer fühlten. Zudem sei es ein gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit von Landes- und Bundespolizei sowie in diesem Fall mit dem Ordnungsamt des Berliner Bezirks Mitte. „Da, wo diese Kooperation der Sicherheits-

zähle die Anhebung der Besoldung in Berlin auf den Durchschnitt der Länder, ebenso bereits umgesetzte Maßnahmen wie die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale oder die Erhöhung der Jahressonderzahlung. „Auch bei der Erhöhung der Erschwerungszulagen haben wir in Berlin Neuland beschritten“, sagte Geisel. ■



VORTEILSPROGRAMM

gdp-vorteilsprogramm.de

Bis zu
30%
sparen!



Jetzt
exklusive
Internet-,
Festnetz- &
Mobilfunk-
Angebote
sichern!

gdp-vorteilsprogramm.de





Neuer Geschäftsführender GdP-Bundesvorstand mit solidem Vertrauensvorschuss ausgestattet

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV). Die Delegierten des 26. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses in Berlin statteten das neunköpfige Gremium mit einem soliden Vertrauensvorschuss aus. Mit rund 84 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Oliver Malchow aus Schleswig-Holstein als Bundesvorsitzender bestätigt. Der Kriminaloberrat (55) geht in seine zweite vierjährige Amtsperiode. Malchow steht seit Mai 2013 an der Spitze der mit über 190.000 Mitgliedern stärksten Polizeigewerkschaft Europas.

Der Uelzener Polizeihauptkommissar Jörg Radek (58) erhielt mit rund 88 Prozent und der Braunschweiger Polizeihauptkommissar Dietmar Schilff (56) mit rund 84 Prozent, die ihre Ämter als Stellvertretende Bundesvorsitzende weiterführen.

Neuer Bundeskassierer ist der bayerische Erste Polizeihauptkommissar Clemens Murr (52), der vor vier Jahren erstmals in den GBV gewählt worden war. Er konnte mit rund 86 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Murr folgt in dieser Funktion Jörg Bruchmüller (59), Erster Polizeihauptkommissar aus Wehretal in Hessen, der nicht wieder kandidiert hatte.

Bestätigt wurde ebenso die seit Ende 2006 dem GBV angehörende niedersächsische Polizeiverwaltungsexpertin Elke Gündner-Ede (58) mit rund 80 Prozent der Stimmen. Das Amt des Bundesschriftführers übertrugen die Delegierten mit mit rund 92 Prozent dem sächsischen Polizeihauptkommissar Hagen Husgen (54). Er gehört seit März 2017 dem Gremium an.

Erstmals in den Geschäftsführenden Bundesvorstand wählten die Delegierten mit mit rund 88 Prozent den Nordrhein-Westfalen

Michael Mertens (55). Der Erste Polizeihauptkommissar ist NRW-Landesvorsitzender und wird das Amt eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden ausüben.

Das Gremium komplettieren der Wormser Kriminaltechniker René Klemmer (mit rund 97 Prozent) als stellvertretender Bundesvorsitzender für den Tarifbereich und seine hessische Kollegin Katrin Kuhl (mit rund

85 Prozent), die als Weiteres Mitglied stellvertretend den Bereich Finanzen übernehmen wird. Beide sind 37 Jahre alt und wie Mertens erstmals in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt worden. Tarifexperte Klemmer ist seit Herbst 2014 Mitglied der GdP-Bundestarifkommission. Kollegin Kuhl amtierte bisher als stellvertretende Kassiererin im Landesbezirk Hessen.

Aus dem GdP-Führungsgremium sind neben Bruchmüller der Herner Erste Polizeihauptkommissar und GdP-Vize Arnold Plickert (61) sowie die für Tarifpolitik zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende Kerstin Philipp (55) aus Berlin mit lang anhaltendem Applaus verabschiedet worden. GdP-Bundesvorsitzender Malchow dankte ihnen für die geleistete engagierte und erfolgreiche Arbeit.



Der neue GBV: (v.l.) Elke Gündner-Ede, Clemens Murr, René Klemmer, Jörg Radek, Oliver Malchow, Hagen Husgen, Dietmar Schilff, Katrin Kuhl und Michael Mertens.

Foto: GdP / Hagen Immel





GdP-Bundesvorsitzender: Wir werden die wehrhafte Demokratie verteidigen

Mit deutlichen Worten beendete der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, den Festakt des 26. Ordentlichen Bundeskongresses. Der GdP-Chef verwies in seiner Rede über den schmalen Grat zwischen gewünschter Freiheit und notwendiger Sicherheit auf die Grundpositionen der GdP. „Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Es trifft auf unterschiedlichste Weise zu Tage und ist heute von größerer Bedeutung als je zuvor“, sagte er. Es sei zentrale Aufgabe des Staates, für diese Sicherheit zu sorgen. Allerdings müsse dabei stets nach sinnvoller und angemessener Umsetzung bei Wahrung der Freiheitsrechte jedes Menschen geschaut werden.

Malchow plädierte für einen wehrhaften Staat, der nicht beliebig über seine Bürger verfügen dürfe. Die Gewerkschaft der Polizei sei eine gesellschaftspolitische Kraft, die sich als Vertreterin einer bürgernahen Polizei und damit als Vertreterin unseres demokratischen Rechtsstaates sieht. In diesem sei kein Platz für spaltende Elemente, Bürgerwehren oder polarisierende Halb Wahrheiten: „Wenn wir uns einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenstellen wollen, müssen wir uns mit den Ursachen und Folgen der sich ausbreitenden Ungleichheit und Unsicherheit, der immer größer werdenden Schere zwischen arm und reich, auseinandersetzen und möglichst schnell zu Lösungen kommen“, betonte der GdP-Chef.

20.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten

Malchow machte deutlich, dass es Aufgabe der Politik ist, die Mittel bereitzustellen, um diese wehrhafte Demokratie verteidigen zu können. „Wenn Unrecht nicht mehr verfolgt wird, dann wird der Staat zum Mittäter, und diese Mittäterschaft führt kurz oder lang zur inneren Zersetzung der Demokratie. Die Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht einen handlungsfähigen Staat, der ihnen auch Orientierung gibt“, so der Schleswig-Holsteiner. Er machte deutlich, dass es dabei nicht allein um Schwerstkriminalität gehe, sondern bereits die Ahndung von Massendelikten wie Kellereinbrüchen, Fahrraddiebstählen und Graffiti Einfluss

auf das Sicherheitsgefühl habe. Dafür seien deutschlandweit zusätzlich mindestens 20.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten erforderlich. Zudem müsste man in den Bereichen Cybercrime sowie bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die Sicherheitsbehörden auf den aktuellsten Stand der Technik bringen. In diesem Zusammenhang unterstrich Malchow die Ablehnung von Bundeswehrein-sätzen im Inneren, die das Grundgesetz verbietet.

180 Straftaten am Tag gegen unsere Kolleginnen und Kollegen

Neben dringend benötigten Kolleginnen und Kollegen, untragbaren Mengen von Überstunden und nostalgischer Ausrüstung wies der GdP-Bundesvorsitzende noch auf eine fatale Entwicklung in den letzten Jahren hin. So wurden allein seit 2013 mehr als 332.000 versuchte und vollendete Straftaten gegen Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamte verübt, statistisch 180 pro Tag. „Die Einsatzkräfte können zwar viel ab, aber es nagt schon sehr an der Motivation, wenn der Frust der Bürger sich nicht nur verbal, sondern auch über Respektlosigkeit und Gewalt gegen die Beamten entlädt. Sie werden angegriffen und verletzt nicht nur bei Maßnahmen, die sie vollstrecken müssen, sondern auch völlig ohne Anlass, allein, weil sie dieses Amt im Auftrag von Staat und Gesellschaft ausüben“, so Malchow.

Bezugnehmend auf die Spaltung unserer Gesellschaft stellte der GdP-

Bundesvorsitzende fest: „Ich glaube, es ist eine verunsicherte Gesellschaft, eine, die deswegen vielleicht auch für Parolen und Populisten empfänglich ist. Ich glaube, dass es für uns als Gewerkschaft der Polizei und für alle Polizistinnen und Polizisten eine schwierige Zeit ist, auf der Straße Kurs zu halten, deutlich zu machen, wofür wir stehen und uns nicht in diesen Sog ziehen zu lassen. Wir sollten stattdessen zeigen, was für eine Polizei wir sind und für welche Polizei wir stehen.“

In einem der sichersten Länder der Welt müssten die Menschen keine Angst vor der Polizei haben. „Das ist, glaube ich, der entscheidende Blick: Wieviel Angst müssen Menschen vor staatlichen Repressalien, vor Verfolgung haben? Darauf müssen wir achten.“ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Diskussion der vergangenen Jahre, zu der „wir auch stehen, nämlich zu den Abwehrrechten gegen den Staat. So sind wir alle, die wir bei der Polizei sind, vom ersten Unterrichtstag an sozialisiert. Wir wissen, dass die Polizei als Machtapparat kontrolliert werden muss, ohne Frage, und dass Gerichte oder aber auch die Parlamente das tun. Wir erwarten, dass diese Aufgabe wahrgenommen wird. Aber wir erwarten auch, dass sie ernsthaft betrieben wird und nicht nur ein Schaukampf ist, um dem politischen Gegner eins auszuwischen.“

Warum haben Menschen heute Angst?

Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob „Gefahren für die Freiheit wirklich nur von der Polizei ausgehen oder ob nicht die Gefahr für die Menschen mittlerweile von Menschen ausgeht, die Kriminelle sind, von Terroristen“, betonte Malchow. Weiter führte er aus: „Ist der alleinige Blick auf die Machtbegrenzung der Polizei richtig, oder haben wir nach jahrzehntelanger Demokratisierung und Sozialisierung nicht eine Polizei, der man vertrauen kann? Gibt es nicht Instrumente, die Kontrolle wirkungsvoll ausüben und





Fehlverhalten sanktionieren? Müssen wir uns nicht auch mal auf die Frage konzentrieren, warum Menschen heute Angst haben?"

Kein anderer Berufsstand genießt in Umfragen ein Vertrauen von deutlich über 80 Prozent. „Man hat dieses gegenüber einer Institution, gegenüber vielen Hunderttausend Menschen, die Machtbefugnisse haben. Das hat damit zu tun, was wir als Gewerkschaft der Polizei über 70 Jahre an Demokratisierungsprozessen und einer Entwicklung zu einer

Der GdP-Chef stellte klar, die schlimmen Ereignisse auf der Kölner Domplatte seien nicht der Grund dafür, sich politisch neu auf diese Dinge einzustellen und über Ausrüstung, Ausstattung und Personalzahlen nachzudenken. „Zu der neuen politischen Betrachtungsweise kam es, weil es danach drei Landtagswahlen gegeben hat und eine neue Partei in die Parlamente eingezogen ist“, betonte Malchow. Das habe die Polizei dazu bewogen, neu nachzudenken. „Ich finde das total bitter, weil ich denke, dass diese Reaktionsmuster für eine Gesellschaft nicht gut sind.

angesprochen worden. Ich denke, wir werden noch etliche Spätfolgen in der Kollegenschaft wahrnehmen.“

Zugleich gehe es um die Frage, „wohin wir uns entwickeln und in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Deswegen tragen wir solche Belastungen, denen unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich ausgeliefert sind, auch mit. Wir unterstützen sie, beispielsweise bei der Einsatzbetreuung“.

Natürlich legt die GdP auch den Finger in die Wunde und fordert



Lang anhaltender Beifall nach den Worten des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.

Foto: GdP/Hagen Immel

rechtsstaatlichen Polizei immer auf unserer Agenda gehabt haben. Es war ein langer, langer Weg“, so Malchow.

Es sollte nicht nur über eine Kennzeichnungspflicht und die Kontrolle der Polizei diskutiert werden oder über Polizeibeauftragte, um die Polizei in Schach zu halten, sondern auch darüber, was in der Gesellschaft los sei und wo das eigentlich hinführe.

Denn dem, was schon seit vielen Jahren in eine Richtung läuft, können wir nicht so schnell begegnen. Wir müssen aber schauen, wie wir es mit den bestehenden Kräften und angesichts 22 Millionen Überstunden überhaupt versuchen. Dabei will ich anmerken, dass wir als Gewerkschaft der Polizei auch den Arbeitsschutz im Hinterkopf haben und solche Belastungen kritisch sehen. Das Thema Burn-out ist schon

Entlastung. Zudem wüssten die Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich auf die Polizei verlassen könnten, die Kolleginnen und Kollegen rechtsstaatlich handelten und wo sie an ihre eigenen Grenzen stießen. Lange Bearbeitungszeiten im Strafverfahren oder das Erreichen des Tatorts bei einem Wohnungseinbruch erst einen Tag später zwecks Spurensicherung legten die Betroffenen nicht den Kolleginnen und Kollegen zur





Last. Die Kritik werde an die adressiert, die dafür verantwortlich seien – die Politiker, die in den vergangenen 20 Jahren fast 16.000 Stellen für Vollzugsbeamte abgebaut hätten. Fazit: „Unsere begrenzte Leistungsfähigkeit ist immer noch sehr gut, und diese Begrenzung wird uns nicht zum Vorwurf gemacht, sondern man spricht uns immer noch großes Vertrauen aus. Das heißt, die Gesellschaft will einen handlungsfähigen Staat. Für sie ist die Handlungsfähigkeit des Staates in der Krise wichtig. Was 2015 während der Flüchtlingskrise sozusagen aus dem Nichts heraus vonseiten des Staates geleistet worden ist, war unglaublich. Das war wirklich irre. Natürlich ist auch vieles schiefgelaufen, aber entscheidend ist doch, was hier von

Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen geleistet worden ist. Wir haben ein gesellschaftliches Engagement erlebt, auf das wir alle nur stolz sein können.“

Malchow sprach dann die Vollzugsdefizite, die auch die Bürger merken, an. „Regeln gibt es meist relativ viele, und so viele wollen wir auch gar nicht, abgesehen von denen, die wir uns im Musterpolizeigesetz oder in den Länderpolizeigesetzen wünschen würden. Wir würden uns dort Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr wünschen, wie es sie schon im strafrechtlichen Bereich gibt“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende. Es gehe nicht darum, neue Regeln zu fordern. Aber wenn Regelverstöße nicht mehr

geahndet werden, stelle man sich doch irgendwann einmal die Frage, warum man selbst der Dumme sei, wenn man Vorgaben und Gesetze befolge. „Wenn sich jedoch niemand mehr an Regeln hält, bricht die Gesellschaft weg.“

Noch zwei Punkte zum Schluss: „Weil wir so gut sind, weil wir so gut bleiben wollen und weil wir dieses Bild von Rechtsstaatlichkeit und demokratisierter Polizei weiter vor uns hertragen werden, wollen wir weiterhin strenge Auswahlverfahren und hochqualifizierte Ausbildung. Das wollen wir. Wir sagen nicht: Steck jemanden in eine Uniform, und das klappt dann schon. Das ist nicht unser Bild von Polizei.“ ■

Klares Signal gegen politischen Populismus gesetzt

Ein wirksames Signal gegen den um sich greifenden politischen Populismus ist die Gewährleistung der Sicherheit für jeden einzelnen Bürger, betonten die Bundeskongress-Delegierten in einem Dringlichkeitsantrag. Eine rechtsstaatlich handelnde Polizei, die sich ihre Bürgernähe auch in Zeiten zunehmender Angriffe auf Beamtinnen und Beamte bewahren wird, bleibe dabei Garant für eine stabile Säule der inneren Sicherheit. „Wir werden uns in der GdP, land auf, land ab, mit dem politischen Populismus aus dem linken und rechten Spektrum intensiv auseinandersetzen“, sagte GdP-Chef Oliver Malchow und formulierte das Ziel, auch innerhalb der Gewerkschaft die gesellschaftlichen Spannungsfelder offen und transparent zu diskutieren.

Malchow unterstrich den Auftrag des Bundeskongresses an den GdP-Bundesvorstand, das Verhältnis zu rechtspopulistischen Parteien zu klären. „Die klare Abgrenzung der GdP von rechtsradikalen oder rechtsextremen Positionen und solche Positionen vertretenden Personen stehen nicht zur Disposition“, bekräftigte er.

Die Furcht der Menschen, Opfer von Straftaten zu werden, müsse zudem, so die Delegierten, viel ernster genommen werden als bislang. Der Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, dass ihr Leben auch deshalb nicht mehr sicher sei, weil die Justiz zu schwach sei, um effektiv gegen Straftäter vorzugehen, müsse nicht nur ernst genommen werden, sondern dem müsse endlich auch Rechnung getragen werden. Eine

Stärkung der Justiz sei dabei unabdingbar.

Der Dringlichkeitsantrag im Wortlaut:

Für eine intensive Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Themen – Gegen den politischen Populismus

Die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem rasanten Wandlungsprozess. Die Bindungskraft der Volksparteien lässt erheblich nach, Bürgerinnen und Bürger entscheiden sich zum Teil sehr kurzfristig, bei Wahlen einer Partei ihre Stimme zu geben. In den letzten 2 Jahren ist am rechten Rand des Parteienspektrums eine Partei ent-

standen, die teilweise mehr Erfolg bei Wahlen hat, als ehemals etablierte Volksparteien. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger befürchten, dass die Aufsplitterung des Parteiensystems zu politischer Instabilität führt.

Zu den ins Wanken geratenen Gewissheiten der Bundesrepublik Deutschland gehörte aber nicht nur ein politisch stabiles System, sondern auch die strikte Trennung von bürgerlichen Protesten und rechtsextremen Aufmärschen. Die Vorkommnisse in deutschen Städten zeigen, dass auch dieses gesellschaftliche Gebot zwar nach wie vor richtig ist, aber dennoch, jedenfalls teilweise, der Vergangenheit angehört. Der Schulterchluss von bürgerlichen Protesten und rechtsextremen Hetzern ist besorgniserregend und darf nicht hingenommen werden.

Die in der GdP organisierten Polizeibeschäftigten erleben die ins Wanken geratene Gesellschaft jeden Tag im täglichen Dienstgeschäft. Gewalt gegenüber Polizeibeamten, Respektlosigkeit und Staatsverdrossenheit prägen den Alltag unserer Kolleginnen und Kollegen und werden deshalb von der GdP in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit großer Beharrlichkeit thematisiert. >





Die Antwort auf gesellschaftlichen Wandel, der sogar teilweise zur Aufgabe gesellschaftlichen Grundkonsenses führt, kann für die GdP nur darin liegen, den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit in ihrem Leben zu gewährleisten. Die Furcht der Menschen Opfer von Straftaten zu werden, muss viel ernster genommen werden als bislang. Der Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, dass ihr Leben auch deshalb nicht mehr sicher ist, weil die Justiz zu schwach sei, um effektiv gegen Straftäter vorzugehen, muss nicht nur ernst genommen werden, sondern diesem Eindruck muss endlich auch Rechnung getragen werden. Hierauf kann die Antwort nur sein, dass die Justiz in Deutschland klar gestärkt wird.

Die GdP wird mit ihren Funktionsträgerinnen und -trägern auf Landes- und Bundesebene die Ursachen des gesellschaftlichen Wandels weiter untersuchen und ihre Analysen gegenüber Parlament und Regierung in Bund und Land nachdrücklich formulieren. Eine rechtsstaatlich handelnde Polizei, die sich ihre Bürger Nähe auch in Zeiten zunehmender Notwendigkeit nach Eigensicherung bewahren wird, bleibt Garant für eine stabile Säule der Inneren Sicherheit.

Die GdP wird gegenüber der Politik in Bund und Ländern den Anspruch formulieren, dass sich Bund, Länder und Kommunen deutlich stärker als bisher mit den Sorgen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen haben. Dabei ist es Aufgabe der GdP mit klaren Standpunkten auf dem Feld der Inneren Sicherheit die Probleme zu benennen, die auch tatsächlich in der Gesellschaft vorhanden sind.

Die Stärke der GdP ist ihre inhaltliche Differenziertheit. Weil die GdP Populismus ablehnt, ist sie besonders befähigt, auch jene Themen anzugehen, die eine unbestreitbare gesellschaftliche Brisanz haben. Die parteipolitische Unabhängigkeit der GdP verschafft ihr den Raum gegenüber jeder politischen Organisation eine gesellschaftspolitische Problemanalyse und die darauf beruhenden Forderungen nach Verbesserung zu formulieren.

Der Bundeskongress beauftragt die Gliederungen der Organi-



Sven Hüber mit Worten, die unter die Haut gingen. Fotos (2): GdP/Hagen Immel

sation, sich mit dem politischen Populismus aus dem linken und rechten Spektrum intensiv auseinanderzusetzen. Ziel ist es, auch innerhalb der Gewerkschaft die gesellschaftlichen Spannungsfelder offen und transparent zu diskutieren.

Der Bundeskongress beauftragt darüber hinaus den Bundesvorstand der GdP, das Verhältnis zu rechtspopulistischen Parteien zu klären und dabei auch zu berücksichtigen, dass auch innerhalb der Mitgliedschaft der GdP Anhänger rechtspopulistischer Parteien zu finden

sein werden. Dabei stehen die klare Abgrenzung der GdP zu rechtsradikalen oder rechtsextremen Positionen und solche Positionen vertretenden Personen nicht zur Disposition.

„Was haben wir als GdP mit solchen Leuten zu besprechen?“

Vor der Abstimmung dieses Antrags erlebten die Delegierten einen eindringlichen, unter die Haut gehenden Redebeitrag des Kollegen Sven Hü-





ber vom Bezirk Bundespolizei. Hüber, selbst kein Delegierter, sondern Verhandlungsleiter, bezeichnete das Ergreifen des Wortes als ein „Muss“. Ein „Muss“ für einen Menschen wie ihn, der im Jahr 2010 eine Initiative gründete, um namenlos bestatteten KZ-Opfern ihren Namen zurückzugeben. „2015 hatten wir es geschafft: Die Stelen der Erinnerung wurden in Görlitz eingeweiht, und 147 Namen von ganz normalen Opfern der Nazi-diktatur wurden wieder sichtbar.“

Der Polizeihauptpersonalrat im Bundesinnenministerium und Veranstalter von GdP-Bildungsreisen nach Israel erinnerte in diesem Zusammenhang an Äußerungen prominenter Vertreter der Alternative für Deutschland (AfD): „Im selben Bundesland forderte Herr Höcke von der AfD (Hinw. d. Red.: Mitte Januar bei einer Rede in Dresden), dass man sich gegen eine ‚dämliche Bewältigungspolitik‘ wenden müsse und forderte eine ‚erinnerungspolitische Wende um 180 Grad‘. Herr Gauland von der AfD sieht



Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Zu Straftaten aufgefordert

Ebenso hätten der sächsische AfD-Generalsekretär Jan Zwerg wie zuvor

Diese Leute wollen ein anderes Land, als es das meine ist

Hüber bekräftigte: „Ich habe diesen Leuten, außer mit ihnen über Grundwerte und Verfassungstreue zu diskutieren, nichts zu sagen. Diese Leute wollen ein anderes Land, als es das meine ist. Diese Leute achten die Werte, die das Grundgesetz beschreibt, nicht – nicht die Religionsfreiheit, nicht die Menschenwürde, nicht das verfassungsrechtliche Sozialstaatsgebot für jedermann, nicht die Pressefreiheit – die ‚Schweine- und Lügenpresse‘ –, nicht die Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften, nicht das verfassungsrechtlich verbrieft Grundrecht auf Asyl.“



in der Nazizeit (...) nur einen ‚Vogelschiss‘. Er meint, wir hätten das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.“

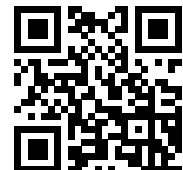
„Wirklich? Ich frage euch, ich frage mich: Was haben wir als GdP mit solchen Leuten zu besprechen? Deren Ängste? Besprechen wir mit solchen Leuten unsere Dienstpostenbewertung und unsere Zulagenerhöhung? Was haben Leute in unserer GdP zu suchen, die für solche politischen Aussagen stehen und für solche Parteien kandidieren?“, fragte er.

schon die Bundestagsabgeordnete der AfD-Fraktion Beatrix von Storch vorgeschlagen, dass „meine Kolleginnen und Kollegen an der Grenze gegen unbewaffnete und gewaltlose Migranten die Schusswaffe anwenden sollen, um so zu verhindern, dass sie in Deutschland ein Schutzgesuch stellen. Das ist für mich eine öffentliche Aufforderung zur Begehung einer Straftat.“ Weitere Schilderungen, teils persönliche Erfahrungen oder andere Beispiele des in die Öffentlichkeit getragenen Fremdenhasses, ließen die Delegierten nahezu konsterniert zurück.

Auf eine Mitgliedschaft in der GdP sollen sich dem Bundespolizisten zufolge Menschen, die sich durch „ihr Mittun oder ihre Kandidatur für solche Parteien oder Bewegungen, Unterstützung oder Übereinstimmung dokumentieren, nicht berufen dürfen“.

Die Delegierten quittierten die Rede Hübers mit starkem, lang anhaltendem Beifall und erhoben sich von den Plätzen.

Die Rede im Wortlaut ist unter dem Link: <https://bit.ly/2BI5NEH> nachzulesen.





Arbeitszeit muss gerecht, sozial und gesund sein

Das Thema Arbeitszeit brennt in allen 16 Landesbezirken und 2 Bezirken der Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Kolleginnen und Kollegen unter den Nägeln. Vor dem Hintergrund täglicher und wachsender Arbeitsbelastungen bewerteten die Delegierten des GdP-Bundeskongresses die faire, gerechte und familienfreundliche Gestaltung und Abgeltung von Arbeitszeit in Bund und Ländern als ein Kernthema der nächsten Zeit. „Das ausgegebene Ziel ist es, die Arbeitszeit in der Polizei und beim Zoll für alle gerecht, sozial und gesund zu gestalten sowie entsprechende Mindeststandards zu vereinbaren“, betonte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek in einem Redebeitrag vor der Abstimmung über diesen Leit Antrag.

Die Gewerkschafter monierten im Besonderen Folgen der Föderalismusreform. So hätten sich die Rahmenbedingungen für die Arbeitszeit in den Ländern und beim Bund auseinanderentwickelt. Trotz vergleichbarer Belastungssituationen in allen Polizeien und teilweise beim Zoll existierten nunmehr völlig unterschiedliche, teils konträre Vorschriften für die Arbeitszeit- und Ausgleichsbedingungen für die Beamtinnen und Beamten.

In einem mit überwältigender Mehrheit angenommenen Leit Antrag brachten die Delegierten ein umfangreiches und zahlreiche Aspekte berücksichtigendes Forderungspaket auf den Weg. So soll die durchschnittliche wöchentliche Höchst arbeitszeit von 48 Stunden in einem 7-Tage-Zeitraum nicht überschritten und die regelmäßige Arbeitszeit auf bundesweit höchstens 35 Stunden abgesenkt werden.

Klarer Auftrag

Bei flexiblen Schichtdienstmanagementsystemen sei eine verbindliche Dienstplangestaltung mit möglichst langen Vorlaufzeiten umzusetzen. Ebenso wurde eine bundesweit einheitliche Definition für die Begriffe „Mehrarbeit“, „Zuvielarbeit“ und „Überzeitarbeit“ wie eine Jahreshöchstgrenze für Mehrarbeit ange-mahnt. Sogenannte Bereitschaftszeiten seien unterschiedslos auf die Arbeitszeit anzurechnen. „Die GdP hat vor rund einem Jahr ihre Arbeitszeitkampagne gestartet. Mit diesem Beschluss haben wir jetzt einen klaren Auftrag auf dem Fundament einer ausgefeilten Agenda“, bekräftigte Radek.

wir fordern die konsequente Umsetzung der Schutzvorschriften der EU-Arbeitszeitrichtlinie mit folgenden Standards:

- Nichtüberschreitung der durchschnittlichen wöchentlichen Höchst arbeitszeit (48 Stunden/7 Tage Zeitraum)
- Einhaltung der wöchentlichen Mindest ruhezeit (24 Stunden/7 Tage Zeitraum zuzüglich täglicher Ruhezeit von 11 Stunden)
- Anpassung der Bezugszeiträume der



Stellvertretender Bundesvorsitzender Jörg Radek Foto: GdP/Hagen Immel

Der Leit Antrag „Bundesweite Arbeitszeitforderungen der GdP – gerecht – sozial – gesund“ im Wortlaut:

(...) Dass die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten bei den Polizeien von Bund und Ländern, dem Zoll und den anderen Organisationsbereichen der GdP gleichermaßen belastungsgerecht, sozial ausgeglichen und gesunderhaltend gestaltet wird und folgenden Mindestanforderungen bundesweit genügt:

1. Wochen- und Tagesarbeitszeit

a) Arbeitszeitrichtlinie:

- EU-Recht ist Arbeitsschutzrecht, es darf keine Selbstausbeutung geben,

wöchentlichen Höchst arbeitszeit (7 Tage, max. bis zu 4 Monate)

- Anpassung der Bezugszeiträume der wöchentlichen Mindest ruhezeit (7 Tage oder bis zu 14 Tage)
- Gewährung der täglichen Mindest ruhezeit (11 Stunden/7 Tage Zeitraum)
- Abweichungen bedürfen der Zustimmung der Personalräte als Sozialpartner im Sinne der Arbeitszeitrichtlinie, wofür eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte in den Personalvertretungsgesetzen erforderlich ist

b) Arbeitszeitverordnung Polizei:

- Den besonderen Bedürfnissen der Arbeitszeiten für die Polizei und den Zoll ist durch eigene Arbeitszeitverordnungen Rechnung zu tragen
- Es bedarf angepasster Spezialrege-





Foto: GdP/Hagen Immel

lungen, die dem praktischen Einsatz entsprechen

c) Wochenarbeitszeit:

- Senkung der regelmäßigen Arbeitszeit auf bundesweit höchstens 35 Stunden (Vereinheitlichung der Arbeitszeiten Tarif/Beamte)
- Eine weitere Senkung der Wochenarbeitszeit als spezifischer Belastungsausgleich für Schicht- und Einsatzdienstleistende
- Orientierung der maximalen Schichtdauer an den EU-Schutzstandards: im Durchschnitt max. 8 Std./24-Std.-Zeitraum innerhalb eines Bezugszeitraumes
- Mehr freie Garantiewochenenden: Bundesweite Einführung einer verblockten Garantiezeit (Mindestschutz für Wochenendfreizeit) sowie Übernahme einer Regelung vergleichbar § 11 ArbZG (mindestens

15 Sonntage jährlich beschäftigungsfrei, Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung)

d) Tagesarbeitszeit:

- Verbindliche Dienstplangestaltung bei flexiblen Schichtdienstmanagementsystemen: Einbau möglichst langer Verbindlichkeitszeiträume (Vorlaufzeiten)
- Eingriffe des Dienstherrn sind zu begrenzen: Abweichungsvergütung beziehungsweise Zeitgutschriften als „Entschädigung“ für Dienstpläneingriffe etablieren
- Flexiblere Arbeitszeiten: Förderung der Möglichkeiten zum Abschluss von Dienstvereinbarungen zur Regelung der Arbeitszeit
- Einbau eines „Controllings“ in solche Dienstvereinbarungen: Einhaltung der Schutzstandards muss gewährleistet sein (unter anderem

Beachtung von Höchstarbeitszeiten von 13 Stunden und Ruhezeiten)

- Keine Verfallsfristen bei Zeitkonten, Abschaffung von Kappungsgrenzen

2. Ausgleich von Zuviel- und Mehrarbeit

a) Harmonisierung der Begrifflichkeiten:

- Die Begriffe „Mehrarbeit“, „Zuvielarbeit“, „Überzeitarbeit“ sind bundeseinheitlich zu definieren

b) Begrenzung von Zuviel- und Mehrarbeit:

- Etablierung einer Jahreshöchstgrenze für angeordnete Mehrarbeit
- Schaffung von Ahndungsmöglichkeiten (Strafbewehrung) bei arbeitgeberseitigen/dienstherrnseitigen Verstößen gegen Sozialvorschriften und Arbeitszeitregelungen (Kontrollen, z. B. durch Zoll/FKS)
- Beachtung des Gesundheitsschutzes und der arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse besonders bei Leistung vieler Überstunden pro Woche (z. B. durch zeitnahen Ausgleich zur Entlastung)

c) Quotierung/Faktorisierung von Mehrarbeit:

- Mehrarbeit muss „teurer“ werden, um sie zu begrenzen

d) Keine Verfallbarkeit von Mehrarbeitsstunden:

- Ausnahme von den Verjährungsvorschriften

e) Einführung nicht verfallbarer Zeitkonten:

- Keine Begrenzung bei den Ausgleichszeiträumen im Interesse von notwendiger Flexibilität bei den Arbeitszeiten und der besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
- Einführung von Langzeitarbeitszeitkonten darf nicht als Personaleinsparungsinstrument missbraucht werden
- Wahlrecht zwischen Gutschrift von Mehrarbeit auf dem Langzeitkonto und Anspruch auf Freizeitausgleich

3. Anrechnung von Ruhepausen auf die Arbeitszeit als zusätzlicher Belastungsausgleich

a) Stärkung des Arbeitsschutzes:

- Gewährung „echter“ Ruhepausen als Teil der persönlichen Freizeit





Fotos (2): GdP/Hagen Immel

geschlossenen Einheiten, See- und Flugbesatzungen

e) Reisezeit ist Arbeitszeit:

- Bei Dienstreisen gilt die Zeit der Inanspruchnahme außerhalb der Dienststätte als Arbeitszeit, wenn die Arbeitszeit innerhalb eines Tages durch Dienstreisen unterbrochen wird, sie aus dienstlichem Anlass zur Wahrnehmung von Gerichtsterminen anfällt oder die Dienstreise der Wahrnehmung unmittelbarer polizeilicher Aufgaben oder der Unterstützung anderer Polizeidienststellen dient, im Rahmen der Amtshilfe erfolgt oder im Zusammenhang mit geschlossenen Einsätzen steht.

f) Rüst- und Überlappungszeiten sind Arbeitszeit

- Ruhepausen sind Schutznormen vor Überlastung und stehen grundsätzlich allen Beamtinnen und Beamten zu

b) Anrechnung von Pausen auf die Arbeitszeit:

- Ausweitung des Berechtigtenkreises auf alle Kolleg/innen, die unregelmäßigen Arbeitszeitmodellen unterliegen und denen aufgrund der Dienstgestaltung eine echte Ruhepause nicht gewährt werden kann
- „Pausen unter Bereithaltung“, „Erfrischungszeiten“ sind – gegebenenfalls als „Zuvielarbeit“ - generell der Arbeitszeit zuzurechnen
- Monetärer Ausgleichsanspruch, wenn die Summe aus Regelarbeitszeit und Zuvielarbeit die unionsrechtlich zulässige Höchstarbeitsgrenze von 48 Std./Woche überschreitet

c) Ausgleich für Schichtdienstleistende:

- Schaffung analoger Ausgleichsmaßnahmen der Entlastung für aus praktischen/einsatzbedingten Gründen nicht gewährbare „echte“ Ruhepausen (zum Beispiel längere Dauer der anschließenden Ruhezeiten, größere Abstände der Wiederheranziehung zum Dienst, Unterbrechung durch mehrere auf die Arbeitszeit anrechenbare „Erfrischungszeiten“)

4. Bereitschaftszeiten

a) Anrechnung von Bereitschaftszeiten:

- Unterschiedslose 1:1 Anrechnung von Bereitschaftszeiten auf die Arbeitszeit

- Summe aus Voll- und Bereitschaftsdienst darf die unionsrechtliche Höchstarbeitszeitgrenze von 48 Std./Woche nicht überschreiten

b) Anrechnung von Rufbereitschaft:

- 1:3 Anrechnung auf die wöchentliche Arbeitszeit



c) Beschränkung von Rufbereitschaft:

- max. 5 Tage/Monat; 15 Wochenenden/Jahr müssen frei von Rufbereitschaft sein

d) Anrechnung von Ruhezeiten bei geschlossenen Einsätzen, Einsätzen auf See und im Flugrettungsdienst:

- 1:3 Vergütung von Ruhezeiten bei

5. Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit

a) Begrenzung von Nachtarbeit für bessere Gesundheit:

- Einheitliche Fixierung des Nachtdienstbegriffs auf den Zeitraum 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr (entsprechend z.B. § 2 Nr. 14 AZV-Bund)

- Begrenzung von Nachtarbeit unter Berücksichtigung der Vorgaben des EU-Rechts (Art. 8 RiL 2002/88: durchschnittlich 8 Std./24-Std.-Zeitraum in einem Bezugszeitraum; abweichende Regelungen nur mit Sozialpartnerzustimmung)
- verbindliche Begrenzung von Nachtarbeit pro Jahr





Foto: GdP/Hagen Immel

b) Faktorisierung von Nacharbeit:

- Höhere Zeitzuschläge für geleistete Nachdienststunden
- Harmonisierung der Regelungen für den Zusatzurlaub für Nacharbeit mit Ausschöpfung der durch § 12 Abs. 1 EUrlVO gegebenen Möglichkeiten (mindestens 6 Tage/Urlaubsjahr)
- Anpassung und Dynamisierung der Höhe der Nacharbeitszuschläge
- Abstufungen für besondere Dienste (Wechselschichtdienst), Berücksichtigung der Zahl der Biorhythmuswechsel

c) Ausgleich von Wochenend- und Feiertagsarbeit:

- Harmonisierung des Begriffs „Wochenende“ als Voraussetzung einheitlicher Schutzmechanismen (Begrenzung der Wochenenddienste je Jahr)
- Bundesweite Einführung einer verblockten Garantiezeit (Mindestschutz für Wochenendfreizeit) sowie Übernahme einer Regelung vergleichbar § 11 ArbZG (mindestens 15 Sonntage/Jahr beschäftigungsfrei, Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung)

6. Freistellung vom Dienst/ Sonderurlaub für Pflege und Betreuung

a) Analoge Umsetzung der Regelungen des Pflegezeitgesetzes (PflegeZG) und des Familienpflegezeitgesetzes (FPfZG) in beamtenrechtlichen Gesetzen und Verordnungen der Länder:

- Mindestens 10 Tage Freistellung vom

Dienst unter Fortzahlung der Bezüge bei kurzzeitiger Arbeitsverhinderung aufgrund einer akuten Pflegesituation gemäß § 2 PflegeZG

- Maximal 24 Monate Teilzeit mit Lohnausgleich durch zinsloses Darlehen oder Gehaltsvorschuss zur häuslichen Pflege von nahen Angehörigen gemäß FPfZG

b) Teilzeitmöglichkeiten flexibilisieren:

- Bessere Möglichkeiten der voraussetzungslosen Teilzeit
- Bessere Möglichkeit von Teilzeit aus familiären Gründen unabhängig von Pflegebedarf oder Alter eines Kindes
- Bessere Möglichkeit von unterhälftiger Teilzeit

c) Teilzeit muss bei der Berechnung/Staffelung erforderlicher Nachdienststunden für die Gewährung von Sonder-/Zusatzurlaubstagen adäquat berücksichtigt werden

d) Mindestens 10 Tage Sonderurlaub/ Freistellung vom Dienst pro Jahr und Kind sind zur Betreuung eines erkrankten Kindes bis zum 12. Lebensjahr zu gewähren

e) Volle Anrechnung von Elternzeit bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

f) Aktive Förderung familienfreundlicher Zeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- u. a. Ausdehnung von Telearbeit, Heimarbeit, Teilzeitmodellen
- Begrenzung der Nacht- und Wochenendarbeit

g) Verbindliche Dienst- und Urlaubsplanung unter Beachtung familienpolitischer Bedingungen:

- Bevorzugung von schulpflichtigen Eltern bei der Urlaubsplanung in den Schulerienzeiten

Die gestellten Forderungen hinsichtlich einer gerechten, sozialen und gesunden Arbeitszeit sollen ebenfalls für den Bereich der Tarifbeschäftigten Geltung erlangen. ■



Mitarbeiterbefragungen bringen gar nichts?

Welche Gründe gibt es, eine Mitarbeiterbefragung umzusetzen, und welche Möglichkeiten der betrieblichen und politischen Einflussnahme haben die Interessenvertretungen der Gewerkschaft der Polizei mit diesem Instrumentarium? Darüber diskutierten am dritten Tag des 26. GdP-Bundeskongresses in Berlin drei Experten.

Thüringens GdP-Chef Kai Christ, die Gesundheitswissenschaftlerin und Beraterin Dr. Mary Lindner sowie der Kreisgruppenvorsitzende der Ortspolizeibehörde Bremerhaven Benjamin Kieck stellten ihre Erfahrungen vor.

Das Fazit der Diskutanten: Mitarbeiterbefragungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Behebung von Gefährdungen für Polizeibeamte durchzuführen, komprimiert die Meinung vieler in harten Daten. Auf dieser Basis können die gewerkschaftlichen Forderungen definiert werden. Gesunde Arbeit – GdP schafft Fakten!

André Heinz

Weitere Informationen: <https://index-gute-arbeit.dgb.de/>





GdP will Digitalisierung am Arbeitsplatz konstruktiv und kritisch begleiten

Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket will die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Arbeitsbedingungen ihrer Kolleginnen und Kollegen an die fortschreitende Digitalisierung anpassen. Es sei klare Aufgabe der GdP, sich mit dem Digitalisierungsprozess innerhalb der Polizei auseinanderzusetzen, ihn kritisch und konstruktiv zu begleiten und proaktiv mitzugestalten.



GBV-Mitglied Hagen Husgen zu digitalen Herausforderungen.

Foto: GdP/Hagen Immel

Zwar bietet nach Auffassung der Delegierten des GdP-Bundeskongresses die Digitalisierung zahlreiche Möglichkeiten, Arbeitsprozesse zu erleichtern und Polizeiarbeit effizienter zu machen. Die Gestaltung des digitalen Wandels dürfe sich jedoch nicht nur einseitig auf die Optimierung polizeilicher Aufgabenerfüllung wie Prävention, Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Zusammenarbeit konzentrieren. Vor allem an dieser Stelle sollen Gewerkschaften und Personalvertretungen maßgeblich mitgestalten. Auf der Agenda müssten Aspekte wie Arbeits- und Zeitsouveränität, Mitbestimmung, Bildung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz weit oben stehen.

Die GdP fordert dazu funktionale Hard- und Softwarelösungen, einheitliche Systeme beziehungsweise Schnittstellen für einen länderübergreifenden Daten- und Informationsaustausch, sogenannte Führungs- und

Einsatzmittel zur vernetzten und mobilen Kommunikation, die interaktive Ausstattung und Vernetzung von Funkstreifenwagen und die Einstellung sowie Aus- und Weiterbildung von IT-Spezialisten.

Schutz vor Arbeitsverdichtung

Darüber hinaus verlangen die Delegierten für die Beschäftigten, deren berufliche Handlungskompetenzen zu stärken und entsprechende Weiterbildungsangebote aufzulegen. Wichtig sei, die Persönlichkeitsrechte und den Datenschutz am Arbeitsplatz zu wahren, Arbeits- und Gesundheitsschutz unter digitalen Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, den Schutz vor Arbeitsverdichtung und psychischen Belastungen zu stärken und den Digi-

talisierungsprozess wissenschaftlich zu begleiten und zu analysieren.

Notwendig zudem seien die Intensivierung der Nutzung digitaler Studienangebote im Rahmen des ersten und zweiten Studienjahres des Masterstudienganges an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) sowie das Reservieren von LTE-5G-Frequenzen für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

„Neue technologische Erkenntnisse und digitale Arbeitsmittel werden Arbeitsprozesse weiter beschleunigen und zahlreiche Arbeitsumgebungen maßgeblich verändern. Dieser Herausforderung wollen wir uns als Gewerkschaft und in den Personalräten stellen“, sagte das Geschäftsführende GdP-Bundesvorstandsmitglied Hagen Husgen.

Im Wortlaut – Leitantrag: „Digitalisierung und Polizei“

Durch die Digitalisierung bieten sich innerhalb der Polizei zahlreiche Möglichkeiten, Arbeitsprozesse zu erleichtern und Polizeiarbeit effizienter zu gestalten. Die Gestaltung des digitalen Wandels darf sich jedoch nicht nur einseitig auf die Optimierung polizeilicher Aufgabenerfüllung wie Prävention, Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Zusammenarbeit konzentrieren. Digitale Arbeit bietet Beschäftigten sowohl die Chance, Arbeitsbelastungen zu reduzieren als auch selbstbestimmter, sicherer und gesünder zu arbeiten.

Arbeits- und Lebensbedingungen im Sinne guter und sicherer Arbeit müssen gerade im Zuge der Digitalisierung durch den Einfluss und die Mitbestimmung von Gewerkschaften und Personalvertretungen maßgeblich mitgestaltet werden. Aspekte wie Arbeits- und Zeitsouveränität, Mitbestimmung, Bildung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz sind hierbei ebenfalls von besonderer Bedeutung. Hier muss die Gewerkschaft der Polizei ein kompetenter Ansprechpartner und starker Vertreter gewerkschaftlicher Interessen bleiben.





Der Bundesvorstand wird sich daher insbesondere mit folgenden Punkten noch stärker auseinandersetzen müssen:

- Intensivierung der Nutzung digitaler Studienangebote im Rahmen des ersten und zweiten Studienjahrs des Masterstudiengangs an der DHPOL
- Reservierung von LTE – 5G-Frequenzen für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)
- Veränderung von Arbeits- und Lebensbedingungen im Zuge des digitalen Wandels
- Stärkung der Mitbestimmungsrechte und gesetzliche Fortentwicklung des

- Personalvertretungsrechts
- Sozialverträgliche Umsetzung im Sinne der Beschäftigten
- Funktionale Hard- und Softwarelösungen
- Einheitliche Systeme beziehungsweise Schnittstellen für einen länderübergreifenden Daten- und Informationsaustausch
- Führungs- und Einsatzmittel zur vernetzten und mobilen Kommunikation
- Interaktive Ausstattung und Vernetzung von Funkstreifenwagen
- Einstellung sowie Aus- und Weiterbildung von IT-Spezialisten
- Stärkung beruflicher Handlungs-

kompetenzen und Weiterbildung von Beschäftigten

- Einhaltung von Persönlichkeitsrechten und Datenschutz am Arbeitsplatz
- Arbeits- und Gesundheitsschutz unter digitalen Arbeitsbedingungen
- Schutz vor Arbeitsverdichtung und psychischen Belastungen
- Wissenschaftliche Begleitung und Analyse des Digitalisierungsprozess
- Auswirkungen der Digitalisierung auf die Geschlechterverhältnisse
- Kritische Reflexion der Chancen und Risiken von Digitalisierungsprozessen ■

Ein gut geführter Staat ist das Fundament einer wehrhaften Demokratie

Die wehrhafte Demokratie verteidigen und ein entschiedenes Entgegentreten gegen Links- und Rechtsextremismus sowie jede Form von Ausländerextremismus ist erklärter Wille der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Für die Stabilität der Demokratie muss nach Auffassung der Delegierten des Bundeskongresses der GdP mit Konsequenz und Engagement gekämpft werden. Es bestehe jedoch die Gefahr, dass die Demokratie durch innere Zersetzungsprozesse in Gefahr geraten könne. Es gehe um nichts weniger, als die Wehrhaftigkeit der Demokratie zu stärken.

„Die GdP mahnt seit Langem, dass durch eine verfehlte Personalplanung bei Polizei, Justiz und Rettungswesen das Vertrauen der Bürger hierzulande in die Gewährleistung der inneren Sicherheit sinkt. Wir erkennen ein eklatantes Staatsversagen in vielen Bereichen der Verwaltung, der Schulen und der Kinderbetreuung. Wehrhafte Demokratie bedeutet eben nicht nur, den Kampf gegen die Feinde der Demokratie zu bestehen, sondern auch den Staat gut zu führen“, betonte der stellvertretende GdP-Bundsvorsitzende Dietmar Schilff.

Wehrhafte Demokratie zeige sich darin, dass Polizei und Justiz in jeder Lage funktionsfähig seien. „Unsere Forderung nach mehr Polizeibeschäftigten ist deshalb nicht nur durch das Bedürfnis nach Entlastung der Kolleginnen und Kollegen begründet, sondern es geht um die Funktionsfähigkeit des Staates insge-

samt. Der Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, der Staat sei nicht in der Lage, erlittenes Unrecht zu verfolgen, ist fatal“, stellte Schilff fest. Würde Unrecht nicht mehr konsequent und gegenüber jedermann gleich verfolgt, mache sich der Staat zum Mittäter.

Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten müssten als Angriffe auf den Staat bewertet und geahndet werden. Wichtige gesetzliche Schritte, so der GdP-Vize, seien zwar mit dem neuen Schutzparagrafen 114 Strafgesetzbuch nach einer jahrelangen Druckphase der GdP gegangen worden, „spür- und sichtbar für meine Kolleginnen und Kollegen muss jedoch sein, dass der Paragraf auch in den Gerichtssälen angekommen ist“. Notwendig sei es zudem, links- und rechtsextremistische Bestrebungen einerseits mit klarer Kante, andererseits mit gut ausgestatteten Präventionsprogrammen entgegenzutreten.

Der Antrag im Wortlaut:

Die wehrhafte Demokratie verteidigen, Links- und Rechtsextremismus sowie jeder Form von Ausländerextremismus muss engagiert entgegentreten werden.

Der Begriff der „wehrhaften Demokratie“ ist für viele Bürgerinnen und Bürger mit der Auseinandersetzung in den 1970er-Jahren mit dem Links-Terrorismus der „Rote Armee Fraktion“ verbunden. Wehrhafte Demokratie war der Inbegriff von Standfestigkeit der politischen Repräsentanten gegenüber Angriffen von Innen und Außen. Über viele Jahrzehnte war es eine Gewissheit, dass die Demokratie verteidigt wird, wenn man nur konsequent genug mit den Feinden der Demokratie umgeht, ein rechtsstaatliches Verfahren natürlich inbegriffen.

Diese Form der Wehrhaftigkeit reicht nicht mehr aus, um die Demokratie tatsächlich dauerhaft zu verteidigen. Die Gewerkschaft der Polizei erkennt die Gefahr, dass die Demokratie durch innere Zersetzungsprozesse in Gefahr geraten kann. Die GdP mahnt, dass durch verfehlte Personalplanung im Bereich von Polizei, Justiz und Rettungswesen, durch ein





eklatantes Staatsversagen in vielen Bereichen der Verwaltung, der Schulen, der Kinderbetreuung, der Gewährleistung der Sicherheit die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in ihren Staat Bundesrepublik Deutschland verlieren könnten. Die Staatsform Demokratie, die allein schon durch ihre grundgesetzlich garantierte Ewigkeit nicht zur Disposition stehen kann, muss sich trotzdem wehren, und zwar auch gegen den Eindruck, dass diese Staatsform nicht in der Lage wäre, das Leben der Menschen gut zu organisieren. Wehrhafte Demokratie ist deshalb nicht nur der Kampf gegen Terroristen in einer Staatskrise, sondern wehrhafte Demokratie ist auch der Prozess der guten Staatsführung.

Die Zahl politisch motivierter Straftaten ist nach Jahren des Anstiegs erstmals deutlich gesunken, und zwar um rund 5 Prozent auf 39.500 Straftaten, darunter 3.750 Gewalttaten. Die Zahl der Straftaten im Bereich PMK rechts ist um fast 13 Prozent zurückgegangen. Die links motivierten Straftaten sind hingegen um rund vier Prozent gestiegen. Schaut man sich



Angriff auf die Gesellschaft darstellt, weil unsere Kolleginnen und Kollegen Stellvertreter des Staates sind. Diese Bewertung ist und bleibt zutreffend. Die wehrhafte Demokratie bleibt aber aufgefordert, diese Straftaten zum Nachteil von Polizeibeschäftigten

GdP-Vize Dietmar Schilff: „Der Staat muss konsequent reagieren.“

Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Demokratie als solches zur Kenntnis genommen werden muss.



die Gewaltdelikte an, so wurden im Bereich PMK links rund 2.000 Taten registriert, im Bereich PMK rechts 1.130 Taten.

Die GdP weist seit vielen Jahren deutlich darauf hin, dass jeder Angriff auf eine Polizistin oder einen Polizisten, nicht nur ein Angriff auf diese Person ist, sondern dies ein

und Rettungskräften nicht nur wegen der angegriffenen Kolleginnen und Kollegen zu verfolgen, sondern der Staat muss mit einer konsequenten Reaktion zeigen, dass er sich wehren kann, und zwar gegenüber jedermann, der dem Staat und seine Repräsentanten angreift und verachtet. Um sich greifenden Staatsverachtung ist ein Alarmsignal, das von der wehrhaften

Die wehrhafte Demokratie zeigt sich auch darin, dass Polizei und Justiz funktionsfähig sind. Der Ruf nach mehr Polizeibeschäftigten ist deshalb nicht nur durch das Bedürfnis nach Entlastung der Kolleginnen und Kollegen begründet, sondern es geht um die Funktionsfähigkeit des Staates insgesamt. Der Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, der Staat sei nicht in der Lage, erlittenes Unrecht zu verfolgen, ist fatal. Wenn Unrecht nicht mehr konsequent und gegenüber jedermann gleich verfolgt wird, das heißt, wenn der Staat sehenden Auges nicht mehr gleichmäßig jede Straftat verfolgt, dann wird der Staat zum Mittäter von Straftaten. Diese Mittäterschaft führt kurz oder lang zur inneren Zersetzung der Demokratie.

Das Gewaltmonopol des Staates hat seine wesentliche Begründung in der Übereinkunft, dass der Einzelne sein Recht nicht selbst zu verfolgen braucht, weil er sich sicher sein kann, dass die durch die Gemeinschaft legitimierten Akteure, also Polizei und Justiz, sein Recht mit den Mitteln des Rechtsstaates durchsetzen. Wenn dies nicht mehr gewährleistet ist, kündigt der Staat einseitig ein zentrales Element zur Begründung unserer Staatsgemeinschaft auf.





Sogenannte rechtsfreie Räume und No-Go-Areas, das Zurückweichen vor Organisierter Kriminalität und auch die tatsächliche Aufgabe der polizeilichen Ermittlung bei sogenannter Alltagskriminalität haben fatale Folgen für das Bewusstsein der Bevölkerung und ihre Identifikation mit dem Staat als solchem. Es entsteht der kaum revidierbare Eindruck eines schwachen Staates, der Unrecht mit zweierlei Maß verfolgt. Durch die Erosion des Rechtsstaates sorgt der Staat selbst für den Nährboden politisch radikaler und extremistischer Politikvorstellungen.

Die Gewerkschaft der Polizei will einen starken handlungsfähigen Staat, der im Inneren so gut aufgestellt ist, dass die Rechtspflege tatsächlich funktioniert. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher fühlen. Sie müssen die Überzeugung haben, dass das Recht überall gegenüber jedermann weitestgehend gerecht durchgesetzt wird. Das bedeutet für die GdP wehrhafte Demokratie.

Das konsequente Vorgehen gegen Links- und Rechtsradikalismus ist ein steter Prozess. Dabei wissen wir aus Erfahrung, dass Präventionsprojekte, die sich mit den Inhalten und Ausprägung politisch radikaler und extremer Ideologien auseinandersetzen, positive Effekte haben. Im Bereich des Rechtsradikalismus und -extremismus müssen die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Projekte weitergeführt, im Bereich von Linksradikalismus und -extremismus erst aufgebaut werden.

Analysiert man politisch radikale und extreme Bestrebungen und lokale Handlungsformen, so ist die Auflage von Bundes- und Landesprogrammen für alle Formen von Radikalismus und Extremismus sinnvoll. Es muss gelingen, lokale Strategien der Demokratieförderung zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist die Aufarbeitung der realen Gegebenheiten vor Ort. Die GdP setzt sich dafür ein, dass lokal die passenden Antworten auf politisch radikale und extremistische Szenen und Aktionsformen entwickelt werden. Es kommt auf Demokratieförderung und nicht auf überkommene Debatten zur Extremismustheorie an. ■

Delegierte betonen: „Pflege muss von allen gelebt werden“

Umfangreiche sozialpolitische Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf forderten die Delegierten des GdP-Bundeskongresses. Ein novelliertes Pflegezeit- und Pflegestärkungsgesetz für pflegende Angehörige oder nahestehende Personen soll einen auf die Dauer der Pflege begrenzten Rechtsanspruch auf Teilzeit – über den bereits bestehenden Teilzeitanpruch nach Paragraph 4 Absatz 1 Pflegezeitgesetz (PflegeZG) von sechs Monaten hinaus – vorhalten, der mit einem finanziellen Ausgleich und der Garantie auf Rückkehr zum Vollzeitverhältnis verbunden ist.

Einbenso solle Erholungsurlaub zur Pflege gemäß dem Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) angespart und verwendet werden können. Eine vergleichbare Regelung bestehe in Bund und Ländern bereits zur Betreuung von Kindern. In das neue Gesetz gehört den Delegierten zufolge das Recht, bis zu zehn Arbeitstagen jährlich der Arbeit ohne Vorankündigung fernbleiben zu können, wenn dies erforderlich ist, um pflegebedürftige nahe Angehörige in einer akut aufgetretenen Pflegesituation – analog des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes für Tarif-

Familie, Pflege und Beruf bei den Polizeibehörden der Länder und des Bundes grundlegende Behördenphilosophie wird und entsprechende Maßnahmen festgeschrieben werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wirklich gelebt werden kann“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Familienbedingte Ausfallzeiten dürften sich weder mittel- noch unmittelbar auf die Karriere auswirken. „Führung in Teilzeit muss forciert werden, um die Attraktivität von Familien-



Foto: GdP/Hagen Immel

beschäftigte – zu pflegen. Um besonderen Belastungen, denen Pflegenden ausgesetzt seien, gerecht zu werden, sei es erforderlich, den pflegefreien Zeitraum zu verlängern.

Führung in Teilzeit muss forciert werden

„Die GdP setzt sich des Weiteren dafür ein, dass die Vereinbarkeit von

zeiten zu fördern. Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf darf keine Worthülse sein. Sie muss vielmehr in den Statuten fest verankert sein“, ergänzte Malchows Vorstandskollegin Elke Gündner-Ede. Mit „ordentlichem Druck“ wolle die GdP auch die gewerkschaftspolitischen Initiativen zur Vereinbarung von flächendeckenden Tarifverträgen in der Pflege und deren Allgemeinverbindlichkeitserklärung verwirklichen. >





Der Leitantrag im Wortlaut

Der Bundesvorstand soll sich dafür einsetzen,

1. Dass, das bestehende Pflegezeit- und Pflegestärkungsgesetz novelliert wird. Und zwar so, dass für pflegende Angehörige oder nahestehende Personen ein auf die Dauer der Pflege bezogener Rechtsanspruch auf Teilzeit

*„Vereinbarkeit darf keine Worthülse sein“, erklärte GBV-Mitglied Elke Gündner-Ede.
Foto: GdP/Hagen Immel*

(über den bereits bestehenden Teilzeitanspruch nach Paragraph 4 Abs. 1 PflegeZG von sechs Monaten hinaus), der mit einem finanziellen Ausgleich und der Garantie auf Rückkehr zum Vollzeitarbeitsverhältnis verbunden ist, besteht.

2. Dass, Erholungsurlaub zur Pflege gemäß dem Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) angespart und verwendet werden kann (analog der Regelung in Bund und Ländern zur Betreuung von Kindern).

3. Dass, den Beamtinnen und Beamten in den Ländern und beim Bund das Recht gewährt wird, bis zu zehn Arbeitstagen jährlich der Arbeit ohne Vorankündigung fernzubleiben, wenn dies erforderlich ist, um pflegebedürftige nahe Angehörige in einer akut aufgetretenen Pflegesituation – analog zum Pflegezeit und Familienpflegezeitgesetz für Tarifbeschäftigte – zu pflegen.

4. Dass, die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bei den Polizeibehörden der Länder und des Bundes grundlegende Behördenphilosophie wird und entsprechende Maßnahmen festgeschrieben werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wirklich gelebt werden kann.

5. Dass, die gewerkschaftspolitischen Initiativen zur Vereinbarung von flächendeckenden Tarifverträgen in der Pflege und deren Allgemeinverbindlichkeitserklärung verwirklicht werden.

GdP fest verankert im DGB

Irritationen um den sogenannten Antifa-Kongress im Münchner DGB-Haus Anfang November 2017, der nach Auffassung des GdP-Landesbezirks Bayern „entgegen der einvernehmlichen Absprache zwischen Reiner Hoffmann und Oliver Malchow dennoch durchgeführt“ wurde, mündeten in den von den Bayern eingebrachten Antrag „Austritt aus dem DGB“. Eine logistische und inhaltliche Unterstützung der sogenannten Antifa durch Gewerkschaften innerhalb des DGB entspreche nicht den Vorstellungen in der GdP organisierter Polizistinnen und Polizisten, so die Begründung. Eine lebhafte und fundamentale Diskussion entwickelte sich. Am Ende wurde der Antrag von den Delegierten auf dem GdP-Bundeskongress mit großer Mehrheit abgelehnt.

Trotz der Vermietungsdebatte und des von Bayern angekündigten Antrags auf Austritt aus dem DGB war es nach den Worten der GdP Bayern zu einer weiteren DGB-Vermietung im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des DGB-Jugendclubs an die Antifa United Frankfurt gekommen, „die öffentlich zur Bildung von Banden und linksradikalen Gruppierungen aufrufen“.

Die GdP Bayern warf daraufhin dem DGB eine Strategie vor, mit der Vermietung von Räumlichkeiten an radikale Gruppierungen und Antifa-Gruppierungen deren Aktivitäten durch DGB- und somit auch GdP-Mitgliedsbeiträge zu unterstützen. Als zutiefst unsolidarisch empfanden es dem Antrag zufolge unsere Kolleginnen und Kollegen zudem, dass die

ebenfalls im November 2017 veranstaltete DGB-Bundesjugendkonferenz die mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit unterfütterte Forderung erhob, den „Schutzparagrafen“ für Polizei und Rettungskräfte wieder abzuschaffen.

Unterschiedliche Auffassungen miteinander versöhnen

Zuvor hatte bereits der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann in seinem Grußwort auf dem GdP-Bundeskongress das brisante Thema angesprochen. Er sagte: „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, so wie die Polizei in der Gesellschaft ein verlässlicher Partner ist, so ist die GdP ein verlässlicher Partner für uns und eine tragende Säule der Einheitsgewerkschaft im DGB. Einheitsgewerkschaft heißt natürlich auch, dass wir uns in politischen Debatten immer wieder





verständigen und unterschiedliche Positionen, zum Teil auch Kontroversen austragen müssen. Es ist dann aber auch unsere Aufgabe, unter dem Dach einer Einheitsgewerkschaft die unterschiedlichen Auffassungen miteinander zu versöhnen, sich wechselseitig zu verstehen und letztendlich gemeinsame Wege, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, die auf Grundlage unserer Werte und unserer Traditionen in den Vordergrund gestellt werden sollten. Deshalb sage ich ganz selbstbewusst: Wir DGB-Gewerkschaften, alle acht, sind die größten antifaschistischen Organisationen in diesem Land. Das heißt auch – das sage ich ganz klar: Wir sind nicht die Antifa, und wir müssen uns den Kampf gegen Rechts-Extremismus von niemandem erklären lassen. Deshalb werden wir in Zukunft keine DGB-Häuser an gewaltbereite Gruppen vermieten.“

Lebhafter Beifall der Delegierten brandete an dieser Stelle der Rede auf. Hoffmann, der anmerkte, seinen Satz noch gar nicht zu Ende gesprochen zu haben, reagierte dann auf den Zuruf „Das reicht! mit der Gegenfrage „Das reicht?“, und beendete seine Ausführungen dazu mit einem „Danke!“. Was er, wie sich später laut dem auf der DGB-Homepage veröffentlichten Redemanuskript herausstellen sollte, noch hatte anfügen wollen, war, dass künftig keine DGB-Häuser an Gruppen vermietet würden, „die aus ideologischer Verblendung Rechtsstaat mit NS-Staat gleichsetzen und damit offen gegen unsere Prinzipien, aber auch gegen unsere Kolleginnen und Kollegen agitieren“.

Sensibilität bei den anderen DGB-Gewerkschaften erreichen

Offenbar noch Hoffmanns Rede im Ohr erläuterte der bayerische GdP-Chef Peter Schall im ersten Wortbeitrag der Aussprache den Antrag seines Landesbezirks: „Vielleicht wäre die Entscheidung im Landesvorstand anders ausgefallen, wenn die eindeutigen Klarstellungen von Oliver Malchow und Reiner Hoffmann von gestern damals schon bekannt gewesen wären“, sagte er. Man sei es im Land einfach leid gewesen, als Funktionsträger sich ständig für den DGB und irgendeine Aktion zu entschuldigen, „für die man nichts kann und zu denen man kommt, wie die Jungfrau zum

Kinde“. Schall führte zudem DGB-Trainings zu Sitzblockaden an oder die Aktion einer DGB-Untergliederung, die auf DGB-Briefpapier mit DGB-Logo Rechtsschutz für Demonstranten angeboten hatte, gegen die ein Strafverfahren anlag. „Auch dieses Jahr hat (d)er (Antifa-Kongress) wieder stattgefunden. Immerhin haben wir durch unsere Kontakte auch zur bayerischen DGB-Jugend (...) die Umbenennung auf ‚antifaschistischen Kongress‘ hinkommen.“ Man müsse sehen, so der bayerische Spitzenfunktionär, dass das Wort Antifa für unsere Kollegen im Einsatz einfach ein Reizwort sei. Letztlich waren auch Austritte vor dem geschilderten Hintergrund verzeichnet worden.

Schall betonte: „Für uns soll der Antrag – und deswegen haben wir ihn nicht zurückgezogen – ein Diskussionspunkt mit dem Ziel sein, Sensibilität bei den anderen DGB-Gewerkschaften zu erreichen, damit die ein bisschen auf ihre Jugend einwirken.“ Polizisten im Einsatz seien nicht der Feind des Gewerkschafters, sondern diejenigen, die die Versammlungsfreiheit garantieren – egal, ob es um rechte oder linke Demonstranten gehe.

Rote Linie überschritten

Ohne große Umschweife plädierte Schalls Vize Thomas Bentele für einen Verbleib der GdP im DGB. Er habe auch aus einer emotionalen Betroffenheit für den Antrag seines Landesbezirks gestimmt. „Mit meiner Stimme wollte ich ein Signal setzen. Das Signal, dass die DGB-Jugend eine rote Linie überschritten hat, und dass gegen deren Entscheidung ganz klare Kante gezeigt werden muss.“ Dass der von der GdP erkämpfte Schutzparagraf aus nicht nachvollziehbaren Gründen aus Sicht der Mehrheit der Jugendvertretung der DGB-Gewerkschaften ersatzlos gestrichen werden sollte, sei diese rote Linie.

Nachfragen bei den Einzelgewerkschaften im und beim DGB Bayern hätten bei dessen Bezirkskonferenz schließlich zu einer Resolution für eine Zugehörigkeit der GdP zum DGB geführt, die einstimmig beschlossen wurde. Auch der Gewaltverzicht bei allen Aktionen der Gewerkschaften wurde fest vereinbart. Von der Abschaffung des Paragraphen 114 Strafgesetzbuch (StGB) war auf dem DGB-Bundeskon-



Thomas Bentele, Landesbezirk Bayern
Foto: GdP/Hagen Immel

gress nichts mehr zu hören gewesen. Bentele sagte weiter: „Seit Ende des Zweiten Weltkrieges kämpfen Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus und gegen Fremdenfeindlichkeit. Auch für die GdP ist dieser Kampf im Grunde eine Selbstverständlichkeit.“ Nicht akzeptieren wolle er, dass es nicht in Ordnung sei, wenn DGB-Räumlichkeiten für bürgerliches antifaschistisches Engagement zur Verfügung gestellt werde. Er werbe daher für ein klares Bekenntnis zum DGB. Bentele: „Was in 27 Jahren hart erkämpft werden musste, darf nicht in wenigen Minuten beendet werden.“

Steiniger Weg

GdP-Bundesjugend-Vize Ramin Kalali Emghani stellte fest, dass sich die DGB-Jugend nicht gegen den Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten ausgesprochen habe, sondern das Mittel des Paragraphen 114 StGB für

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com





Ramin Kalali Emghani,
Landesbezirk Bremen

falsch hält. „Wir konnten die Mitglieds-gewerkschaften an dieser Stelle nicht überzeugen. Diesen Streit haben wir verloren.“ Beim DGB, vor allem bei der DGB-Jugend, bestehe jedoch ein Bedürfnis, Polizei erklärt zu bekommen. Das sei zwar weder ein leichter Gang, noch schnell erledigt. „Zukunftsgeist heißt für uns auch, steinige Wege zu gehen“, sagte er und warb wie seine Vorredner für eine Ablehnung des Antrags.

Gemeinsamer Kampf gegen den Extremismus

„Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen vor einer der größten Herausforderungen der Zukunft, nämlich die Menschen in unserem Land und in unserer Gesellschaft wieder zu einer Solidargemeinschaft zu einen, die von einer gemeinsamen Wertehaltung auf dem

„Wir konnten die Mitglieds-gewerkschaften an dieser Stelle nicht überzeugen. Diesen Streit haben wir verloren.“ Beim DGB, vor allem bei der DGB-Jugend, bestehe jedoch ein Bedürfnis, Polizei erklärt zu bekommen. Das sei zwar weder ein leichter Gang, noch schnell erledigt. „Zukunftsgeist heißt für uns auch, steinige Wege zu gehen“, sagte er und warb wie seine Vorredner für eine Ablehnung des Antrags.



Sabrina Kunz, Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung ausgeht“, betonte Sabrina Kunz, rheinland-pfälzische GdP-Vorsitzende und ehemalige Bundesjugendvorsitzende.

Ohne den solidarischen Zusammenhalt im DGB und den dortigen Diskurs über Polizei würde den Populisten in der Gesellschaft das Feld übergeben. Die Polizei wäre keine Bürgerpolizei, sondern womöglich noch heute konservativ, starr und in Teilen militärisch geprägt. „Als Gewerkschaftsfamilie im DGB sind wir nicht der Spielball der politischen und populistischen Kräfte“, unterstrich sie. Der gewerkschaftliche Kampf für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Populismus sowie gegen Links- und Rechtsextremismus müsse gemeinsam geführt werden.

Sie haben sich schützend vor mich gestellt

Schleswig-Holsteins GdP-Vorsitzender Torsten Jäger erinnerte an die 1. Mai-Veranstaltung 2018 in Kiel. Eingeladen als Hauptredner postulierte er eine solidarische, vielfältige, gerechte Gesellschaft, in der kein Platz mehr für die Rechtspopulisten mit ihren menschenfeindlichen und



Torsten Jäger, Landesbezirk Schleswig-Holstein
Fotos (3): GdP/Hagen Immel

rassistischen Parolen sein solle. „Dann passierte Folgendes: 70 bis 80 Vollpforten fingen an zu schreien. Sie haben mich als Mörder beleidigt, und das vor weiteren 2.000 Menschen.“ Er habe

Kapitalmarkt

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilzins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

2,50% echter Vorteilzins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen!

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68153 Mannheim
Tel.: (0621) 378180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 500 100 70

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

JETZT INFORMIEREN!
Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

PECUNIA GmbH seit 1980

Zinsgünstiges Darlehen
für Beamte, Angestellte, Rentner bis 95 Jahre. Ohne Auskunft bis € 15.000

Tel. 0201/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de





diesen Vorfall als zutiefst beklemmend empfunden, schilderte Jäger den Delegierten. In der Folge habe es tumultartige Szenen und Gegenreaktionen der Vernünftigen gegeben. „Die haben sich nach vorne gedrängt und sich deutlich schützend vor mich, vor die GdP, gestellt.“ Tags darauf habe der DGB-Bezirksvorsitzende Nord Uwe Polkaehn mit einem offenen Brief reagiert, den Jäger zitierte: „Zu keinem Zeitpunkt werden wir uns trennen lassen und in unseren gemeinsamen Aktivitäten für Solidarität, Gerechtigkeit, Weltoffenheit, Gewaltfreiheit und körperliche Unversehrtheit nachlassen. Die Vorgänge vom 1. Mai in Kiel werden deshalb den Bestand und die Fortsetzung unserer gemeinsamen vertrauensvollen und erfolgreichen Zusammenarbeit nicht

Kreisverbandes Recklinghausen, gilt Überzeugungsarbeit als wirksamstes Mittel im Diskurs. „Das Statement von Reiner Hoffmann ist unter anderem dieser Überzeugungsarbeit von GdP-Kollegen, insbesondere von Oliver Malchow, zu verdanken. Er nimmt eine solche klare Haltung ein und nimmt auch die Freundinnen und Freunde der Einzelgewerkschaften in die Pflicht, eine klare Haltung zu zeigen.“

Gemeinsam erzeugter Druck stärker

Bernd Becker, rheinland-pfälzischer GdP-Vize, verwies auf die Stärke gemeinsamen gewerkschaftlichen Drucks: „2011 gab es eine Koalitions-

Reden ist das Allerwichtigste

Auch der Berliner GdP-Vorsitzende Norbert Cioma sowie sein Thüringer Amtskollege Kai Christ warben eindringlich für einen Verbleib im DGB. Cioma sagte: „Es war ein gesellschaftlicher Quantensprung, dass die GdP in den DGB aufgenommen wurde. So sind wir in der Mitte der Gesellschaft angekommen, und es ist uns leichter gefallen, in die Politik hinein Gehör zu finden.“ Trotz bereits angesprochener Probleme, solcher Diskurse, die es da gebe, müsse weiter kommuniziert werden. Natürlich ergebe sich nicht immer Konsens, das funktioniere nicht. Reden sei jedoch das Allerwichtigste“, führte Christ fort.

Gut überlegter Antrag

Vertreter der bayerischen JUNGEN GRUPPE seien bereits am ersten Tag einer Jugendfreizeit der DGB-Jugend wieder abgereist, weil sie aggressiv angefeindet worden waren, weil es zu Beleidigungen und Sachbeschädigungen gekommen war, erklärte Holger Zimmermann vom GdP-Bezirk Bayern. „Wir haben uns in Bayern schon gut überlegt, was wir mit diesem Antrag bewirken. Dieser sollte auf jeden Fall ein Zeichen setzen.“ Das Zeichen sei notwendig, weil es so nicht gehen kann und weil die vernünftigen Kollegen im DGB wie Reiner Hoffmann unterstützt werden müssten.

Zwischen Antifaschisten, der Antifa und diesen ganzen Gruppierungen, „mit denen einige von uns täglich dienstlich zu tun haben“, sei ein ganz gewaltiger Unterschied, betonte Zimmermann. „Dieser Unterschied ist vielleicht manchen in ihrer jugendlichen Naivität in der DGB-Jugend nicht so ganz klar. Aber diese Leute sind die Zukunft des DGB, und sie sind die künftigen Verantwortlichen im DGB. Wenn es uns gelingt, sie mit Argumenten zu überzeugen, woran ich meine Zweifel habe, wäre das schön.“

Nicht das zur Kenntnis nehmen müssen, was andere verhandelt haben

Der ehemalige GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz, der in den 1990er Jahren die GdP anführte, verwies auf die Chance der GdP, bei Tarifver-



Lebhafte Pausengespräche.

Foto: GdP/Hagen Immel

beeinträchtigen können. Im Gegenteil: Wir schließen unsere Reihen.“ Den DGB zu verlassen, so Jäger, hieße die Reihen aufzureißen und eine Werte- und Haltungsgemeinschaft von sechs Millionen Menschen zu verlassen.

Wirksame Überzeugungsarbeit

Es sei nicht immer einfach, im DGB als Polizist und als Vertreter einer Polizeigewerkschaft zu agieren, stellte der nordrhein-westfälische Kollege Norbert Sperling fest. Der Konsens stehe aber im Vordergrund. Für Sperling, selbst Vorsitzender des DGB-

vereinbarung von Rot-Grün, in der stand, dass man fünf Jahre lang jeweils 300 Einstellungen vornehmen wolle. Ohne lange zu rechnen, wussten wir schnell, dass wir über 500 Leute weniger gehabt hätten, als wir jetzt haben. Abwenden konnten wir das, weil es 2012 gelungen ist, einen runden Tisch Polizei mit den Regierungsfractionen und mit dem Innenminister auf die Beine zu stellen.“ Da habe die Landes-GdP viel investiert, hinbekommen hätte man es aber nicht, wenn der DGB-Bezirksvorsitzende Rheinland-Pfalz/Saarland, Dietmar Muscheid, nicht „mitgedrückt und Daumenschrauben angelegt“ hätte.





Der ehemalige Bundesvorsitzende Hermann Lutz griff mit einem engagierten Redebeitrag in die aktuelle Gewerkschaftsarbeit ein. Foto: GdP/Hagen Immel

Seite auseinanderdividieren lassen? Das ist doch undenkbar“, appellierte Lutz. Wenn die GdP ausstiege, dann habe sie allein überhaupt gar keine Chance mehr, verhandeln zu dürfen. „Dann müssten wir das, was andere verhandelt haben, zur Kenntnis nehmen. Das war es dann“, betonte der GdP-Chef im Ruhestand.

Ziele durchsetzen können

Man könne über die Antifa denken, was man wolle: Sie sei keine GmbH, kein Verein, sie sei eine Bewegung, so der saarländische GdP-Vorsitzende David Maaß, der ergänzte, sie habe Teile in sich, die gewaltbereit seien. „Das wird von uns mit aller Schärfe und aller Deutlichkeit natürlich abgelehnt, weil Gewalt niemals eine legitime Handlungsoption im politischen Dialog sein darf und sein kann.“ Als mitgliederstarke Gewerkschaft könne die GdP in der Gesellschaft Meinung bilden, Meinung lenken und

handlungen mit am Verhandlungstisch zu sitzen. „Ich will ein Beispiel geben: Tarifverhandlungen in Stuttgart auf dem Degerloch. Da sind die damaligen gesamten DGB-Gewerkschaften

– heute ver.di – und auch die GdP. Da verhandeln wir mit der Phalanx der Arbeitgeber. Da haben wir ein geschlossenes Kartell auf der anderen Seite. Sollen wir uns auf der anderen

auch bestimmen. Maaß sagte: „Beschlossen haben wir bereits, dass wir Populismus entschlossen entgegnetreten wollen und antifaschistisch agieren.“ Der DGB mit seinen über sechs Millionen Mitgliedern mache es der GdP möglich, gewerkschaftspolitische, aber auch gesellschaftspolitische Ziele durchzusetzen. Der Antrag müsse abgelehnt werden, „und zwar nicht nur mit einer knappen Mehrheit, sondern der muss schmettern abgelehnt werden“, forderte der Saarländer die Delegierten auf.

Reise & Erholung

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,- Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



SPANIEN: Costa Dorada – Südl. Tarragona –

Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4/5 Pers. in kleiner gemütlicher deutscher Ferienanlage mit großem SW-Pool, Grill, Gäste Bar mit TV. Hunde sind willkommen. E-Mail los-vagos@gmx.net, Infos: www.los-vagos.de Tel.: 0034 977 170529

Ferienhaus direkt am Strand spanischer Mittelmeerküste. Osterferien 2019 und 3.–24.8.2019 sind noch frei. Sonderpreise für Kollegen & Kolleginnen! Infos unter 02594/99513 oder juergen@skaliks.net

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 1–4 Pers., ab 45 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66. Machen Sie sich ein Bild unter www.mittelschwarzwald.de Sie werden begeistert sein!



FeWo – Swinmark

Wandern, Radfahren, Erholung pur am Rande der Lüneburger Heide. Komplett eingerichtet für 4 Pers. (Kü./Bad/Sat.-TV/WLAN) Tolles Ambiente!

Tel.: 05842-9819540
E-Mail: hofmannbaerbel@gmx.de
www.airbnb.de/rooms/18492880



017189-CNI-00221

GARDASEE-FERIENHAUS

Herrliche Lage, Traumhafter Seeblick
Mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 Whng. m. Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.) Ideal für Wanderer, Biker, Surfer Für Polizei u. Angehörige bis **15% Rabatt**.

Hausprospekt unter:
Tel.: 0 82 31-883 69 oder 08 21/9 06 90 42
E-Mail: whofmann2@gmail.com
www.casa-bellavista-ferienhaus.de

Am Ende eine klare Sache

Verhandlungsleiter Sven Hüber erklärte nach „abgearbeiteter“ Rednerliste: „Wer für den Antrag des Landesbezirks Bayern ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das sind zwölf Stimmen. Wer ist dagegen? Die überwältigende Mehrheit hat den Antrag abgelehnt.“

[www.Polizei
DeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

www.Polizeifeste.de



2,95%¹
effektiver Jahreszins,
2,91 % Sollzinssatz
p. a. fest

Bei einer Laufzeit von 24 Monaten
Nettodarlehensbetrag: 5.000 Euro

Repräsentatives Beispiel:
Nettodarlehensbetrag: 5.000 Euro
Sollzinssatz p. a. (fest): 2,91 %
Effektiver Jahreszins: 2,95 %
Gesamtbetrag: 5.153,55 Euro
Vertragslaufzeit: 24 Monate
Monatliche Rate: 215,58 Euro
Anzahl Raten: 24
Gesamtkosten: Sollzinsen
während der Vertragslaufzeit
Darlehensgeber:
BBBank eG, Herrenstraße 2–10,
76133 Karlsruhe

Wünsche einfach wahr machen.

¹ Kondition freibleibend; bonitätsabhängig
² Voraussetzung: Erstabschluss eines BBBank-WunschkreditsPlus¹; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto

Mit dem BBBank-Online-WunschkreditPlus¹ und
100,- Euro Bonus² für GdP-Mitglieder.



Einfach online abschließen!
www.bbbank.de/gdp



Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/gdp

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst





„Ironie ist nichts für Kinder oder Doofe“

Kabarettist Wolfgang Trepper im Interview

Mit seinem Meckern und Poltern brachte der Kabarettist Wolfgang Trepper die Delegierten und Gäste des GdP-Bundeskongresses zum Lachen. Der gebürtige Duisburger nimmt bei gesellschaftsrelevanten Themen kein Blatt vor den Mund. DEUTSCHE POLIZEI (DP) hat den 57-Jährigen interviewt. Es ging um Gott und die Welt.

DP: Wann hatten Sie das letzte Mal mit der Polizei Kontakt?

Wolfgang Trepper: Vor ungefähr einem halben Jahr. Ich habe jemandem die Vorfahrt genommen, und dieser jemand war eine Polizeistreife. Dann wurde ich angehalten und gefragt, ob ich mit einem Atemkontrolltest einverstanden wäre, und das war ich, weil ich ein reines Gewissen hatte.

DP: Und wie ist es, in das Röhrrchen zu pusten?

Trepper: Beim Zahnarzt sitzen ist schlimmer. Ich mach alles andere lieber als zum Zahnarzt zu gehen, das war schon als Kind so. Das hab ich nie verloren.

DP: Eine Darmspiegelung ist wahrscheinlich auch nicht so beliebt.

Trepper: Sowas hatte ich noch nicht. Da kann ich nicht mit dienen. Interessantes Thema. Vom Zahnarzt zur Darmspiegelung, das hatte ich auch noch nicht gehabt. Da könnte ich fast eine Nummer draus machen.

DP: Beim 26. Bundeskongress geht es ja um Sicherheit. Was ist Ihre Meinung: Nimmt die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft zu?

Trepper: Ja, natürlich! Ich glaube, das kann man genauso wenig leugnen wie den Klimawandel.

DP: Trump leugnet den ...

Trepper: Das ist ja auch ein Spinner. Die Gewaltbereitschaft nimmt zu, jede Form von Hemmschwelle sinkt, und ein normales Nachdenken über Autoritäten findet gar nicht mehr statt. Es ist ein kompletter Werteverfall auf breiter Front zu beobachten. Das hat schleichend stattgefunden und kam nicht von heute auf Morgen. Das ist in den letzten Jahren meiner Meinung nach immer schlimmer geworden, und ich sehe da auch noch kein Ende. Ich würde auch nicht sagen, das ist ein freier Fall. Das

ist ein richtiges Runtersacken – immer weiter, immer mehr.

DP: Es gibt ja mittlerweile viele Vorfälle in Politik und Gesellschaft, die sind so lächerlich, dass man sich denkt, das hätte sich nicht einmal ein Kabarettist ausdenken können.

Trepper: Ich hab so etwas erlebt beim G20-Gipfel in Hamburg, und zwar hautnah. Ich hab in Hamburg auch eine Wohnung. Polizisten, die im Einsatz waren, wurden von Molotowcocktails und Steinen getroffen – einer auch im Gesicht. Schließlich hat dieser Kerl, der geworfen hat, wieder ausgeholt und dann ging ein Polizist auf ihn zu. Und ich weiß, dass der Polizist deswegen Vorwürfe bekommen hat – wegen unverhältnismäßiger Härte oder wie man das nennt.

In meinem alten Programm habe ich eine Nummer daraus gemacht. Ich habe mir erlaubt, jeden Abend ein dreiviertel Jahr lang von der Bühne zu schreien: „In welchem Land lebe ich eigentlich?“ Dafür habe ich jeden Abend Szenenaplaus bekommen. Und da habe ich auch nicht gefragt, von wem. Da gibt es ja auch viele Kolleginnen und Kollegen, die sagen: „Sowas darfst du heute nicht sagen, das ist schwierig“.

Ich finde das überhaupt nicht schwierig. Freunde von mir arbeiten bei der Polizei, ich hab mich selber mal bei der Polizei beworben vor Jahren. Streifenpolizisten und Altenpfleger sind – der Vergleich mag Ihnen komisch vorkommen – die Ärsche der Nation. Alle chronisch unterbezahlt, alle überbelastet, sie werden behandelt wie die letzten Deppen. Nur, wenn man sie braucht, dann finden alle, dass sie viel mehr Geld kriegen müssten. Das ist eine abartige Doppelmoral.

DP: Wenn Sie auf den Straßen unterwegs sind, fühlen Sie sich sicher? Zum Beispiel in Berlin?

Trepper: Also Berlin finde ich furcht-

bar. Das ist mir zu laut, zu wuselig, zu großkotzig. Ich möchte in Berlin nicht leben. Ich bin gern hier für drei Tage, dann muss ich aber spätestens wieder weg. Ich lebe in Hamburg und komme aus dem Ruhrgebiet. Da fühle ich mich



Shoppingprobleme? Kabarettist Wolfgang Trepper philosophierte zu Beginn über den Mann mit tragender Rolle.

Foto: GdP/Hagen Immel

eigentlich sicher. Und ich bin ja immer abends unterwegs.

DP: Gab es jemals einen Vorfall auf dem Nachhauseweg, wo Sie sich unsicher gefühlt haben?

Trepper: Es gab mal einen Vorfall, weil ich mich auch schon sehr heftig gegen Rechts ausgesprochen habe. Da gab es die AfD noch gar nicht – in der Stärke. Ich bin mal in Mecklenburg-Vorpommern aufgetreten, und da waren einige Leute da, die meinten, mir nicht nur schriftlich mitteilen zu müssen, dass sie wüssten, wo mein Auto steht, sondern die es mir dann auch noch bewiesen haben. Die standen nach dem Auftritt vor meinem Auto und haben gerade so Platz gemacht, dass ich einsteigen konnte. Die haben sonst nichts gemacht – mich nicht angepackt, auch das Auto nicht, aber das wirkte hoch bedrohlich. Und genau das sollte es ja auch. Das sollte einschüchtern.

DP: Haben Sie Konsequenzen gezogen – zum Beispiel, dass Sie nicht mehr in Mecklenburg-Vorpommern aufgetreten sind?

Trepper: Nein, das darf man nicht – unter keinen Umständen. Man darf diesem Mob nicht nachgeben. Es wird kein Termin abgesagt – da können die vorher





Mails schicken, wie sie wollen. Und es wird kein Wort aus dem Programm gestrichen, nur weil die das wollen.

DP: Was könnte man machen, dass es insgesamt wieder friedlicher zugeht in der Gesellschaft?

Trepper: Das ist ein ganz großes Problem. Ich glaube, dass das nur geht, wenn man überall mal den Dampf rausnimmt. Man müsste sagen: „Jetzt mal alle ganz ruhig! Politiker, gesellschaftsrelevante Gruppen wie Kirchen, Sozialverbände, alle mal ruhig, und dann alle mal hinsetzen und mal sprechen. Ich glaube, das würde helfen. Das passiert aber heutzutage nicht. Wegen der permanent provozierten Hektik durch Wahlkämpfe, durch angeblich unabhängige Jahrhundert-Entscheidungen, die keine mehr sind, meinen die Leute, sie wären immer unter Druck, und es müsste jetzt ausgerechnet was passieren. Das stimmt aber gar nicht. Und so was ist ja auch über längere Zeit entstanden. Man konnte über Jahre zugucken, wie die Werte verfallen. Und man kann dann auch nicht erwarten, wenn zum Beispiel Herr Steinmeier oder irgendein Kirchenfürst eine Rede hält, dass dann alle sagen „Ach, so ist das, das wusste ich ja gar nicht!“ und dann ist alles wieder gut. So läuft das natürlich nicht.

DP: Haben die Medien vielleicht etwas damit zu tun?

Trepper: Natürlich, selbstverständlich! Wenn man sich ansieht, wie tendenziell da berichtet wird, wird einem ja schlecht. Wenn man sich ansieht, was die Bild-Zeitung seit Monaten da veranstaltet bei der Flüchtlings- und Asylthematik: Das spottet jeder Beschreibung. Da wird massiv Stimmung gemacht.

DP: Was sagen Sie denen, die sagen, dass viele Straftaten von Asylbewerbern begangen werden?

Trepper: Da brauche ich doch gerade in diesen Kongressräumen nicht zu erklären, dass das nicht die Mehrheit ist.

DP: Ja. Und wie schon in der Rede von Kardinal Woelki angesprochen, ist die Gruppe der jungen, männlichen Asylbewerber mit geringer Bildung überproportional groß. Diese Gruppe neigt auch bei den Deutschen besonders zu Straftaten.

Trepper: Ich kenne auch unglaublich viele junge, dumme Deutsche. Die sind so doof, da packen Sie sich an den Kopf. Und natürlich gibt es dann auch unfassbar dämliche Syrier und unfassbar blöde Rumänen. Es gibt aber auch unheim-

lich nette hilfsbereite und freundliche Rumänen, und Syrer und freundliche Deutsche. Dann gibt es auch wieder unfassbar dämliche Nordafrikaner. Es gibt eben alles. Ich rege mich nur darüber auf, wenn bestimmte Gruppen ausgeschlossen werden.

Früher war es bei der Berichterstattung über Straftaten modern und en Vogue zu sagen, es sind ja immer nur die Deutschen, und wenn dann mal jemand aus arabischen Ländern kommt, ist das egal. Das braucht nicht sonderlich erwähnt zu werden. Das ist genauso falsch. Jetzt wird das aber umgekehrt gemacht. Das ist mindestens genauso falsch.

Haben Sie schon mal von einem holländischen Straftäter in der deutschen Berichterstattung gehört? Nein. Warum? Das interessiert nicht. Wollen wir wetten, dass es welche gibt. Ich habe eine Wohnung in Duisburg, 35 Kilometer von der holländischen Grenze entfernt. Wie viele Dealer soll ich Ihnen zeigen? Das sind alles Holländer. Das interessiert aber keinen. Aber im Moment ist es so: Ein Syrer, der im Freibad eine Frau belästigt, füllt vier Tage die Zeitung. Zwei Deutsche, die betrunken einer Frau die Handtasche vom Arm reißen: da hört man nichts von. Es wäre toll, wenn man da eine gescheite Mitte finden würde.

Aber die Hoffnung habe ich im Moment nicht, weil das ist zu aufgeheizt, und es wird am Köcheln gehalten. Die AfD ist die eine Stelle, und manche Medien sind die zweite. Man muss auch nicht über jeden Furz berichten, den die AfD macht. In meinem neuen Programm sage ich einen Satz über die AfD, über den Gauland: „Ich habe mir das überlegt, und mir ist mein Programm für diese Deppen zu schade.“ Aus! Und dann kommen die nicht mehr vor. Man muss nicht über jedes Stöckchen, was die hinhalten, springen. Man muss es nicht wichtiger nehmen als es ist.

Fragen Sie doch mal die Leute auf der Straße, was die interessiert. Die Leute im Schwarzwald interessiert die Flüchtlingsthematik nicht. Da sind keine Flüchtlinge. Die regen sich darüber auf, dass die Wohnungen immer teurer werden oder darüber, dass es mit dem öffentlichen Nahverkehr nicht funktioniert; über Baustellen und dass die Schulen auseinander bröseln. Auch über 450 oder 480 Flüchtlinge, die in einer Turnhalle untergebracht sind, regen die sich noch nicht mal auf. Die regen sich darüber auf, dass das Training vom Fußballverein nicht stattfinden kann.

DP: Wir haben ja kein Einwanderungsgesetz. Andere Länder sind ja schon immer Einwanderungsländer und haben entsprechende Gesetze. Die bekommen dann auch qualifizierte Einwanderer.

Trepper: Da sind wir einfach zu doof zu. Das hätte längst passieren müssen, aber da ist an vorderster Front Herr Lindner mit Schuld. Die FDP war die einzige Partei, die im Wahkkampf ein klar umrissenes Einwanderungsgesetz gefordert und ausgearbeitet hat. Die FDP war die, die Jamaika verlassen hat. Vielleicht hätten wir das schon.

DP: Was bringt Sie zum Ausrasten?

Trepper: Wenn sich Dummheit mit Arroganz paart. Es gibt nichts schlimmeres als blöde, arrogante Menschen. Da werde ich verrückt. Da werde ich auch aggressiv. Wenn jemand schon keine Ahnung hat, und dann aber so tut, als hätte er die Weisheit mit Löffeln gefressen. Das finde ich grauenhaft. Da kann ich auch schon mal die Stimme erheben. Da weiß dann auch jeder, dass ich das ernst meine und keinen Spaß mehr mache.

DP: Hilft der Humor, mit solchen Menschen umzugehen?

Trepper: Nur in einem gewissen Rahmen. Wenn die Leute den Humor nicht verstehen, nutzt Ironie nichts. Das Mittel, das ich habe – nämlich das der Satire, das der Überzeichnung – funktioniert ja nur, wenn die Leute das Normalmaß kennen. Die Mittel des Kabarets sind ja begrenzt. Man kann das schön bei Kindern ausprobieren. Kinder verstehen Ironie erst im Alter von etwa fünf Jahren. Wenn man zu einem jüngeren Kind sagt, das den ganzen Tisch versaut hat, „da hast du aber sehr ordentlich gegessen“, dann schaut das Kind einen sprachlos an. Das versteht es nicht. Es kann auch nicht drüber lachen. So ist das mit Doofen auch. Da können Sie noch so ironisch sein, die verstehen das nicht. Überhöhungen verstehen Kinder nicht, und Doofe verstehen die auch nicht.

DP: Herr Trepper, ich danke für das Gespräch.

Das DP-Interview führte vor seinem Auftritt auf dem Bundeskongress Christina Bicking.





Postkartenaktionen zur Tarifrunde der Länder 2019

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Tarifverhandlungen für die Länder stehen unmittelbar bevor und wir sagen #hermitmehr2019. Wir alle sind dazu aufgerufen, uns an den Warnstreiks zu beteiligen und für unsere gerechten Forderungen auf die Straße zu gehen.

Um auf euren Dienststellen klare Kante zu zeigen und deutlich zu machen, dass ihr streikt, haben wir die abgebildete Karte „ICH BIN WEG“ entworfen. Wenn in eurem Landesbezirk Warnstreiks anstehen, wozu die Landesbezirke explizit noch aufrufen werden, möchten wir euch bitten, die Karte offen und klar auf euren Schreibtischen oder an euren Bürotüren zu befestigen. Ihr macht damit deutlich, dass ihr von eurem Grundrecht Gebrauch macht und streiken seid.

Jeder und jede Einzelne zählt – also macht mit und sagt: „ICH BIN WEG“.



Mit der abgebildeten „VERZICHTSERKLÄRUNG“ wollen wir darstellen, dass Kolleginnen und Kollegen, die nicht in einer Gewerkschaft organisiert sind, nur Nutznießer von unseren Anstrengungen sind. IHR seid diejenigen, die unsere Arbeit unterstützen und ein Anrecht auf Tarifergebnisse haben.

Solltet ihr Kolleginnen oder Kol-

legen kennen, die nicht in der Gewerkschaft der Polizei sind, gebt ihnen diese Karte.

Beide Karten werden wir den Landesbezirken zur Verfügung stellen. Sprecht eure Kreis- und Bezirksgruppenvorstände an, wenn ihr Karten benötigt.

René Klemmer

**Zeit aufzustehen –
Zeit zu streiken –
Zeit für
#hermitmehr2019**



Tarifverhandlungen der Länder 2019 – Wo geht die Reise hin?

Zwei Jahre sind wieder vergangen und die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder starten Ende Januar. Wenn man auf den Abschluss der Tarifverhandlungen Bund und VKA im Jahr 2018 schaut, bekommt man große Augen und erwartet eine ähnliche Steigerung auch bei den Ländern.

Hierbei bedarf es jedoch einer massiven Unterstützung bei unseren Aktionen durch die Beschäftigten. Die Konkurrenz von Bund und VKA zu den Ländern wird immer größer und besonders in der Attraktivität der Entgelte wird die Situation immer brenzlicher. Dass insgesamt drei Arbeitgeberverbände (TdL, Bund/VKA und das Land Hessen) eine solche Situation in jeder Tarifrunde aufs Neue anfeuern, ist unverantwortlich. Die innere Sicherheit sollte allen Arbeitgebern im öffentlichen Sektor gleich viel wert sein. Leider ist es mittlerweile an der Tagesordnung, dass Beschäftigte im Bereich der Länder abwandern und zu Bund oder Kommune wechseln.

Die Forderungen, die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Ende 2018 aufgestellt haben, sind mehr als berechtigt und die Arbeitgeberseite muss endlich zur Einsicht kommen. Die Kolleginnen und Kollegen leisten hervorragende Arbeit und die Politik will sie mit einem freundschaftlichen Schulterklopfen „belohnen“. Die Steuereinnahmen sprudeln, die Wirtschaftsdaten sind gut, und wir erwarten bei den Ländern endlich einen Nachschlag, der die Kolleginnen und Kollegen zufriedenstellt. Seitens der Politik muss man überlegen, wie man unsere Forderungen umsetzt und nicht ständig neue Argumente aus dem Hut zaubert, warum wir angeblich über das Ziel hinausgeschossen. Wie oft haben wir es in der Vergangenheit erlebt, dass die Gewerkschaften schwierige Situationen vorausgesagt haben und die Politik haben sie als „Horrorszenarien“ abgetan. In Zeiten des Fachkräftemangels müssen die Arbeitgebervertreter zukunftsweisende Entscheidungen treffen und auf die Forderungen der Gewerkschaften eingehen. Noch in der Tarifrunde 2017 waren die Arbeitgebervertreter der Auffassung, dass der Fachkräftemangel im Bereich des öffentlichen Dienstes ein Märchen der Gewerkschaften sei. Mittlerweile hat auch die Politik erkannt, dass das eben kein Märchen, sondern

Termine Tarifrunde 2019

**Auftaktveranstaltung
21.1.19**

**2. Verhandlungsrunde
6. bis 7.2.19**

**3. Verhandlungsrunde
28.2. bis 1.3.19**

bittere Realität ist. An dieser Stelle sei erwähnt, dass nicht ausschließlich IT-Spezialisten gemeint sind, wenn wir von Fachkräften sprechen. Wir reden ebenfalls von Kfz-Mechanikern, Schreibern, Elektrikern, Waffenmechanikern

et cetera. Das alles sind Fachkräfte, die ebenfalls im Bereich der inneren Sicherheit dringendst benötigt werden.

Die zähen Verhandlungen der in der Tarifrunde 2017 vereinbarten Prozessvereinbarung sind vielen Kolleginnen und Kollegen unverstündlich gewesen. Dass die TdL bei solch wichtigen und zukunftsweisenden Gesprächen mit den Gewerkschaften wie mit einem Untergebenen umspringt, hat den Frust bei allen gesteigert, und dieser dürfte sich bei den höchstwahrscheinlich anstehenden Warnstreiks entladen. Es ist nicht die Zeit, die derartigen Umgangsformen zu akzeptieren, sondern wir alle müssen auf die Straße gehen und für das einstehen, was uns zusteht. Wir fordern daher alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich an den Warnstreiks zu beteiligen, sobald hierzu aufgerufen wird. Jeder Einzelne und jede Einzelne zählt.

René Klemmer

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auf dem Bundeskongress im November wurde ich als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden in den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) gewählt. In diesem Zuge bin ich für den Tarifbereich auf Bundesebene verantwortlich.

Seit 2002 bin ich in der rheinland-pfälzischen Polizei als Kriminaltechniker tätig und habe bis 2014 meinen Dienst bei der Kriminalinspektion Worms verrichtet. Von September 2014 bis November 2018 war ich als stellvertretender Vorsitzender im Gesamtpersonalrat im Polizeipräsidium Mainz freigestellt. Seit Dezember letzten Jahres bin ich stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrates Polizei im Ministerium des Inneren in Rheinland-Pfalz.

Ich freue mich auf meine neue Funktion im GBV und bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit den Tarifexperten aus den Landesbezirken und Bezirken viel erreichen können.

Ab jetzt sitze ich mit den Arbeitgebern beziehungsweise Verhand-



GdP-Tarifexperte René Klemmer
Foto: privat

lungspartnern an einem Tisch, was sicherlich spannend werden wird. Mir ist durchaus bewusst, dass wir dort nur dann etwas erreichen können, wenn wir alle gemeinsam dafür auf die Straße gehen.

Ich freue mich auf die kommende Zeit und auf viele interessante und gute Gespräche mit euch. Lasst es uns anpacken!





Diensthauptpflicht-Regressversicherung

Neben dem umfassenden Berufsrechtsschutz besteht über die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei für alle im aktiven Dienst stehenden Mitglieder eine Diensthauptpflicht-Regressversicherung. Diese gewährt Versicherungsschutz vor Rückgriffs- und Hauptpflichtansprüche (Inregressnahme) des Bundes beziehungsweise der Länder für Schadenfälle, die in Ausübung der dienstlichen Tätigkeit entstehen.

In Zusammenarbeit mit unserem Versicherer (SIGNAL IDUNA) wurde das Leistungsspektrum in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Ab 1. Januar 2019 erfolgt nunmehr eine weitere Erhöhung der Deckungssummen für Personen- und Sachschäden auf 10 Millionen Euro!

Künftig besteht auch Versicherungsschutz für die Beschädigung von dienstlichem Eigentum auf dem direkten Weg zur oder von der Dienst-/Heimatstätte – sofern dienstlich erforderlich.

Die Deckungssummen im Überblick:

- Personenschäden und Sachschäden pauschal 10.000.000 Euro

- Vermögensschäden 100.000 Euro
- Schlüsselverlust 50.000 Euro
- für Schäden an Kfz durch Fahrzeugpflege- und Wartungsarbeiten 52.000 Euro
- Abhandenkommen von fiskalischem Eigentum 50.000 Euro
- Verlust persönlicher Ausrüstungsgegenstände 5.000 Euro
- Abhandenkommen von sichergestellten/beschlagnahmten Gegenständen 5.000 Euro
- Abhandenkommen von Verwarnungsblocks 2.000 Euro

Auch im Bereich der Dienstfahrzeug-Regressversicherung (über die Landesbezirke/Bezirke) werden die

Deckungssummen ab 1. Januar 2019 wie folgt erhöht:

- Personenschäden 250.000 Euro
- Sachschäden 250.000 Euro
- Vermögensschäden 150.000 Euro

Da der Bund, die Länder und Gemeinden (bei mehr als 100.000 Einwohnern) als Halter von Kraftfahrzeugen nicht der Versicherungspflicht unterliegen (Paragraf 2 Abs. 1 Pflichtversicherungsgesetz), versucht der Dienstherr nicht selten, sämtliche durch einen Unfall entstandenen Kosten beim schadenverursachenden Fahrer des Dienstfahrzeuges zu regressieren. Hierzu ist er jedoch nur in wenigen Fällen (zum Beispiel Personalkosten bei Dienstunfähigkeit des unfallverschuldenden Fahrers) oder bei bestimmten Tatbeständen (zum Beispiel Vorsatz, Trunkenheitsfahrt) berechtigt.

Es ist daher außerordentlich wichtig, dass der Personalrat und der zuständige Landesbezirk/Bezirk der GdP über eine mögliche Inregressnahme beteiligt beziehungsweise informiert wird. **DL**

FRAUENGRUPPE

Neues Personalentwicklungs-Projekt geht an den Start!

Das erfolgreiche Personalentwicklungsprojekt der Frauengruppe (Bund) wird fortgesetzt. Erneut sagte die BGAG-Stiftung Walter Hesselbach in ihrer Kuratoriumssitzung Ende November der Frauengruppe (Bund) ihre finanzielle Unterstützung zu. Der Geschäftsführende Bundesvorstand der GdP hatte das Projekt bereits im Sommer 2018 – vorbehaltlich der finanziellen Unterstützung durch die Stiftung – bewilligt. Das zeigt, welch hohen Stellenwert die Personalentwicklung von Frauen in der Organisation hat.

Das neue Projekt startet am 2. und 3. April mit einem Auftaktworkshop in der Hildener GdP-Bundesgeschäftsstelle. Ziel ist es, GdP-Kolleginnen, die sich ehrenamtlich in der Frauengruppe, den Kreis- und Bezirksgruppen, Fachausschüssen oder anderen GdP-Gremien einbringen wollen, das entsprechende „Rüstzeug“ an die Hand zu geben. Die erfahrene Soziologin Manuela Rukavina begleitet das Projekt, vermittelt Tipps und Tricks, um im Alltag mit Stress, Konflikten, Veränderungsprozessen, Wechselwirkungen von Körper und Psyche sowie Power-Posing (Selbstbewusstsein durch Körperhaltung) umzugehen. Nicht zu kurz kommen wird

die Methodenarbeit und das „Netzwerken“. Das Projekt umfasst die Digitalisierung im Berufsleben und deren Wirkung auf die Work-Life-Balance.

Am Projekt und vor allem Gewerkschaftsarbeit interessierte Kolleginnen sollten sich nach Rücksprache mit ihrer Landes-/Bezirksfrauenvorsitzenden beziehungsweise dem Landesbezirk/Bezirk mit einem Motivationsschreiben bis **1. Februar 2019** bei der Abt. Frauen- und Gleichstellungspolitik annette.terweide@gdp.de bewerben. Eine Teilnahme an allen drei Workshops ist zwingende Voraussetzung. Der Projektauftritt am 2. und 3. April wird mit einem Zwischenworkshop vom 5. bis 7.

November in Berlin fortgesetzt. Der Abschlussworkshop (zweitägig) wird nach Absprache mit den Teilnehmerinnen im ersten Quartal 2020 stattfinden. Das Projekt ist auf zwölf Teilnehmerinnen ausgerichtet. Das Projektdesign sieht ausschließlich Methoden vor, die auf Beteiligungs- und Praxisorientierung beruhen. Die Thematik Work-Life-Balance ist ein großer Projekt-Bestandteil.

Das Projekt wird nach den Bestimmungen der Bundeszentrale für politische Bildung nicht sonderurlaubsfähig sein. Den Teilnehmerinnen bleibt es freigestellt, Sonderurlaub oder Bildungsurlaub über ihre Dienststellen zu beantragen. Die Übernachtungs- und Reisekosten (2. Klasse Deutsche Bahn) für die Teilnehmerinnen übernimmt die GdP (Bund). Somit entstehen den Teilnehmerinnen keine Kosten.

Über die Auswahl der Teilnehmerinnen entscheidet eine Arbeitsgruppe in Absprache mit dem Bundesfrauenvorstand. **Annette Terweide**



GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 23

Von **Detlef Averdiek-Gröner**, **Udo Behrendes**, **Wolfgang Gatzke** und **Daniela Pollich**.

1. Auflage 2017

Umfang: 120 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN: 978-3-8011-0802-1

Die innere Sicherheit in Deutschland scheint in Gefahr. Prügelattacken, Messerstechereien, sexuelle Übergriffe, Amokläufe und Terroranschläge – fast täglich wird über derartige Gewalttaten im öffentlichen Raum berichtet und eine spürbare Verunsicherung, ja Angst vor ebendieser Gewalt ist bei einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern zu registrieren.

Die Gewährleistung von Sicherheit vor Gewalt im öffentlichen Raum ist eine Kernfunktion des staatlichen Gewaltmonopols und damit eine Kernaufgabe der Polizei. Die Autoren dieses Buches greifen die sicherheitspolitisch relevanten Fragen dieses Themas auf und analysieren diese in drei Themenkomplexen. Sie bieten damit für Ausbildung, Arbeitsalltag und Führung in der Polizei dezidiert und praxisbezogen wichtige polizeifachliche Orientierung.

- Der erste Teil eröffnet mit einer Analyse und Bewertung der Kriminalitätsstatistiken im Hinblick auf die Entwicklung der Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum. Er beleuchtet auch das intensiv diskutierte Thema Gewalt im Zusammenhang mit Zuwanderung und Asyl.
- Auf die Phänomene und Erklärungsansätze von Gewaltdelikten im öffentlichen Raum geht der zweite Teil ein. Die Autoren stellen dar, was Tatgelegenheiten ermöglicht bzw. verhindert, wer Täter und wer Opfer sein kann. Es werden verschiedene Modelle vorgestellt, um Tatorte von Gewalthandlungen zu erklären. Zudem werden Mittel und Methoden der Polizeiarbeit, wie dem Problem begegnet werden kann, präsentiert und exemplarisch erläutert.
- Der dritte Teil beschäftigt sich einleitend mit dem statistischen Material zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Weiterhin werden in dem Beitrag Maßnahmen diskutiert, wie Gewalt in der polizeilichen Praxis reduziert werden kann. Dies schließt u.a. die Diskussion um Bodycams und um eine Vertrauens- und Fehlerkultur ein, aber auch Empfehlungen, wie Teams zusammengestellt werden sollten.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor. Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Verbundabteilung Münster.

Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a.D.

Wolfgang Gatzke, Direktor d. Landeskriminalamtes NRW a.D.

Dr. Daniela Pollich, Professorin für Polizeiwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Psychische Gefährdungen im Polizeidienst

Über die Rolle besonderer Arbeitsbelastungen im Polizeiberuf

Von Polizeihauptkommissar Dr. Sascha Opielka

Mit der Änderung des Arbeitsschutzgesetzes Ende 2013 sind psychische Belastungen weiter in das Blickfeld von Unternehmen und Organisationen gerückt. Das Gesetz fordert explizit die Darstellung der psychischen Belastungen durch Gefährdungsbeurteilungen. Arbeitgeber müssen zur Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes eine Beurteilung der Gefährdungen in ihren Unternehmen beziehungsweise ihren Organisationen vornehmen, erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung entwickeln und diese auch auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Die Zeit zwischen der Veränderung der Norm und heute haben die Polizeibehörden der Länder genutzt, um Ansätze eines Behördlichen Gesundheitsmanagements (BGM) zu entwickeln oder bereits bestehende Konzepte zu optimieren. Auch wenn BGM und seine Maßnahmen weit mehr als die psychischen Gefährdungen der Polizeiarbeit umfasst, sind psychisches Wohlbefinden und insbesondere der Schutz Stressüberbelastung wichtige Aspekte in dem Zusammenhang. Die bisherigen Bemühungen im BGM werden jedoch bundesweit unabhängig voneinander verfolgt. Die Ausgangssituation der Polizeibehörden indes ist klar: Flächendeckend befinden sich Polizeiorganisationen in einer schwierigen Personallage, gekennzeichnet von Unterbesetzung, hoher Altersstruktur und einer immer höher werdenden Anzahl von Überstunden, die eine Belastung für die Organisationen darstellt. Einsätze wie im nordrhein-westfälischen Braunkohletagebau Hambach verlangen den Organisationen hohe Funktionalität unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen ab. Umso wichtiger erscheint ein funktionierendes Gesundheitsmanagement, das effizient vor psychischen Belastungen schützt.

Der Faktor Schichtarbeit

Sich mit der Gesundheit innerhalb des Berufsfeldes Polizeidienst zu beschäftigen, ohne die Wirkung des Schichtdienstes zu betrachten, wäre wenig sinnvoll. Fakt ist: Bei der Polizei muss rund um die Uhr Dienst geleistet werden. Ein Verzicht auf Polizeiarbeit

an Wochenenden und zur Nachtzeit ist nicht denkbar.

In der September-Ausgabe berichtete DEUTSCHE POLIZEI (Seite 16) über den DGB-Workshop zu den Belastungen durch Schichtarbeit im Polizeidienst. Außer Frage stehen inzwischen die Wirkungen des Schichtdienstes auf die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die körperliche Gesundheit. Eine Reihe sicherer Befunde belegt den Zusammenhang von Schichtarbeit und körperlicher Gesundheit. Schichtarbeit geht beispielsweise mit einem erhöhten Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Darm-Beschwerden und Übergewicht einher. Zudem steht sie im Verdacht, das Risiko verschie-

dener Krebserkrankungen zu erhöhen. Schichtdienstleistende und deren Familienangehörige erfahren zudem eine mehr oder minder starke Entkopplung von gesellschaftlichen Abläufen. Die Teilnahme daran ist erschwert.

Uneinheitlich sind die Befunde zu den Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Auch wenn die Mehrzahl der arbeitsmedizinischen Untersuchungen für einen negativen Effekt der Schichtarbeit spricht, scheint dies nicht für alle Berufe in gleicher Weise zu gelten. Beispielsweise sprechen Untersuchungen aus dem Gesundheitswesen gegen einen negativen Effekt der Schichtarbeit. Offensichtlich scheinen die spezifischen Bedingungen der Berufe eine Rolle für die Wirkungen der Arbeitszeit auf



Abb. 1: Die Abbildung zeigt das eigenbeurteilte psychische Befinden von Polizeibeamten(innen) in Tages- und Schichtdienst der Polizei Aachen im Vergleich. Für die Messung wurde eine Skala des Short-Form-Health Survey (SF-12) benutzt. Der SF-12 ist ein etabliertes Screeninginstrument zur Erfassung der körperlichen und psychischen Gesundheit, dessen Skala von 0 bis 100 reicht (Y-Achse). Hier abgebildet ist nur die Skala der psychischen Gesundheit (PSK -12). Hohe Werte bedeuten hier eine bessere Eigenbeurteilung der psychischen Gesundheit. Berücksichtigt werden müssen hier jedoch Altersunterschiede der Gruppen. Schichtdienstbeamte sind im Mittel zwölf Jahre jünger. Bei Kontrolle dieser Unterschiede im Rahmen der Berechnung von Kovarianzanalysen reduziert sich der Unterschied von 2,8 auf 2,1 Punkte im SF-12.



die psychische Gesundheit zu spielen. Dies wirft die Frage auf, wie die Rolle dieser spezifischen Bedingungen im Polizeiberuf zu beschreiben ist.

Höheres Risiko an Depression zu erkranken

Es existieren nur wenige Untersuchungen zu dieser Fragestellung aus dem Polizeiberuf. Weit verbreitet ist hingegen die Annahme, dass Schichtarbeit zu einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit führt und beispielsweise mit einer Erhöhung des Depressionsrisikos einhergeht. Da insgesamt jedoch kein verlässlicher Befund vorliegt, auf den vorbeugende Maßnahmen des Gesundheitsmanagements gestützt werden könnten, bleibt einiges im Unklaren.

Antworten liefert eine vom Autor im PP Aachen durchgeführte Befragungsstudie zusammen mit dem Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Daran nahmen 63 Prozent der rund 1.250 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten teil. Im Schichtdienst arbeitende Befragte berichteten im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen im Tagesdienst über ein insgesamt besseres psychisches Befinden. Unter Berücksichtigung, dass die Gruppen Unterschiede im Lebensalter aufweisen (mittlerer Altersunterschied zwölf Jahre) verringert sich zwar der Unterschied zwischen beiden, jedoch bleibt die Tendenz gleich. Auch hier berichten Schichtdienstbeamtinnen und -beamte über ein besseres psychisches Befinden.

Die Ergebnisse der Studie sprechen dafür, dass Schichtdienst in der Polizei nicht selbstverständlich mit einer verschlechterten psychischen Gesundheit einhergeht. Zu berücksichtigen ist natürlich, dass für starke und verlässliche Befunde überregionale Langzeitstudien erforderlich sind. Die Ursache für dieses überraschende Ergebnis könnte in den spezifischen Bedingungen des Polizeiberufs, also den Arbeitstätigkeiten selbst, liegen. Im Schichtdienst werden andere Aufgaben erledigt als im Tagesdienst. Diese Unterschiede könnten sich auf den Zusammenhang von Arbeitszeit und Psyche auswirken. Vier besonders wichtige Aspekte werden im Folgenden aufgegriffen:

Der Faktor (quantitative) Arbeitsbelastung

Wesentlich im Hinblick auf die psychische Gesundheit sind quantitative Anforderungen der Arbeit. Hohe Arbeitsbelastungen und eine damit einhergehende zeitliche Überforderung können sich negativ auf die psychische Gesundheit des Arbeitenden auswirken. Das im Laufe der letzten Jahre oft diskutierte Burn-out-Syndrom steht für ein Phänomen in diesem Zusammenhang.

Erscheinung des sogenannten Bore-outs, die das Erleben von Langeweile kennzeichnet, ist in jüngerer Vergangenheit ebenso in den Fokus arbeitswissenschaftlicher Betrachtung geraten. Im Berufsfeld Polizeidienst werden beide Seiten diskutiert. Der Schwerpunkt bei der Betrachtung der Arbeitsbelastungen liegt hier jedoch auf der Vermeidung zu hoher Belastungen und Überforderungen.

In der Aachener Untersuchung wurden neben dem Arbeitszeitaspekt und der psychischen Gesundheit Arbeitsmerkmale erfasst. Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im Tagesdienst berichteten über eine höhere zeitliche Überforderung.

Das Ergebnis spricht für eine höhere quantitative Belastung im Tagesdienst. Aus der Perspektive des Schichtdienstes ist der Befund im Hinblick auf die psychische Gesundheit als positiv zu bewerten, entsprechend negativ aus der Perspektive des Tagesdienstes. Offen bleibt zunächst, ob und wie stark sich diese Divergenz tatsächlich auf den Vergleich bei psychischer Gesundheit auswirkt.

Der Faktor Entscheidungsspielräume

Als ebenso wichtig wie die quantitative Arbeitsbelastung werden in arbeitsmedizinischen Veröffentlichungen Handlungsalternativen und Entscheidungsspielräume in Bezug auf die eigene Arbeit beschrieben. Bereits Untersuchungen aus den 1950er-Jahren belegen, dass eine Arbeit nach strengen Vorgaben und festgelegtem Ablauf negativ auf die psychische

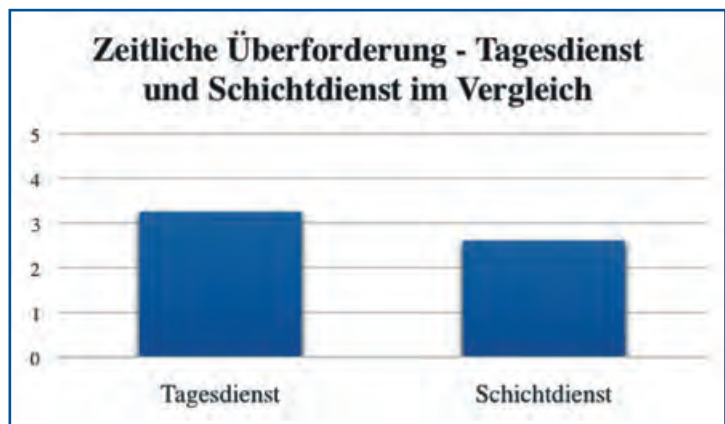


Abb. 2: Dargestellt ist die zeitliche Überforderung von Tages- und Schichtdienst im Vergleich. Auf der Y-Achse sind die Werte 0-5 zu erkennen. Dies entspricht der in der Befragung benutzten Skala, die von 0 = geringste Ausprägung („trifft überhaupt nicht zu“) bis 5 = stärkste Ausprägung („trifft vollkommen zu“) reicht. Die zuvor als wichtig angeführten Altersunterschiede sind auch hier berücksichtigt. Grafik: Opielka

Gesundheit des Arbeitenden wirken kann. Als günstig werden aktuell Möglichkeiten zur Einflussnahme auf Abläufe und Prozesse beschrieben.

Insbesondere eine Kombination aus hoher Quantität der Arbeit und geringen Entscheidungsspielräumen wird nach den Ausführungen zum sogenannten Job-Demand-Control-Modell oder Anforderungs-Kontroll-Modell des US-amerikanischen Soziologen Robert Karasek als gesundheitsgefährdend bewertet.

Das Ergebnis der Untersuchung spricht für einen höheren Tätigkeitsspielraum im Tagesdienst. Dieser Befund ist aus der Perspektive des Schichtdienstes gesehen negativ, aus der des Tagesdienstes positiv zu bewerten. Offen bleibt auch hier, ob und wie stark sich dieser Unterschied tatsächlich auf den Vergleich der psychischen Gesundheit auswirkt (siehe Abb. 3).



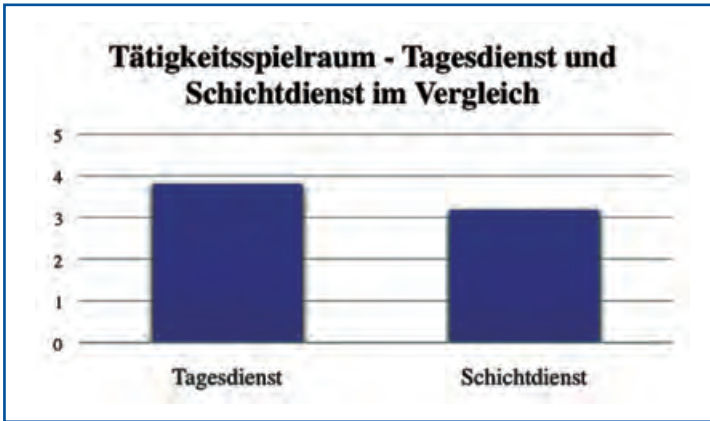


Abb. 3: Dargestellt ist das Merkmal Tätigkeitsspielraum in Tages- und Schichtdienst im Vergleich. Die Belegung der Y-Achse entspricht der Belegung der vorherigen Abbildung. Auch hier sind die Altersunterschiede berücksichtigt. Grafiken (2): Opielka

Der Faktor Arbeitszeitautonomie

Die Forderung nach Flexibilität der Arbeitszeit beziehungsweise Arbeitszeitautonomie ist in verschiedenen Experten-Empfehlungen zur Gestaltung von Schichtarbeit zu finden. Individuellen Einflussmöglichkeiten auf die eigene Arbeitszeit wird eine wichtige Pufferwirkung gegen negative

anzunehmen, dass Schichtdienstbeamte geringere Freiheiten empfinden, was die Steuerung der eigenen Arbeitszeit angeht – da im Schichtbetrieb Dienstpläne personell bestückt werden müssen und es in der Regel feste Anfangs- und Endzeiten von Arbeitsschichten gibt. Im Tagesdienst der Polizeibehörden bestehen hingegen in der Regel Möglichkeiten, Arbeitszeiten im Rahmen einer Gleitzeit flexibel zu gestalten. In der Untersuchung berichteten Polizeibeamtinnen und -beamte im Tagesdienst erwartungsgemäß über bessere Möglichkeiten, auf die eigene Arbeitszeit Einfluss nehmen zu können.

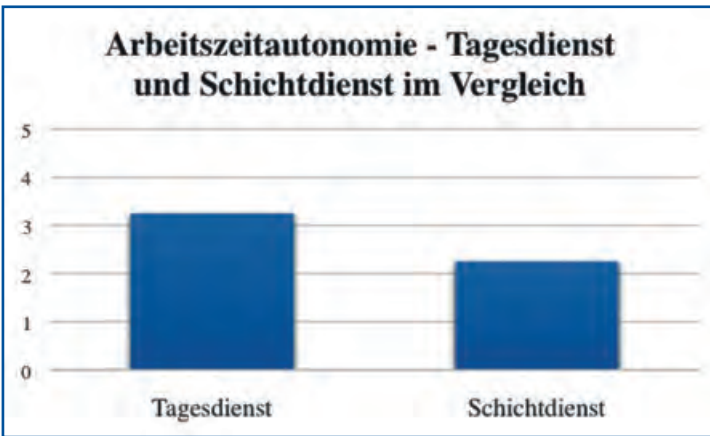


Abb. 4: Dargestellt ist das Merkmal Arbeitszeitautonomie in Tages- und Schichtdienst im Vergleich. Die Belegung der Y-Achse entspricht der Belegung der vorherigen Abbildung. Auch hier sind die Altersunterschiede berücksichtigt.

Einflüsse von ungünstigen Arbeitszeitlagen und -verteilungen zugeschrieben. Allerdings ist unklar, ob dieser Zusammenhang generelle Gültigkeit hat und hohe Einflussmöglichkeiten grundsätzlich mit gesünderer Arbeitszeitgestaltung verbunden sind. Einige Studien kommen zum gegenteiligen Schluss, dass mit der Veränderung des Arbeitszeitrahmens hin zu der Förderung der Arbeitszeitautonomie eine

Eine größere Arbeitszeitautonomie scheint im Tagesdienst der Polizei vorzuliegen. Offen bleibt an dieser Stelle erneut, inwieweit sich der Unterschied auf den Vergleich der psychischen Gesundheit auswirkt. Im Unterschied zu den vorangegangenen Aspekten bestehen hier Zweifel daran, ob und in welche Richtung sich das Merkmal auswirkt.

Verschlechterung der psychischen Gesundheit einhergeht und eine zunehmende Variabilität mit höherem Stresslevel und höherem Risiko für Burn-out verbunden ist.

Bezogen auf den Polizeidienst ist



DP-Autor Dr. Sascha Opielka (43), ist Dienstgruppenleiter im Wachdienst und hat insgesamt 17 Jahre Schichtdienst Erfahrung. Derzeit ist er für das Projekt Behördliches Gesundheitsmanagement im Polizeipräsidium (PP) Aachen freigestellt. Nach einem Magister in Psychologie, Soziologie und Recht promovierte er zum Dr. Public Health an der Medizinischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Opielka forscht mit Genehmigung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zum Zusammenhang von Schichtarbeit und psychischem Befinden im PP Aachen. Foto: privat

Der Faktor (Tages-) Abschlussmöglichkeiten

Aus der Erholungsforschung ist bekannt, dass sich der Abschluss einer Tätigkeit wesentlich günstiger auf das psychische Spannungsniveau des Arbeitenden auswirkt, als die Unterbrechung der Tätigkeiten für einen bestimmten Zeitraum. Verschiedene arbeitswissenschaftliche Theorien beschreiben auf sehr ähnliche Weise, dass mit der Wahrnehmung des Abschlusses einer Tätigkeit am Ende eines Arbeitstages ein sehr günstiger psychischer Zustand einhergeht. So beispielsweise der sogenannte Zeigarnik-Effekt. Dieser nach der russischen Psychologin Bljuma Wulfowna Zeigarnik benannte psychologische Effekt beschreibt die Erinnerung an abgeschlossene im Gegensatz zu unterbrochenen Aufgaben.

Die Gründe für die Entlastung sind hier auf unterschiedliche Art beschrieben, bedeuten jedoch im Kern: Das Erleben des Beendens einer



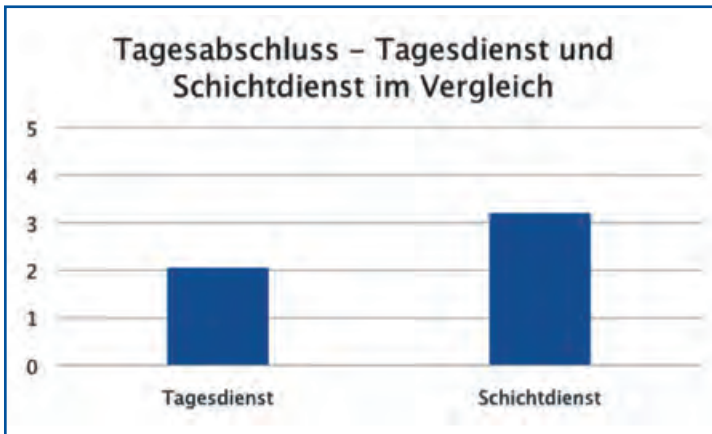


Abb. 5: Dargestellt ist das Merkmal „Tagesabschluss“ in Tages- und Schichtdienst im Vergleich. Die Belegung der Y-Achse entspricht der Belegung der vorherigen Abbildung. Auch hier sind die Altersunterschiede berücksichtigt. **Grafik: Opielka**

Tätigkeit führt bei dem Arbeitenden zu der Erwartung, dass die Details aus der Tätigkeit keine Rolle für den nächsten Arbeitstag spielen. Diese Erwartung entlastet. In der arbeitsfreien Zeit erfolgt dementsprechend keine oder zumindest eine geringere Auseinandersetzung mit den Inhalten der Arbeit. Dies hat wiederum eine bessere Erholung der persönlichen Ressourcen in der Freizeit zur Folge.

Auch bei diesem Aspekt ist in Bezug auf den Polizeidienst zu vermuten, dass Unterschiede zwischen Tages- und Schichtdienst vorliegen. In großen Teilen des Schichtdienstes auf den dauerbesetzten Polizeiwachen wird in einer Arbeitsschicht eine Reihe von Einsätzen bearbeitet und abgeschlossen. Nur sehr selten spielen Details aus diesen Sachverhalten für die Tätigkeit am nächsten Tag eine Rolle. In der Regel erfolgt die weitere Sachbearbeitung durch Führungsstellen, Verkehrs- oder Kriminalkommissariate. In den Kommissariaten und den Führungsstellen hingegen stellt sich diese Bedingung gänzlich anders dar. Die Bearbeitung von Verkehrsunfall- und Strafanzeigen beispielsweise setzt sehr häufig ein mehrtägliches Beschäftigen mit einem Sachverhalt voraus. Folglich werden Arbeitssachverhalte hier häufig nicht arbeitstäglich abgeschlossen, was im Sinne der genannten Theorien als ungünstig zu bewerten ist.

In der Untersuchung berichten Beamtinnen und -beamte im Schichtdienst über deutlich bessere Möglichkeiten, Sachverhalte arbeitstäglich

abschließen zu können. ten indes sehr stark darauf hin, dass sich gute Abschlussmöglichkeiten sehr positiv auswirken.

Wirkung der Faktoren auf die Psyche

Im Anschluss an die Feststellung, dass Schichtarbeit im Polizeidienst nicht per se mit einer Verschlechterung der Psyche einherzugehen scheint, wurden eine Reihe von Unterschieden in Tages- und Schichtdienst skizziert. Offen geblieben ist jedoch, mit welcher Intensität sich dies auf die psychische Gesundheit auswirkt. Eine Überprüfung der Wirkung einzelner Merkmale ist durch weitere Berechnungen möglich, eine Nachberichterstattung geplant. Von der Effektivität einzelner Merkmale auf die psychische Gesundheit hängen Empfehlungen in Richtung sinnvoller Maßnahmen des Gesundheitsmanagements ab. Je konkreter die Wirkung beschrieben werden kann, desto besser ist auch eine strategische Planung von Maßnahmen möglich. Dies erleichtert auch die im Arbeitsschutzgesetz formulierte Pflicht der Wirksamkeitsprüfung von Schutzmaßnahmen.

Unter dem Strich

Die psychische Gefährdungsbeurteilung im Berufsfeld Polizeidienst ist eindeutig mit der Schichtarbeit verbunden. Bisherige Annahmen zu einem Zusammenhang von Schichtdienst und psychischer Gesundheit im Polizeidienst könnten falsch sein.

abschließen zu können.

Auch hier bleibt offen, inwieweit sich der Unterschied in Tages- und Schichtdienst auf den Vergleich der psychischen Gesundheit auswirkt. Die Befunde aus der Erholungsfor-

schung deuten Ursächlich für die Abweichung vom gesamtgesellschaftlichen Trend aus anderen Berufen könnten die spezifischen Bedingungen im Polizeidienst sein.

Beschrieben wurde, dass die berufsspezifischen Bedingungen in Schicht- und Tagesdienst ungleich sind. Auch wenn dies an den Arbeitszeitaspekt gekoppelt ist, bedeutet es keineswegs, dass allein die Veränderung von Arbeitszeitmodellen auch alleiniges Heilmittel ist. Es scheint geboten, über die Veränderung von Tätigkeitsmerkmalen nachzudenken. Hier sind nicht die Merkmale des Polizeidienstes im Gesamten gemeint, sondern die im Schicht- oder Tagesdienst.

Die Befunde der Untersuchung im Polizeipräsidium Aachen sprechen dafür, dass quantitative Anforderungen und die nur geringe Möglichkeit, Arbeitssachverhalte arbeitstäglich beenden zu können, Polizeibeamtinnen und -beamte im Tagesdienst belasten, während Schichtdienstleistende eine geringe Arbeitszeitautonomie und geringe Entscheidungsspielräume belastet. Unabhängig von dem Arbeitszeitaspekt sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die in der Studie identifizierten Bedingungen verbessert werden können.

Bemühungen des Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizeibehörden sollten zwingend Veränderungsmöglichkeiten der skizzierten Arbeitsmerkmale in dieser differenzierten Art und Weise berücksichtigen.

Eine gründliche und langfristig angelegte Zusammenarbeit von Behördenleitungen, Verantwortungsträgern des Behördlichen Gesundheitsmanagements und Personalvertretungen erscheint vor dem Hintergrund dieser differenzierten Perspektive als unabdingbar. Sinnvollerweise üben die Personalvertretungen der Polizeibehörden an dieser Stelle eine Überwachungsfunktion im Sinne der Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. ■



Braunschweig, Bälle und Borussia

Dietmar Schilff muss es gespürt haben. Das würde bestimmt kein leichtes Spiel für die Dortmunder Borussen werden gegen die unbequemen Herthner aus der Hauptstadt. Und so hatte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende mit seinem 2:2-Tipp echte Expertenqualitäten bewiesen, als nach dem Schlusspfiff im Signal-Iduna-Park abgerechnet wurde. Der Einzel- und die Mannschaftssieger des GdP-Bundesligatippspiels lagen teils grob daneben. Dass sie das Tippen besser beherrschen, bewiesen sie jedoch in der vergangenen Saison eindrucksvoll. DEUTSCHE POLIZEI hatte in der Juni-Ausgabe getitelt: „Braunschweig ist Epizentrum der GdP-Tippexperten“. Untermauert hat dies nachhaltig Kollege Schilff, der ebenso wie die GdP-Fußball-VIP's aus der mit dem Löwen bewapneten Stadt kommt, und der natürlich auch der dort heimischen Eintracht die Treue hält.

Einzelsieger „Woelfchen“ plus Begleitung sowie das Team „Welfenplatz“ und GdP-Vize Schilff stiegen mit sichtbar großer Vorfreude am Hannoveraner Hauptbahnhof in den Zug Richtung Fußball-Mekka des Ruhrgebiets und stießen sogleich auf die über das Wochenende berichtenden Kollegen der GdP-Bundesgeschäftsstelle. Aus den Gesprächen mit Bernd Hacke, Ulrich Gaida, Ralf Olschewski und Henning Franke ergab sich schnell, dass die Gewinner nicht nur richtig gut Tippen können, sondern für den Spaß am Fußball durchaus schon internationale Reises Strapazen auf sich genommen haben. An diesem letzten Oktoberwochenende stand aber nicht das Fußballmatch an sich im Vordergrund. GdP-VIP zu sein, bedeutet das Liga-, also speziell das Dortmund-Spektakel in voller Größe und Farbe erleben und genießen zu können.

Von der Vergangenheit in die Moderne

Zeit genommen hatte sich dafür auch wieder Signal-Iduna-Mann Andreas Krunke, der schon traditionell die GdP-VIP-Gruppen durch das Allerheiligste der Schwarz-Gelben geleitete. Der drahtige Langläufer kennt die älteren Fußballfans noch als Westfalenstadion bekannte Heimstätte von Borussia mindestens so gut wie seine Joggingschuhe. Er sorgte jedoch zunächst mit dem Abstecher in die altehrwürdige Kampfbahn Rote Erde für erste Aha-Effekte. Das im Schatten des Signal-Iduna-Parks gelegene Fleckchen Spielgrün diente bis zur Eröffnung des Westfalenstadions im Weltmeisterjahr 1974 als bei den Fans beliebtes Borussen-Oval. Auch Krunke selbst tragt übrigens dort gelegentlich

den Spielern einen exklusiven Einblick in ihr Seelenleben wenige Minuten nach Spielschluss zu ergattern. Ein echtes Highlight ist dann der Gang durch den Spielertunnel zum Spielfeld. An dieser Stelle erzählt BVB-Fan Krunke gern von den damaligen Plänen, den schmalen Tunnel zu verbreitern. Ex-Borussen-Coach Jürgen Klopp, heute in Diensten des englischen Erstligisten FC Liverpool, hatte sofort interveniert und einen Riegel vorgeschoben. Gerade diese Enge sei es doch, die die Spieler mit der nötigen Intensität versorgt, auf dem Rasen herausragende Leistungen abzuliefern.

Apropos Rasen: Der würde Laien-



Tippkönige als Bankdrücker? (v.l.) Ulrich Gaida, Bernd Hacke, Henning Franke und Ralf Olschewski auf der bequemen Dortmunder Mannschaftsbank. Foto: Zielasko

nach Dienstschluss ein paar Tartanrunden und erinnert dabei womöglich glorreiche Fußballzeiten.

Und Rote Erde schrieb tatsächlich Liga-Geschichte: beispielsweise auch mit einem Hundebiss beim Revierderby 1969 zwischen der Borussia und den „Unaussprechlichen“ aus dem nahen Gelsenkirchen. Der Schalker Friedel Rausch war an jenem Tag Ziel eines wenig liebevollen Schäferhundes. Das Spiel endete zwar nach Hundebissen 1:0 für Dortmund, nach Toren trennten sich die Schwarz-Gelben von den Königsblauen unentschieden, 1:1.

Nicht ganz richtiger Rasen

Zurück zur Neuzeit: Durch den Spielereingang erreichten die GdP-VIP's die sogenannte Mixed-Zone, in der Medienvertreter regelmäßig versuchen, von

gärtnern wahrhaftigen Respekt abverlangen, so leuchtend grün, glatt und gemäht, wie er sich dort unten im Stadion-Rechteck präsentierte. Echt ist aber nur der größere Teil des Geläufs. Die Stollenschuhe beträten einen sogenannten Hybridrasen, erläuterte unser BVB-Guide. Das fesche Grün ist sogar so interessant, dass die WDR-Wissensexperten von „Quarks – Technik“ im Sommer 2016 darüber berichteten. Wir wissen nun, Hybrid bedeutet eine Mischung aus Kunstrasen und echtem Gras. 15 Prozent der rund 120 Millionen Grashalme seien eingepflockte Kunstfasern – und der Platzwart damit wohl mindestens so wichtig wie der Trainer.

Nach dem Bequemlichkeitstest der Mannschaftsbänke ging es wieder ins Stadioninnere, bei dem unter anderem der Pressekonferenzraum – natürlich



FUSSBALL-TIPPSPIEL

auch vom Podium aus – besichtigt werden konnte. Nach einer Tour durch erfolgreiche Dortmunder Fußballgeschichte im „Borusseum“ klopfte bei dem einen oder anderen Tipper der kleine Hunger beziehungsweise Durst an. Das stellt natürlich die Bierstadt Dortmund – und erst recht nicht ein großes Fußballstadion – vor unüberwindbare Hindernisse. Die Einstimmung auf das Spiel war gelungen, die späteren Begleitumstände durch Gewaltvorfälle gegenüber den Einsatzkräften aus Reihen mitgereister Berliner Ultras allerdings erschütternd.

Schwarz-Gelb geträumt

Das Wochenende abgerundet hatte am Sonntag der morgendliche Besuch des in direkter Nähe zum Dortmunder Hauptbahnhof gelegenen DFB-Fußballmuseums, das vor mehr als drei Jahren eröffnet wurde. Zahlreiche historische wie aktuelle Ausstellungsstücke warten dort auf Fußballbegeisterte. Darunter der originale Wunder-von-Bern-Ball von 1954 und eine



Der WM-Ball von 1954 im Fokus der GdP-Tippieger.

Foto: Zielasko

spannende Multimediashow über das Erringen der vier WM-Pokale. Mittlerweile werden dort auch die DFB-Pokalspiele ausgelost.

Für unsere Braunschweiger VIP-Kollegentruppe endete mit der Fahrt ins Niedersächsische ein erlebnis- und

genussreiches Wochenende. „Am Sonnabend träumten wir alle schwarz-gelb. Abschließend können wir uns nur recht herzlich bedanken für diese schönen Tage“, gab Kollege Hacke den Berichterstattem noch mit auf den Weg. **mzo**



Als Gesamtzweiter von knapp 700 Teilnehmern beim GdP-WM-Tippspiel-2018 kam es Mitte November endlich zur Einlösung meines Gewinns. Ein alter Schulfreund und ich machten uns aus dem 500 Kilometer entfernten Rostock auf zum deutschen „Classico“ nach Dortmund. Als langjähriges Vereinsmitglied des FC Bayern München gehörte dieses Spiel neben Champions-League, WM und „Classico“ in München trotz Niederlage zu einem meiner schönsten Fußball-Erlebnisse. Die phänomenale Stimmung im Stadion, das Wahnsinns-spiel mit vielen Höhen und Tiefen und das fantastische Catering machten diesen Abend unvergesslich. Ich freue mich auf ein mögliches EM-Tippspiel bei euch, ich bin bereit: Jenslein :) **Jens Aßmann**

„Es war ein Traum“

Zuerst wollte ich es gar nicht glauben, dass ich beim GdP-Tippspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft 2018 in Russland den ersten Platz erreicht habe. Zwei VIP-Karten von Borussia Dortmund zu einem UEFA Champions League Spiel waren hierfür als Preis gesetzt. Die ersehnten Tickets für das Match gegen Atlético Madrid und ein VIP-Parkausweis brachte mir der Postbote.

Mit dem Parkschein fuhren wir unmittelbar unter die Nordtribüne. Von Stund' an fand ein Aha-Erlebnis nach dem anderen statt. Zuerst ging es zur Champions-League-Lounge. Oben angekommen erwartete uns ein riesiger Saal mit einer sehr langen, extravaganten Theke sowie zahlreichen Büfett-Inseln.

Im ehrwürdigen Dortmunder Stadion sorgten 65.000 Besucher für eine grandiose Stimmung. Wir nahmen Platz inmitten zahlreicher BVB-Anhänger. Schon beim Einzug der „Gladiatoren“ kochte der Hexenkessel über. Es war ein Traum, dies mitzuerleben.

Wir erwarteten nicht unbedingt einen so klaren Sieg des BVB, eher ein Unentschieden, und die ersten dreißig Minuten bestätigten unsere Prognose. Als dann in der 83. Minute Jadon Sancho die Führung auf 3:0 ausbaute, war der Sieg in trockenen Tüchern. Zum Schluss legte Guerreiro noch ein-

mal nach und krönte mit dem 4:0 das Traumspiel der Dortmunder.

Noch einmal trafen sich nach dem Schlusspfiff alle in der Champions-League-Lounge, um bei einem kühlen Bierchen das Superspiel Revue passieren zu lassen. Danke.

Franz Michael Rennefeld



(v.l.) Hartmut Thelen und Franz Michael Rennefeld

Foto: privat



Auf Wiedersehen, Rüdiger

Eine Ära ging während des GdP-Bundeskongresses Ende November in Berlin zu Ende. Der langjährige Pressesprecher der Organisation, Rüdiger Holecek (im Bild links), lud nach dem Festakt letztmals Medienvertreter zu einer Pressekonferenz. Über eine Stunde moderierte er im Hotel Estrel noch einmal routiniert die Fragerunde mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.

Zwei Monate zuvor konnte Rüdiger auf 40 Jahre in der GdP zurückblicken. Am 1. Oktober 1978 hatte der Journalist beim Landesbezirk Nordrhein-Westfalen in der Liebigstraße in Düsseldorf angefangen, sechs Jahre später wechselte er zum Bundesvorstand nach Hilden.

Am 1. Dezember 1984 wurde Rüdiger das erste Mal im Impressum des Bundesteils der DEUTSCHEN POLIZEI als damaliger Nachfolger für Wolfgang Dicke, der Geschäftsführer wurde, erwähnt. Bis Ende 2000 agierte er gemeinsam mit Adalbert Halt in der Pressestelle – immer im gleichen Büro und mit schönem Blick ins Grüne.

Anfang 2001 rief Berlin. Nach der Wiedervereinigung zog die Bundesge-



Foto: GdP/Hagen Immel

schäftsstelle in die Hauptstadt. Da dem Kollegen eine Berlin-Affinität nachgesagt wird, ist ihm die Luftveränderung sicher nicht schwer gefallen. Seine 17 GdP-Jahre in der Hauptstadt vergingen für ihn wohl wie im Fluge.

Am Ende seines GdP-Lebens spuckte die GdP-Literaturdatenbank seit der „digitalen Aufzeichnung 1993“

insgesamt 253 Artikel des langjährigen DP-Chefredakteurs aus. Natürlich gibt es insgesamt noch viel mehr Beiträge.

Lieber Rüdiger, genieße die viele Freizeit, ohne journalistische Anfragen, ohne selbst geschriebene Pressemeldungen und Kommentare.

Die Kolleginnen und Kollegen der Pressestelle und Redaktion



Nr. 1 • 68. Jahrgang 2019 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0 **Fax:** (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Chefredaktion:
Michael Zielasko (mzo) (Verantwortlicher Redakteur)
Wolfgang Schönwald (wsd), (Ständiger Vertreter)
Redaktion: Christina Bicking (cbg)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Telefon: 030 - 39 99 21 - 113 Telefax: 030 - 39 99 21 - 29113
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117 **Fax:** (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-APP und sozialen Medien verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
188.716 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel
Foto:
GdP/Hagen Immel

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



FÄLLE ZUM STRAFRECHT FÜR POLIZEIBEAMTE

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler**.

NEU
AUFLAGE

2. Auflage 2019

Umfang: ca.304 Seiten

Format: Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0825-0

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Das Buch beinhaltet: 27 Fälle mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad, ausführliche Lösungsskizzen zu jedem Fall, sämtliche Falllösungen im Gutachtenstil, weiterführende Hinweise zur Klausurtaktik und zu häufigen Klausurfehlern, prägnante Darstellung wichtiger Streitstände, Konzentration auf die für den Polizeiberuf relevanten Delikte.

Die Neuauflage berücksichtigt die Änderungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung, die sich seit der Erstauflage ergeben haben. Hiervon waren insbesondere die Sexualstraftaten und die §§ 113, 114 StGB betroffen. Aufgrund der Änderungen wurden neben der Aktualisierung des Werkes zwei Fälle herausgenommen und durch neue ersetzt.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, das für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

VERKEHRSRECHT

StVO, Zulassungsrecht, Fahrerlaubnisrecht und Verkehrsstraftaten in Ausbildung und Praxis

Von **Karl-Peter Conrads** und **Bernd Brutscher**.

20. Auflage 2017

Umfang: 576 Seiten

Format: 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 32,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0793-2

Das vorliegende Buch stellt das heute notwendige Wissen im Fachbereich Verkehrsrecht dar. Die thematische Bandbreite erstreckt sich von den Verhaltensvorschriften der StVO, über das Zulassungsrecht von Personen und Fahrzeugen bis hin zu den Verkehrsstraftaten. Ausgerichtet an den Notwendigkeiten des polizeilichen Einschreitens im Rahmen der Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme sind alle Themen so dargestellt, dass eine zielorientierte Übersicht bzw. eine schnelle Lösung von speziellen Problemen ermöglicht wird. Skizzen, Übersichten, Formeln, Übungen u.a. erleichtern dem Leser den Einstieg und die Wiederholung der Materie.

Für diese Neuauflage haben die Autoren das Buch komplett überarbeitet und dem aktuellen Stand der Gesetze und der Rechtsprechung angepasst sowie das statistische Datenmaterial aktualisiert. Die Neuheiten der Neuregelungen durch die 3. Änderungsverordnung zur Fahrzeug-Zulassungsverordnung, die überwiegend zum 1. Oktober 2017 in Kraft traten, fanden dabei ebenso Berücksichtigung wie auch die technischen Entwicklungen und Neuerungen, z.B. E-Bikes, digitale Fahrtenschreiber und die Abstandsmessung anhand von Videoaufzeichnungen.



DIE AUTOREN

Karl-Peter Conrads, Erster Polizeihauptkommissar a.D., unterrichtet seit 1975 im Fachgebiet Verkehrsrecht, während der letzten 15 Jahre an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

Bernd Brutscher, Polizeirat, hat in über 40-jähriger beruflicher Praxis wie auch durch Lehr- und Dozententätigkeiten in der Aus- und Fortbildung der Polizei umfangreiches verkehrsbezogenes Wissen erworben.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de